Asylsucher lassen Sicherheitsbranche boomen S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 6 – 12. Februar 2016

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Waffen für die Terroristen
Saudi-Arabien kauft mehr Waffen als für die Landesverteidigung erforderlich 2

Deutschland

Beliebtheit schützt vor Niederlage nicht
Kretschmann droht der Partner wegzuschrumpfen 3

Hintergrund

Der Parteienrundfunk
Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist vor allem von den Parteien bestimmt 4

Preußen / Berlin

Razzia gegen IS
Stand ein islamistischer Angriff im Herzen Berlins unmittelbar bevor? 5

Ausland

Déjà-vu mit Hellas
Kommt statt des »Grexit« nun ein »Schexit«? 6

Kultur

Als das Malochen begann
Bonner Ausstellung zur Kunst im Neolithikum 9

Ostpreußenblatt

Gnade der frühen Geburt
Zum 100. Geburtstag von Ruth Geede 13





Fiasko vor Augen: Deutschland drohen historische Eruptionen von zerstörerischer Kraft

Bild: Mauritius

Der ganz große Knall

Was geschieht, wenn Schulden- und Asylkrise auf einmal explodieren?

Griechenland steht erneut am Abgrund, die Euro- und Schuldenkrise meldet sich zurück, während das Asylproblem weiter wächst.

Hinter der aufgeheizten Debatte über die wieder anschwellende, unkontrollierte Massenzuwanderung ist ein weiteres explosives Problem aus der öffentlichen Wahrnehmung fast verschwunden. Mit dem brachialen Absturz der Athener Börse auf den tiefsten Stand seit 27 Jahren hat es sich lautstark zurückgemeldet: die weiter ungelöste Euro- und (weltweite) Schuldenkrise.

Die kleine Griechen-Börse vermochte es, die Märkte rund um den Globus mit in die Tiefe zu zerren. Grund: Mittlerweile ist die globale Verflechtung von Staaten und Banken dermaßen eng, ihre finanzielle Lage zudem derart instabil, dass schon ein Zwergmarkt wie der Athener einen internationalen Erdrutsch auslösen kann.

Die Geschichte zeigt, dass es erst dann zum ganz großen Knall kommt, wenn sich mehrere Konfliktherde verklumpen und gemeinsam zum Ausbruch gelangen. So war es auch 1914: Lange hatten die französische „Revanche"-Gier und die britische Rivalität mit Deutschland auf der einen Seite geschwelt, auf der anderen Seite die russisch-serbische Aversion gegen Österreich-Ungarn. Erst als diese beiden, eigentlich völlig getrennten Konfliktherde zu einem großen verschmolzen, war Europa reif für den Weltkrieg.

Derzeit wird die Gefahr immer brisanter, dass die Asylflut und die Euro- und Schuldenkrise eine derart explosive Fusion eingehen. Fachleute befürchten, dass der nächste Durchgang der Euro- und Schuldenkrise weit verheerender ausfallen wird, als es 2008 bis 2012 der Fall war. Damals seien wir mit Karacho durch eine Theaterkulisse gedonnert, so ein Experte. Das nächste Mal würden wir gegen eine Betonwand prallen.

Das doppelte Versagen der Politik könnte sich bald bitter rächen

Dann träfe die nächste Welle der Asylflut nicht mehr auf ein (vordergründig) finanziell und wirtschaftlich stabiles Deutschland, sondern auf ein Land in ökonomischer Schockstarre. Unsere Möglichkeit, die Versäumnisse der Politik bei der Grenzsicherung mit Abermilliarden von Euro notdürftig zuzukleistern, wäre mit einem Schlag erschöpft. Die Folgen für die innere Sicherheit und Ordnung in Deutschland wären fatal, eine politische Radikalisierung ungekannten Ausmaßes drohte.

Auf diese Weise würde sich rächen, dass die Politik eben nicht bloß bei der Asylfrage, sondern schon angesichts der offensichtlich gescheiterten Einheitswährung starr ihrer Ideologie gefolgt ist, anstatt sich der Wirklichkeit zu stellen. „Wir schaffen das" galt bereits, als Angela Merkel die sogenannte Euro-Rettung für „alternativlos" erklärte.

In Wahrheit wurde nichts gerettet, die Probleme wurden bloß aufgeschoben und damit – kaum sichtbar – immer höher aufgetürmt. Desgleichen jetzt, wo mit der Augenwischerei eines „Asylpakets II" echte Problemlösung abermals bloß vorgetäuscht wird. Die Rache der Realität kann grausam ausfallen. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Kontraproduktiv

Jeder weiß, warum Briten und US-Amerikaner keine Lust haben, Fremdsprachen zu lernen: Sie haben es nicht nötig, weil sie sich in ihrer Muttersprache überall verständigen können. Ganz so komfortabel haben es die Asylsuchenden in Deutschland zwar noch nicht, aber es wird eifrig daran gearbeitet. Das fängt mit der arabischen Untertitelung der Ansprachen von Bundespräsident und Kanzlerin an, weiter geht es damit, dass die öffentlich-rechtlichen Sender Nachrichten auf Arabisch ausstrahlen. Viele Geschäfte zeichnen ihre Waren zusätzlich auf Arabisch aus, einige Kommunen haben Verkehrszeichen mit arabischen Zusatzschildern ausgestattet und in den Amtsstuben hängen fremdsprachige Schilder. Selbstredend sind auch die wichtigsten behördlichen Merkblätter und Anleitungen in fremden Sprachen erhältlich.

Da darf es eigentlich niemanden wundern, dass die Asylsucher gar keinen Grund sehen, die deutsche Sprache zu erlernen. Ihre freundlichen Gastgeber kommen ihnen ja großzügig entgegen. Dabei gilt das Beherrschen der Landessprache als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Integration von Zuwanderern. Diejenigen, die am meisten von Integration reden, arbeiten tatsächlich an ihrer Verhinderung. Die diesbezügliche Krönung ist die Forderung des Präsidenten einer Privatuni, Arabisch als Pflichtfach und gleichberechtigte Unterrichtssprache an deutschen Schulen einzuführen. So solle den Deutschen „ein Zugang zur arabischen Welt ermöglicht" werden. Besser wäre es wohl, wenn diejenigen, die von dort zu uns kommen, einen Zugang zu unserer Welt erhielten, indem sie zunächst einmal unsere Sprache lernen. Alles andere wäre kontraproduktiv.

EZB zur Wahrheit gezwungen

Geheimabkommen zu Wertpapierkäufen veröffentlicht

Die Doktorarbeit eines jungen Wissenschaftlers an der Technischen Universität Berlin hatte es im vergangenen Jahr ans Licht gebracht: Der Bestand an Krediten und Wertpapieren war bei den nationalen Notenbanken durch Zukäufe in den Jahren 2005 bis 2014 um mehrere 100 Milliarden Euro drastisch angestiegen. Nach heftiger Kritik an ihrer Geheimnistuerei hat die Europäische Zentralbank (EZB) jetzt endlich zugegeben, dass die europäischen Notenbanken in den vergangenen Jahren Milliarden Euro in Form von Finanzpapieren angesammelt haben.

Begründet wurde das durch das bisher geheim gehaltene ANFA-Abkommen zwischen der EZB und den nationalen Notenbanken. Die Vereinbarung regelt, in welchem Rahmen die Notenbanken Wertpapiere – darunter Staatsbonds – auf eigene Rechnung und zu eigenen Zwecken erwerben dürfen. Da die Öffentlichkeit über diese Käufe nicht näher informiert wurde, keimte der Verdacht, die Notenbanken betrieben über die ANFA-Geschäfte verbotene Staatsfinanzierung. Die Bundesbank hatte in ihrer Bilanz 2014 rund 12,4 Milliarden Euro an solchen Wertpapierinvestments ausgewiesen, darunter allerdings keine Staatsanleihen.

»Keine verbotene Staatsfinanzierung«

Nach Angaben der EZB ist der Bestand an ANFA-Finanzanlagen zuletzt etwas gesunken und lag Ende des vergangenen Jahres bei 490 Milliarden Euro. Seit der Einführung des Euro 2002 seien diese Bestände im Schnitt um fünf Prozent jährlich gewachsen. Damit liege der Anstieg unter dem Wachstum des Banknotenumlaufs im selben Zeitraum. Es sei sichergestellt, dass diese Anlagengeschäfte der nationalen Notenbanken mit dem Verbot der monetären Staatsfinanzierung im Einklang stünden, hieß es in den Erläuterungen der EZB zu dem von ihr veröffentlichten ANFA-Abkommen. *U.M.*

Zurückschicken ermöglicht

Griechenland erklärt Türkei zum sicheren Drittstaat

Griechenland hat die Türkei nach langem Zögern zu einem sicheren Drittstaat erklärt. Innenminister Panagiotis Kouroublis sprach von einem „wichtigen Schritt", mit dem sein Land zeige, dass es „ernsthaft zu einer Lösung der Asylkrise beitragen" wolle. Nachdem die Grenze nach Mazedonien abgeriegelt und der Abfluss der Asylsucher in dieses Land deutlich erschwert ist, kommt dieser Entscheidung größte Bedeutung für die griechische Asylpolitik zu. Denn jetzt ist es den Griechen zumindest rechtlich möglich, die Asylanträge sowohl von Flüchtlingen als auch von Immigranten noch auf den griechischen Inseln nach formaler Prüfung umgehend als unbegründet abzulehnen. Anschließend kann Griechenland die Antragsteller unter Berufung auf das griechisch-türkische Rücknahmeabkommen direkt von den griechischen Inseln ins Nachbarland zurückschicken. Wer keinen Asylantrag in Griechenland stellen will, könnte ohnehin abgelehnt werden, denn in diesem Falle handelt es sich nicht um einen Asylbewerber, sondern um einen illegalen Einwanderer.

GdP: »EU-einheitliche Standards notwendig«

In Deutschland begrüßt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Athener Entscheidung, denn damit werde endlich „eines der größten Defizite des europäischen Grenzschutzes beseitigt". Erst jetzt seien „Zurückschiebungen" überhaupt möglich. Jörg Radek, GdP-Vorsitzender in der Bundespolizei, kritisierte, dass die europäischen Innen- und Justizminister zwar jahrelang von einem gemeinsamen Grenzschutz gesprochen hätten, es zugleich aber zuließen, dass sich jedes EU-Land aussuchen könne, welches Land es als sicheren Drittstaat anerkennt und welches nicht. So könne ein EU-Grenzschutz „aber nicht funktionieren". Deshalb fordert die GdP „EU-einheitliche Standards, wohin außerhalb der EU zurückgeschoben werden kann". *J.H.*

MELDUNGEN

Frontex will private Hilfe

Warschau – Fabrice Leggeri, Chef der EU-Grenzschutzagentur Frontex, will für die Registrierung von Flüchtlingen auf die Unterstützung durch Privatfirmen zurückgreifen. Griechenland wolle mehr Personal von den Mitgliedstaaten, diese seien aber selbst überfordert, sagte Leggeri zur Begründung. Es müsse jetzt darüber nachgedacht werden, ob man dazu „wirklich Grenzbeamte braucht“ oder ob „andere Arbeiter in einem privaten Vertrag das machen“ könnten. Zugleich fordert Leggeri die Türkei auf, besser mit ihren Nachbarn Griechenland und Bulgarien sowie der EU zusammenzuarbeiten und endlich im Kampf gegen Menschenschmuggler durchzugreifen. Außerdem müsse die Türkei illegal in die Nachbarländer eingereiste Personen zurücknehmen, wie es in bilateralen Abkommen vereinbart sei. *J.H.*

Scheinheiliges Angebot

Pjöngjang – Kurz nach dem Atomwaffentest seines Landes erklärte der Sprecher des Außenministeriums, Nordkorea sei im „Interesse des Friedens und der Stabilität in der Region“ bereit, sämtliche Atomtests einzustellen. Im Gegenzug müssten die USA ihre gemeinsamen Militärmanöver mit Südkorea beenden und einen Friedensvertrag mit Nordkorea abschließen. Auffällig ist, dass man dort ganz offenbar keinen endgültigen Schlussstrich unter das Waffenstillstandsabkommen von 1953 ziehen will. Denn dann hätte Pjöngjang auch die anderen Teilnehmerstaaten am Korea-Krieg von 1950 beteiligen müssen. Die Forderung nach einem Friedensvertrag nur mit den USA ist auch nicht neu. Der wichtigste Punkt dabei ist neben der Beendigung des Verteidigungspaktes mit Seoul der damit verbundene Abzug der US-Streitkräfte mit ihren gegenwärtig 28500 Soldaten aus dem Südteil Koreas. Dann aber wäre für den nordkoreanischen Diktator Kim Jong-un der Weg frei für eine „Befreiung“ des Südens nach dem Vorbild des nordkoreanischen Überfalls von 1950. *F.W.S.*

Ägäis bleibt Todesfalle

Ankara – Im Januar sind über 200 Menschen beim Versuch, eine der der Türkei vorgelagerten griechischen Inseln zu erreichen, ums Leben gekommen. Bei 44000 Personen, denen die Passage geglückt ist, entspricht das einer Todesrate von 0,5 Prozent. Während sich im Sommer und Herbst vorwiegend alleinstehende, junge und kräftige Männer auf den Weg gemacht haben, sind es jetzt zunehmend Frauen und Kinder, die ihnen über das Meer folgen. Bei ihnen handelt es sich nur in den allerwenigsten Fällen um schon lange in der Türkei lebende Menschen aus Syrien. Die Zahl der in der Türkei lebenden Syrer ist nämlich, trotz der Aufnahme von fast 600000 allein in Deutschland im letzten Jahr, nicht zurückgegangen. Die meisten, die jetzt an den türkischen Küsten ins Meer gehen, sind Menschen, die direkt aus Syrien kommen, aus Gegenden, die bislang vom Krieg verschont geblieben sind, die allerdings jetzt durch die von Bundeskanzlerin Angela Merkel geöffnete Tür einen günstigen Moment sehen, dem Konflikt zu entfliehen. Auch immer mehr Wirtschaftsflüchtlinge aus ganz Asien machen sich mittlerweile auf den Weg nach Westeuropa. *B.B.*

Waffen für die Terroristen

Trotz schwieriger Finanzlage kauft Saudi-Arabien mehr Waffen als für die Landesverteidigung erforderlich

Saudi-Arabien gehört zu den größten Rüstungsimporteuren der Welt. Mit Maßnahmen zur Landesverteidigung hat dieser unverhältnismäßig hohe Rüstungsaufwand allerdings nichts zu tun.

Noch während der letzten Wochen des vergangenen Jahres schlossen die USA und Saudi-Arabien einen größeren Waffenhandel miteinander ab. Dabei ging es im Wesentlichen um Bomben verschiedener Art, auch lasergelenkte Systeme, die im Krieg gegen den Jemen eingesetzt werden sollen, den die Saudis im Einverständnis mit den USA dort führen. Der Umfang des Geschäfts, das US-Präsident Barack Obama und der saudische König Salman beim G20-Gipfel in der Türkei vereinbarten, beträgt 1,3 Milliarden Dollar.

Für die Saudis ist das ein Betrag im Rahmen des Üblichen. Dabei wirft ein Blick auf den Aufwand, den das wahabitische Königreich für sein Militär treibt, einige Fragen auf. Saudi-Arabien hat 230000 Mann unter Waffen. Das entspricht ziemlich genau der Truppenstärke, über die auch Frankreich verfügt. Doch die Saudis geben dafür, wie die „Statista“, eine der erfolgreichsten Statistik-Datenbanken weltweit, für das Jahr 2014 ausweist, 80 Milliarden Dollar aus. Frankreich hingegen begnügt sich bei derselben Kopfzahl an Soldaten und dabei sehr viel kostspieligeren Waffensystemen mit der Hälfte, nämlich 40 Milliarden Dollar. Brasilien etwa, um ein anderes Schwellenland mit Saudi-Arabien zu vergleichen, wendet für 260000 Mann lediglich 25 Milliarden Dollar auf. Oder aber Indonesien, ebenfalls ein Schwellenland: Dort kosten 250000 Mann die bescheidene Summe von 2,4 Milliarden Dollar. Hier ist zudem anzumerken, dass Saudi-Arabien 30 Millionen Einwohner hat, Indonesien dagegen an die 350 Millionen.

All diese Zahlenvergleiche lassen eines erkennen: Mit Landesverteidigung hat der saudische Aufwand für das Militär nichts zu tun. Auch wenn man noch ein paar hundert Millionen für das wahabitische Selbstbewusstsein veranschlagt, klafft immer noch eine Riesenlücke zwischen dem militärisch notwendigen und dem tatsächlichen Aufwand. Auch der Krieg im Jemen erklärt nicht das strukturelle Missverhältnis zwischen einer Armee, die sich nach Kopfzahl weltweit in der Mittellage zwischen Groß und Klein befindet, nach den Rüstungsausgaben aber den Platz fünf einnimmt.

Und trotz der aktuellen Schwierigkeiten, welche die Saudis in Hinblick auf ihre Finanzen bewältigen müssen, greift in Sachen Rüstung keineswegs eine neue Bescheidenheit um sich, im Gegenteil. Eine Studie, die der Kongress in Washington hat anfertigen lassen, zeigt, dass derzeit in der US-Rüstungsindustrie Aufträge von Saudi-Arabien in Höhe von 96,27 Milliarden Dollar bearbeitet werden, das sind 20 Prozent mehr als der Jahresetat des Militärs. Wie der zuständige Dienst des Kongresses ermittelt hat, bestehen derzeit etwa 30 Verträge zwischen US-Rüstungsfirmen und den saudischen Streitkräften. Den größten Anteil nimmt mit 29,4 Milliarden Dollar ein Auftrag an Boeing über F15-Kampfflugzeuge ein. Für 25,6 Milliarden Dollar werden verschiedene Hubschrauber wie „Apache“ und „Blackhawk“ von McDonnell Douglas und Sikorsky eingekauft. Für ein „Patriot“-Raketensystem und zahlreiche moderne Raketen und Marschflugkörper wenden die Saudis 15,1 Milliarden Dollar auf. Panzer und Handfeuerwaffen dagegen pflegen sie lieber in Deutschland einzukaufen. Damit gehören die Saudis zu den größten Waffenimporteuren weltweit. Dazu kommt: Die mit den Saudis verbündeten Golf-Monarchien geben zusammen auch noch einmal 40 Milliarden Dollar für Waffen aus.

Von Gleichgewicht der Kräfte kann keine Rede sein

Entgegen dem Augenschein erklärt Riad, man sei wegen der Bedrohung durch den Iran zu so viel Rüstung gezwungen. Im Laufe der vergangenen 15 Jahre aber lagen die iranischen Rüstungsausgaben durchwegs unter 20 Milliarden Dollar pro Jahr. Von einem Gleichgewicht der Kräfte um den Persischen Golf kann also keine Rede sein. Etwas Klarheit ist zu gewinnen, wenn man die Frage, was mit der saudischen Überbewaffnung geschieht, der Frage gegenübergestellt, wober denn verschiedene Terrormilizen in Syrien wie Al-Nusra oder der „Islamische Staat“ ihrerseits ihre Waffen beziehen. Denn diese beiden Fragen scheinen einander zu beantworten. Aus der irakischen Generalität ist wiederholt der Vorwurf laut geworden, dass speziell die Saudis den IS laufend mit Waffen unterstützen. Bereits im Jahr 2012, nach der Eroberung von Mossul durch den IS, empörte sich der dortige syrisch-katholische Patriarch Ignatius Joseph III. Younan: „Es ist eine Schande! Woher beziehen diese Terroristen ihre Waffen? Von den fundamentalistischen Staaten am Golf, stillschweigend gebilligt von den westlichen Staatslenkern, weil sie deren Öl brauchen.“ Man kann also die Faustregel aufstellen: Was dem IS die Türken nicht liefern, das liefern die Golf-Araber.

Allerdings zeigt der Krieg im Jemen, dass man zum Kämpfen zwar Geld braucht, aber das Geld kein Garant für den Erfolg ist. Während der vergangenen vier Wochen haben Armee und Volksmilizen des Jemen 200 Blackwater-Söldner samt ihrem US-Kommandeur Nicolas Petras getötet. Bei dem Angriff wurden ferner mehrere US-amerikanische „Apache“- und „Typhon“-Hubschrauber sowie mehrere Öltankwagen zerstört. Bei Raketenangriffen der jemenitischen Armee auf ein von den Saudis betriebenes Kommandozentrum wurden über 120 Söldner verschiedener Nationalität getötet. Unter ihnen befanden sich 46 saudische Mannschaften, elf Offiziere aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, neun saudische Offiziere und elf ausländische Blackwater-Kommandeure. Einige Tage zuvor vernichtete eine jemenitische Rakete das Hauptquartier der saudischen Koalition in der Nähe von Bab el Mandeb und tötete 150 Koalitions-Soldaten, darunter 23 Saudis und neun Offiziere und Soldaten aus den Emiraten. *Florian Stumfall*



Für ihre Kernaufgaben ausreichend ausgerüstet: Saudi-Arabiens Streitkräfte Bild: action press

Ist die Al-Nusra-Front der lachende Dritte?

Die Anti-IS-Koalition droht mit ihren Erfolgen gegen den IS deren Konkurrenzorganisation den Weg zu ebnen

Die Al-Nusra-Front in Syrien könnte mit Hilfe von Saudi-Arabien und Katar nach einem Ende des „Islamischen Staates“ (IS) und einem Sturz Baschar al-Assads die neue starke Kraft in Syrien werden.

Bei den nun in Genf beginnenden Syrien-Friedensverhandlungen sind die islamistischen Gruppen nicht vertreten, obwohl sie mehr als die Hälfte des Landes beherrschen und nach Ansicht vieler auch die Zukunft des geschundenen Landes bestimmen werden. Unter den islamistischen Kräften ist der sogenannte Islamische Staat die stärkste Gruppe – aber nicht die einzige. Die zweitstärkste islamistische Terrorgruppe ist die Al-Nusra-Front. Sie verfolgt ähnliche Ziele wie der IS, nur auf intelligentere Weise. Die beiden Gruppen hatten sich im Jahre 2013 in Nordsyrien eine Zeitlang sogar offene kriegerische Auseinandersetzungen geliefert, nach einem gescheiterten Schlichtungsversuch gehen sie sich auf dem Terrain jetzt aus dem Weg.

In den letzten Wochen hat der IS auch wegen der erlittenen Luftschläge viel von seiner Schlagkraft verloren. Die Gehälter seiner Kämpfer musste er um die Hälfte kürzen. Die Al-Nusra-Front verhalte sich in der jetzigen Situation weitsichtiger und halte zunächst einmal mit ihren wahren, totalitären Intentionen hinter dem Berg, schreibt das US-Institut für Kriegsstudien (ISW) in Washington in einem jüngst veröffentlichten Bericht. Deshalb sei die Al-Nusra-Front viel schwieriger zu besiegen als der IS und längerfristig eine weitaus größere Bedrohung. Die Al-Nusra-Front verbreite nicht mit steinzeitlichen Hinrichtungsvideos Angst und Schrecken. Sie habe Andersdenkende und Ungläubige im Stillen beseitigt und sie habe die moderate syrische Opposition dermaßen umfassend geschwächt und unterwandert, dass sie am meisten von der Zerstörung des IS und dem Sturz des syrischen Assad-Regimes profitieren könnte. Wenn der IS mit Hilfe der internationalen Schläge besiegt sein werde und Assad mit Hilfe internationalen Drucks ins Exil getrieben worden sei, werde es mit größter Wahrscheinlichkeit die Al-Nusra-Front und damit al-Kaida sein, die in Syrien ein Emirat als zentraler Knotenpunkt im weltweiten Dschihad errichten werde.

Wie der internationale Kommunismus einst verschiedene Ausprägungen kannte, die sich gegenseitig bekämpften, so ist dies heute auch beim internationalen Islamismus der Fall. Die Al-Nusra-Front arbeitet im Stillen, quasi im Medienschatten des IS. Die Front wurde in den letzten Monaten kaum beachtet, weil sich alles auf den IS konzentrierte. Lediglich Russland versuchte nach dem Flugzeugabschuss durch die Türkei, die mit der sunnitischen Republik verbündete Front ins Visier zu nehmen. Die Al-Nusra-Front betätigt sich nicht im Ölgeschäft und auch nicht im Geschäft mit Raubkunst, ihr Geschäftsmodell besteht im geschäftsmäßigen Entführen, dem Kidnapping Business, das Verschwiegenheit voraussetzt. Die Entführungen von Journalisten, Mitarbeitern von Nichtregierungsorganisationen und Angehörigen des medizinischen Personals werden nicht in die Öffentlichkeit getragen, Lösegeldverhandlungen finden im Geheimen statt. Anders als der IS verschont die Front die lokale Bevölkerung zunächst mit ihrem Steinzeitislam. Nach dem Endsieg wird sich dies jedoch ändern.

Nach einer Ausschaltung des IS und Assads durch die internationale Gemeinschaft könnte die Stunde der Al-Nusra-Front kommen

Die etwa 10000 Kämpfer der Al-Nusra-Front sind zumeist Syrer, die in Afghanistan und im Irak Kampferfahrung gesammelt haben. Saudi-Arabien, die Türkei und Katar bekennen sich öffentlich zur ihrer finanziellen Unterstützung. Auf Seiten der Front sollen sogar irreguläre türkische Soldaten kämpfen. Sogar Israel versorgt verletzte Kämpfer der Gruppe auf dem Golan. Dies alles wäre bei dem IS unvorstellbar. Der TV-Nachrichtenkanal Al Dschasira in Katar durfte im letzten Jahr ein Exklusivinterview mit dem Al-Nusra-Führer Abu Mohammed al-Dscholani als Show inszenieren. Eine derartige Werbeplattform wurde einer international gelistete Terrorgruppe wohl noch nie im Fernsehen geboten.

Die Al-Nusra-Front ist der mächtigste Teil der „Armee der Eroberer“, einem heterogenen, islamistischen Militärbündnis im Norden Syriens. In den Provinzen Idlib und Aleppo ist die Al-Nusra-Front, die ihren Nachschub wie der IS aus der Türkei bezieht, der mächtigste Akteur. Ideologisch gibt es zum IS keinen Unterschied. Die Al-Nusra-Front will ebenfalls regionale Kalifate und den globalen Dschihad fördern. Deswegen hatte IS-Führer Abu Bakr al-Baghdadi den heutigen Kommandeur der Al-Nusra-Front, Abu Mohamed al-Dscholani, im August 2011 nach Syrien geschickt, wo er mit IS-Geldern eine neue Organisation aufbauen sollte. 2013 verweigerte al-Dscholani jedoch die Angliederung an den IS und entschied sich stattdessen für al-Kaida. Seitdem sind sich beide Terrororganisationen spinnefeind. Vermittlungsmissionen von tschetschenischen Kämpfern, die bei beiden Gruppen kämpfen, schlugen fehl. *Bodo Bost*

Beliebtheit schützt vor Niederlage nicht

Bei der Landtagswahl im Musterländle droht Kretschmann der Koalitionspartner wegzuschrumpfen

Die Situation ist paradox. Ministerpräsident Winfried Kretschmann ist der mit Abstand beliebteste Politiker Baden-Württembergs und der 67-Jährige wird als Spitzenkandidat der Grünen sein Ergebnis von 2011 voraussichtlich noch einmal deutlich verbessern können. Dennoch ist es nicht unwahrscheinlich, dass er nach dem 13. März seinen Chefsessel wird räumen müssen.

Dass Kretschmann allem Anschein nach seinen Platz an den CDU-Spitzenkandidaten Guido Wolf verlieren wird, ist geradezu grotesk. Denn die Union wird laut Umfragen gegenüber 2011, als sie 39 Prozent bekam, noch einmal deutlich verlieren, und die FDP im Ländle dümpelt zwischen fünf und sechs Prozent vor sich hin. Dagegen legen die Grünen in den Umfragen zwar kräftig zu, aber dies wird am Ende wohl nicht reichen, weil die SPD unter Wirtschaftsminister Nils Schmid eine regelrechte Talfahrt hinlegt und mit etwa 15 Prozent kaum noch als Volkspartei zu bezeichnen ist. Hinzu kommt, dass die nationalkonservative Alternative für Deutschland (AfD) mit einem möglicherweise zweistelligen Ergebnis erstmals in den Landtag eines westdeutschen Flächenlandes einziehen wird. Eine Zusammenarbeit mit der Truppe um den Spitzenkandidaten und Bundessprecher Jörg Meuthen haben alle etablierten Parteien ausgeschlossen, so dass es sich die CDU wohl nur noch aussuchen kann, ob sie lieber mit den Grünen oder der SPD regiert.

Kretschmann selbst hat sich während des Wahlkampfes bisher für eine Fortsetzung des Bündnisses mit der SPD ausgesprochen und klargestellt, dass er selbst als Juniorpartner für die CDU nicht zur Verfügung steht.

Dass sich die FDP als Steigbügelhalter für Grün-Rot hergibt, darf bezweifelt werden, obwohl vor allem die SPD für diese Option buhlt. „Wir wollen einen Politikwechsel für beste Bildung, moderne Infrastruktur und mehr Wirtschaftskraft in Baden-Württemberg“, sagte FDP-Chef Christian Lindner dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“: „Es ist mehr als unwahrscheinlich, dass Rot-Grün dabei mitmacht: Denn sie müssten ja Kehrtwenden hinlegen.“ Der Spitzenkandidat der Liberalen, Hans-Ulrich Rülke, ließ bisher wenig Sympathie für eine Ampelkoalition erkennen. In Anspielung auf die ökologische Ausrichtung des amtierenden Bündnisses spricht der 54-Jährige gerne von einer „Naturkatastrophe“, was der Ministerpräsident als „Geschmacklosigkeit“ geißelte.

2011 profitierten die Grünen von der Reaktorkatastrophe in Japan, diesmal fehlt Kretschmann ein zündendes Thema. Der Regierungschef versucht, sich als Vertreter der ruhigen Hand zu profilieren, dessen Popularität bis tief in das bürgerliche Lager hineinreicht. Zudem verweist er gerne darauf, dass Baden-Württemberg

> Den nächsten Regierungschef stellt wohl die CDU

seine wirtschaftliche Stärke auch unter Rot-Grün behalten habe. Die während der Legislaturperiode heiß diskutierten Themen wie der Streit um das Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 oder die Auseinandersetzungen um „Frühsexualisierung in den Schulen“ spielen bisher keine Rolle. Vor allem CDU-Herausforderer Wolf leidet darunter, dass der gesamte Wahlkampf im Zeichen der Flüchtlingskrise steht und er permanent sein Verhältnis zur AfD erklären muss. „Es geht darum, bei der Landtagswahl einen Ministerpräsidenten in die Staatskanzlei zu bringen, der Lust auf Zukunft hat“, sagt der 54-Jährige in Anspielung auf das Alter Kretschmanns. Doch im Vergleich zur Popularität des Amtsinhabers sieht eher der Herausforderer alt aus. Der versucht sich einerseits als konservativer Kritiker von Kanzlerin Angela Merkel – „Das Asylrecht ist ein Schutzanspruch auf Zeit“ – und versucht gleichzeitig den populären CDU-Ministerpräsidenten und Wirtschaftsfachmann Lothar Späth zu kopieren: „Ich will es machen wie er. Baden-Württemberg muss wieder das Innovationsland Nummer eins werden.“ Wolf ist der Bevölkerung als Landtagsfraktionsvorsitzender seit 2015 und vorheriger Landtagspräsident durchaus bekannt und setzte sich bei der Urabstimmung um die Spitzenkandidatur etwas überraschend gegen den evangelischen Landesvorsitzenden und Schwiegersohn Wolfgang Schäubles Thomas Strobl durch. Der praktizierende Katholik und Mundart-Dichter Wolf versucht, durch seine ruhige, bedächtige Art einen Gegenpol zum schlechten Bundestrend der CDU zu setzen.

Von diesem profitiert derzeit vor allem die AfD, die vor einem halben Jahr im „Ländle“ noch überhaupt nicht kampagnenfähig schien. Im Zuge der AfD-Spaltung und der Neugründung der Partei Alfa durch AfD-Gründer Bernd Lucke hatte der AfD-Landesvorsitzende Bernd Kölmel mit mehreren hundert Anhängern die Partei verlassen. Doch die neue Formation spielt im bisherigen Wahlkampf keine Rolle. Stattdessen sind die Umfragewerte für die AfD zuletzt stetig gestiegen. Deren Spitzenkandidat Jörg Meuthen ist um einen besonnen Auftritt und maßvolle Töne bemüht. Der Wirtschaftsprofessor steht für einen liberal-konservativen Kurs. Das Verhältnis zu seiner Co-Vorsitzenden Frauke Petry gilt spätestens seit deren Äußerung zum Schusswaffengebrauch beim Grenzschutz als belastet. So sagt Meuthen auch vieldeutig: „Wir können uns nur noch selber schlagen.“

Peter Entinger


Bild: action press

Scheitert der Linke, weil die Partei des Rechten schwächelt? Winfried Kretschmann (links) und Nils Schmid

MELDUNGEN

Kein zentraler NS-Gedenkort

Berlin – Die Bundesregierung will keinen „zentralen Gedenkort für die nationalsozialistische Herrschaft“. Wie sie in der Antwort auf eine Anfrage der Linkspartei mitteilte, sei ein solcher „angesichts der Komplexität des NS-Regimes fachlich nicht angezeigt“. Die Regierung habe sich mit ihrer Gedenkstättenkonzeption für einen „differenzierten Weg“ entschieden, bei dem „die einzelnen Einrichtungen den Fokus auf die Aspekte legen, für die der authentische Ort eine besondere historische Aussagekraft“ aufweise. Zudem sei die Gedenkstättenförderung nach der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes in erster Linie von den Bundesländern wahrzunehmen. Auf dieser Grundlage sei in Deutschland eine plurale und heterogene Museen- und Gedenkstättenlandschaft entstanden. *U.M.*

Polizei darf über die Grenze

Berlin – Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zum deutsch-tschechischen Polizeivertrag vom 28. April 2015 vorgelegt, mit dem die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Tschechien im Polizei- und Zollbereich vor allem in grenznahen Gebieten verstärkt werden soll. Mit dem Vertragsgesetz werden die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Vertrags geschaffen. Der neue Vertrag gestattet es, dass Polizeibeamte bei gemeinsamen Einsätzen beiderseits der Grenze Hoheitsrechte ausüben können. Die Möglichkeit der unmittelbaren Zusammenarbeit wird auf das Gebiet von ganz Sachsen und Bayern erweitert. Polizeiliche Maßnahmen in grenzüberschreitenden Eisenbahnzügen könnten künftig über die Grenze hinaus fortgesetzt werden. Der Zoll wird vollständig und gleichberechtigt in das Abkommen einbezogen. *J.H.*

Sprache der Gewalt

Wahlkampf extrem – der Politterror gegen die AfD

Eine Schande für Deutschland sind sie“, weiß Innenminister Wolfgang Schäuble. Ralf Stegner, stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD, spricht von der „rechtsextremen AfD-Bande“. Für den rheinland-pfälzischen SPD-Landtagsfraktionschef Alexander Schweitzer gehören sie allesamt geächtet. Der „Spiegel“ nennt sie in seiner jüngsten Titelgeschichte „gefährliche Hassprediger“.

Da ist es doch eigentlich unerhört, dass sich solche Subjekte auch noch anmaßen, Wahlkampf zu betreiben. Als würden demokratische Spielregel für jedermann gelten. Dabei ist für dieses „Pack“ die Sprache der Gewalt doch gerade gut genug. So oder ähnlich dürfte es wohl in den Köpfen derer aussehen, die losziehen und ihre Antipathien gegen die Alternative für Deutschland mit Brandstiftungen, Prügelattacken, Morddrohungen und anderen Delikten ausleben. Angefeuert von immer wüsteren Beschimpfungen durch Politiker und Medien, überziehen sie die nationalkonservative Partei mit einer beispiellosen Welle der Gewalt. Zwar hat sich die schlimme Befürchtung, dass in Nürnberg auf einen Plakatierer der AfD geschossen wurde, nicht bewahrheitet, andere Anschläge zeugen dennoch von der Brutalität der Täter. Im sauerländischen Arnsberg schossen sie Anfang Februar dreimal auf das AfD-Büro in der Innenstadt des Ortes. Zwei Kugeln durchschlugen das Sicherheitsglas. Der Staatsschutz ermittelt. In Leipzig stand das Auto des AfD-Stadtrates Holger Hentschel in Flammen – Ursache Brandstiftung. In Hamburg wurde der AfD-Politiker Phillip Christ auf offener Straße angegriffen und

> Brandanschläge, Schüsse, Prügelattacken

krankenhausreif geprügelt. In Chemnitz detonierte ein Sprengsatz vor dem dortigen AfD-Büro.

Die Hamburger Forschungsgruppe Extremismus und Militanz (FGEM) verzeichnete allein im Januar 22 Angriffe auf Politiker und Parteigebäude der AfD. Die Sozialwissenschaftler um den Extremismusforscher Karsten Dustin Hoffmann schlossen sich im August letzten Jahres zusammen, um politisch-motivierte Straftaten zu dokumentieren und auszuwerten. Im Januar 2016 hatten die FGEM-Mitglieder der besonders viel zu tun. Auch Linke und Grüne sowie SPD und CDU waren in diesem Monat Attacken ausgesetzt, dennoch rangiert die AfD in der Opfer-Liste des politischen Terrors mit großem Abstand an der Spitze. Besonders bedroht seien Funktionäre und Sympathisanten der Partei in Städten mir starker linker Szene wie zum Beispiel in Leipzig, so Hoffmann.

„Die Angriffe auf die AfD haben eine Stufe erreicht, die nicht mehr hinnehmbar ist“, erklärt auch Armin-Paul Hampel. Der niedersächsische AfD-Landesvorsitzende hat ein spezielles Projekt angeregt: die „Zentrale Erfassungsstelle zur Dokumentierung von Straftaten und Diskriminierungen gegen die AfD“. Sechs ehrenamtliche Mitarbeiter, darunter ein ehemaliger Staatsanwalt, ein Polizist und ein Rechtsanwalt, geben Hinweisen aus den AfD-Ortsverbänden nach. Gelistet werden solche Fälle, die seit der Gründung der Partei im Jahre 2013 bei der Polizei aktenkundig geworden sind. Es sollen bereits 10 000 sein. Eine Statistik, die für Ende Februar angekündigt ist, soll dann auch zeigen, in wie vielen Fällen der Täter von der Polizei ermittelt wurde.

Frank Horns

Neues, altes Feindbild

Linke irritiert: Russlanddeutsche entdecken sich als politische Macht

Der Auslöser entpuppte sich als Falschmeldung: Die Vergewaltigung einer 13-jährigen Russlanddeutschen durch mutmaßliche Asylbewerber hatte das Opfer offenbar erfunden. Auf den empörten Demonstrationen, die der vermeintlichen Untat folgten, machten zahllose Russlanddeutsche jedoch eine Erfahrung, die ihnen bislang fremd war. Sie nahmen sich erstmals als politische Kraft wahr.

Viele Medien registrieren das politische Erwachen der Gruppe, die rund 2,5 Millionen Bundesbürger umfasst, mit Unbehagen. Linke Kreise begegneten den Deutschen aus der ehemaligen UdSSR seit jeher mit Misstrauen. Es waren die „falschen“ Zuwanderer, weil das Deutschsein ihr gemeinschaftsstiftendes Kennzeichen darstellt. Viele hatten daran festgehalten, auch als dies Vertreibung nach Sibirien, massenhaften Tod und für die Überlebenden jahrzehntelange Diskriminierung bedeutete.

Vor einem Vierteljahrhundert titelte das (längst untergegangene) linke Trendmagazin „Tempo“ mit der Parole „Aussiedler raus!“ und fasste damit die Stimmung unter deutschen Linken gegenüber den Landsleuten aus dem Osten polemisch zusammen.

Später wurde es still um die Volksgruppe. Die Russlanddeutschen integrierten sich still und unauffällig, bevorzugte Partei war die CDU, weil sie Kanzler Kohl dankbar waren dafür, dass er ihnen einst die Tür geöffnet habe. Verglichen mit manchen nichtdeutschen Zuwanderergruppen etwa waren sie nahezu unsichtbar, wiesen ein geringes „Störpotenzial“ auf, wie es der grüne Publizist Sergey Lagodinsky gegenüber „Focus online“ ausdrückt.

> »Aussiedler raus!« titelte ein linkes Blatt vor 25 Jahren

Die Asylflut aber hat der Stille und Angepasstheit bei vielen Deutschen aus Russland ein jähes Ende gesetzt. „Wir Russlanddeutsche haben unser Recht entdeckt, uns zu Wort zu melden. Wir sind jetzt aufgewacht, und die Regierung soll uns hören. Wir werden uns weiter einmischen“, so eine Rednerin in Berlin laut RBB.

Viele Mitglieder der Volksgruppe fürchten, dass ihre neue, alte Heimat Deutschland vom Asylzustrom überrollt wird und sich daher in ernster Gefahr befindet. Das treibt sie auf die Straße und in Opposition zu etablierten Parteien, auch zur bislang bevorzugten CDU. Stattdessen sehen Kenner der Szene bei vielen Russlanddeutschen eine Annäherung an die AfD.

Jene Annäherung wird dadurch beflügelt, dass führende AfD-Politiker wie vor allem Alexander Gauland für eine Verständigung mit Russland eintreten und die Sanktionspolitik kritisieren. Russland fühlen sich viele Russlanddeutsche nach wie vor verbunden. Da sie sich ebenso als deutsche Patrioten sehen, leiden sie unter dem politischen Zerwürfnis zwischen Berlin und Moskau besonders. Der Zwist geht ihnen wie ein Schnitt durchs eigene Herz.

Diese Kombination – deutscher Patriotismus, Verbundenheit mit Russland, Kritik an der Asylpolitik und nun auch noch eine gewisse Affinität zur AfD – lässt Russlanddeutsche (erneut) zum idealen Feindbild weiter Kreise von Politik und veröffentlichter Meinung avancieren. Gleichwohl lässt die aufkeimende Lust vieler Russlanddeutscher, sich politisch einzumischen, erwarten, dass man künftig mit ihnen wird rechnen müssen bei den anstehenden Diskussionen um die Zukunft Deutschlands.

Hans Heckel

Der Parteienrundfunk

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist vor allem von den Parteien bestimmt

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird bisweilen als „Staatsfunk“ kritisiert. Das ist übertrieben, kommt aber nicht ganz von ungefähr. Wie „staatsfern“ der Rundfunk in Deutschland sein müsse, hat auch rechtlich immer wieder eine Rolle gespielt. Treffender könnte man jedoch von einem „Parteienrundfunk“ sprechen.

Nur knapp ein Drittel der Bevölkerung empfindet laut Allensbach-Umfrage die Berichterstattung der Medien über die „Flüchtlings“-Situation als ausgewogen, 47 Prozent dagegen als einseitig. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen spielt dabei eine besondere Rolle. Denn noch immer informiert sich ein Großteil der Deutschen vor allem aus der „Glotze“. „Das öffentlich-rechtliche Fernsehen“, schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „ist in der Flüchtlingskrise vor allem für Durchhalteparolen zuständig. Es beweist dabei, warum es der Politik so lieb und teuer ist“.

Teuer ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk vor allem für die Bürger. Der Rundfunkbeitrag ist wie eine staatliche Steuer, der sich niemand entziehen kann. Die Sender erhalten Milliarden, Intendanten verdienen mehr als die Bundeskanzlerin, man kassiert hohe Altersversorgungen. Fernsehmoderatoren stecken zudem außertariflich Millionengagen ein – oft über die Konstruktion eines „freien Mitarbeiters“. De facto haben die Bürger keinen wirksamen Einfluss darauf, wie hier abgesahnt wird. Gerade auch in finanzieller Hinsicht sind die Sendeanstalten zu einer Art „Staat im Staate“ geworden.

Durchhalteparolen des Rundfunks in der »Flüchtlings«-Krise

Wie kommt es zur politischen Einseitigkeit von Sendungen? Staatseinfluss im engeren Sinne ist nur einer von mehreren Faktoren. Die politische Haltung der Journalisten und Programmmacher spielt eine wesentliche Rolle, und diese ist längst überwiegend links. Der Publizist Hugo Müller-Vogg kritisierte unlängst, im Fernsehen werde Nachricht und Kommentar nicht mehr getrennt: „Im Fernsehen ist der Hinweis, jetzt komme der Kommentar, ein Witz ... Tagesthemen und heute journal sind keine Nachrichten-, sondern Kommentar-Sendungen.“

Mit der Frage des Staatseinflusses im ZDF hat sich das Bundesverfassungsgericht nach einer Normenkontrollklage in seiner Entscheidung vom 25. März 2014 befasst. In den Leitsätzen heißt es, der öffentlich-rechtliche Rundfunk müsse dem „Gebot der Staatsferne“ genügen. Der Einfluss der staatlichen und staatsnahen Mitglieder in den Aufsichtsgremien sei konsequent zu begrenzen. Ihr Anteil dürfe insgesamt ein Drittel der gesetzlichen Mitglieder des jeweiligen Gremiums nicht übersteigen. Vertreter der Exekutive dürften auf die Auswahl der staatsfernen Mitglieder keinen bestimmenden Einfluss haben.

Das Gericht hatte damit der Klage im Wesentlichen stattgegeben. Es geht in seinem Urteil auch auf die in Verbänden organisierten „gesellschaftlich relevanten Gruppen“ ein, die in Rundfunkräte entsandt werden. Zu kurz kommt dabei die Frage, wie diese ausgewählt werden – tatsächlich formieren sich die Vertreter dieser Gruppen meist entlang politischer Parteilinien. De facto dürfte der – oft indirekt vermittelte – Einfluss der Parteien weitaus größer sein als ein staatlicher. Maßgeblich ist der Einfluss von SPD, Grünen und CDU/CSU. Noch immer werden höhere Posten häufig nach Parteipräferenzen vergeben. Ein Intendant, Programmdirektor oder Chefredakteur muss dabei nicht formell einer bestimmten Partei angehören – aber man weiß meistens genau, „wo er hingehört“.

Michael Leh



Die Auswahl der Gäste zeigt oft die politische Tendenz: Diskussionsrunde bei der jüngsten Folge von „Anne Will“ Bild: NDR/Wolfgang Borrs

Teuerster Rundfunk der Welt

Die Deutschen müssen für den teuersten öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Welt bezahlen. Ob ihn jemand überhaupt nutzen oder nur Privatsender sehen will, ob man überhaupt einen Fernseher hat – egal. Jeder Haushalt muss derzeit monatlich 17,50 Euro beziehungsweise pro Jahr 210 Euro entrichten. Eine Wahlfreiheit gibt es nicht mehr.

2014 kassierten die Öffentlich-Rechtlichen 8,3 Milliarden Euro. Obwohl die Vielfalt der Medienangebote längst über jede „Grundversorgung“ hinaus geht, denkt niemand an ernsthafte Einschnitte. Derzeit ist nur eine minimale Absenkung des Rundfunkbeitrages auf monatlich 17,28 Euro im Gespräch. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk produziert zweifellos viele gute und auch sehr gute Sendungen – neben vielen Fehlleistungen und auch einseitiger Polit-Propaganda. In jedem Falle aber ist er zu teuer. Das waren noch Zeiten, als nach Gründung der Bundesrepublik die Rundfunkgebühr zwei D-Mark betrug. Die 1954 eingeführte Fernsehgebühr betrug fünf D-Mark und blieb 16 Jahre stabil.

Bürger zahlen für üppige Pensionen

Heute werden Unsummen aus dem Zwangsbeitrag, den die Sender nicht an einem Markt erwirtschaften, auch zum Fenster hinausgeworfen. Die Millionengagen für Fernsehmoderatoren (diese verdienen oft mehr als Intendanten) etwa sind nicht zu rechtfertigen. Der ZDF-Intendant beispielsweise erhielt 2014 rund 319 000 Euro. Das Durchschnittsgehalt der sechs ZDF-Direktoren betrug rund 221 968 Euro. 2013 hatte allein das ZDF 3546 Mitarbeiter.

Die Sender haben sehr hohe Betriebsrenten zugesagt und müssen längst Milliarden für Pensionen zurücklegen. Wie die „FAZ“ meldete, zahlt inzwischen jeder Haushalt in Deutschland über seine Rundfunkgebühr im Jahr rund 13,50 Euro für die Altersversorgung öffentlich-rechtlich Beschäftigter.

Wie der „Tagesspiegel“ berichtete, gab es allein im Jahr 2014 21,1 Millionen Mahnverfahren wegen nicht gezahlter Rundfunkbeiträge und 1,1 Millionen Vollstreckungsersuchen der Rundfunkanstalten. *M.L.*

Zeitzeugen



Bild: ZDF/Svea Pietschmann

Wolfgang Herles – Der frühere Leiter des ZDF-Studios Bonn und der ZDF-Sendung „Aspekte“ hielt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk „Regierungsjournalismus“ vor. Im Deutschlandfunk erklärte er, aufgrund der Regierungsnähe der Sender werde überwiegend so kommentiert, „wie es dem Meinungsspektrum der Großen Koalition entspricht“. Es gebe „tatsächlich Anweisungen von oben, auch im ZDF“. Herles: „Da sagt der Chefredakteur, Freunde, wir müssen so berichten, wie es Europa und dem Gemeinwohl dient. Und da braucht er in Klammern gar nicht mehr dazu sagen, ‚wie es Frau Merkel gefällt.‘“



Bild: NDR

Anja Reschke – Die Leiterin der NDR-Sendung „Panorama“ wurde wegen eines Kommentars in den „Tagesthemen“ gegen Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass von einem Medienmagazin zur „Journalistin des Jahres“ gekürt. Der frühere „FAZ“-Herausgeber Hugo Müller-Vogg hatte schon zuvor erklärt, dass es für den hochgelobten Kommentar Reschkes keinerlei Mutes bedurft hätte. Müller-Vogg: „Die mutige Anja Reschke sagt, was alle sagen – so what?“

Hans-Peter Friedrich – Der Ex-Bundesinnenminister hat den Öffentlich-Rechtlichen nach der Silvesternacht in Köln ein „Schweigekartell“ vorgeworfen. Im Radio erklärte der CSU-Politiker auf NDR Info, es bestehe der „Verdacht, dass man glaubt, dass man über solche Übergriffe insbesondere von Migranten und Ausländern deswegen nicht berichtet, weil man nach Möglichkeit die Bevölkerung nicht beunruhigen will“.



Bild: SWR

Fritz Frey – Der Chefredakteur des SWR hat nach dem Hickhack über die Teilnahme der AfD an einer Fernsehdiskussion vor der Wahl in Rheinland-Pfalz erklärt: „Als Programmverantwortlicher muss ich zur Kenntnis nehmen: Diese Partei ist da, sie hat zehn Prozentpunkte und mehr Zustimmung in seriösen Umfragen, und deshalb ist es unsere Aufgabe, den Diskurs auch mit dieser Partei zu organisieren.“ Die Fernsehdebatte werde am 10. März im SWR-Landesprogramm Rheinland-Pfalz um 20.15 Uhr beginnen. Sie werde zwei Moderatoren haben und sechs Gäste: die Spitzenkandidaten von SPD, Grünen, CDU, FDP, die Linke und AfD.

Ärgernis Talkshows

Weit überbezahlte Moderatoren mit oft gleichen Gästen

Gerade ging es bei Anne Will wieder einmal um die „Flüchtlings“-Politik. 81,1 Prozent der Bevölkerung sind laut jüngster Umfrage der Ansicht, dass die Bundesregierung diese nicht mehr im Griff hat. Wen lud Anne Will ein, um darüber zu diskutieren? Ursula von der Leyen. Was sagte diese erwartungsgemäß? „Ich bin absolut überzeugt, dass die Politik, die Angela Merkel macht, richtig ist.“ Der nächste, Hans-Ulrich Jörges vom „Stern“, erklärte: „Ich bin von der Richtigkeit ihrer Politik 100-prozentig überzeugt.“ Der dritte Gast, der früher linksradikale Schriftsteller Peter Schneider, bot sich an, der Bundeskanzlerin eine Rede zu schreiben, damit sich trotz gemachter Fehler alles noch einmal zum Guten wende. Dann hatte Will noch die glorreiche Idee, Oskar Lafontaine einzuladen. Was dieser sagen würde, konnte sich jeder Zeitungsleser auch ungefähr denken. Niemand, der die Sendung nicht sah, hat etwas verpasst.

So ist es mit den meisten dieser Talkshows: Ein Blick auf die Teilnehmerliste, und man weiß schon, wohin der Hase laufen wird. Man merkt meist auch schon an der Gästeliste, dass ein Thema gar nicht ernsthaft diskutiert werden soll. Es geht gar nicht darum, dass Zuschauer einen echten Erkenntnisgewinn erhalten. Auch wenn zwei oder gar drei vernünftige Leute eingeladen sind, kann man sicher sein, dass der Rest dafür sorgen wird, dass Gesprächszeit durch fruchtlose Beiträge und Schlagabtausch vertan wird. Indem Gespräche so inhaltlich gar nicht erst auf ein höheres Niveau geraten, können Moderatorinnen und Moderatoren auch leicht ihre oft unzureichende Sachkenntnis verbergen. Im Zweifel kommt der nächste „Einspieler“. Das ständige Klatschen eines Studiopublikums, das oft auch gegensätzlichen Standpunkten gleichermaßen applaudiert, nervt zusätzlich.

Es geht kaum um Erkenntnisgewinn für die Zuschauer

Schon vor drei Jahren schrieb Henryk M. Broder: „Schafft endlich die Fernseh-Talkshows ab!“ Das wäre, so Broder, „Dienst am Kunden und ein Beitrag zur Rettung der Gesprächskultur“. *M.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:

Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Gefahr monströser Anschläge

Razzia gegen IS: Stand ein islamistischer Angriff im Herzen Berlins unmittelbar bevor?



Verheerende Anschläge an mehreren Orten geplant: In Berlin führten Polizeibeamte am 4. Februar einen der „Gefährder" ab

Bild: pa

Die Zahl der „Gefährder" mitten in Deutschland wächst stetig. Die lasche Handhabung von Gesetzen, offene Grenzen und die Überlastung der Polizei spielen ihnen in die Hände.

Den Ausschlag zur Verhaftung gab ein Foto; die Polizei veröffentlichte es vergangenen Freitag: Ein vermummter Mann kniet neben Sturmgewehren und Munition, Pistole im Anschlag – Sicherheitsexperten sehen es als Ausweis extremer Gewaltbereitschaft. Seit Ende 2015 beobachtet Berlins Polizei nach Tipps des Verfassungsschutzes eine mutmaßliche islamistische Terrorzelle. Doch erst im Januar konnten Verfassungsschützer konkrete Hinweise geben.

Mit ständig wechselnden Mobiltelefonen und verdeckter Kommunikation schirmten sich die Verdächtigen ab. Als deren Gespräche ausblieben, griff die Polizei am 4. Februar zu, verhaftete vier von fünf Verdächtigen und dabei in Nordrhein-Westfalen den mutmaßlichen Chef der Gruppe, einen 34-Jährigen und seine 27-jährige Frau, beide in einem Asylheim. Die Algerier gaben sich als Syrer aus, waren unbehelligt über Bayern eingereist.

Der Mann besaß laut Polizei einen gefälschten französischen Pass und hatte eine Waffenausbildung durch den „Islamischen Staat" (IS). Ihr Heimatland hatte Haftbefehle wegen „IS-Zugehörigkeit" ausgestellt. Wie Medien berichteten, verfügt der Mann über enge Kontakte zu einem hochrangigen IS-Funktionär, der die jüngsten Anschläge von Paris plante. In Hannover wurde ein 26-Jähriger mit mutmaßlichen Kontakten zur belgischen Terrorszene verhaftet.

In Berlin gibt es laut Polizei zwei Verdächtige und einen Verhafteten: In Kreuzberg stellten die Beamten einen 49-Jährigen, der laut Medien trotz abgelehntem Asylantrag jahrelang unbehelligt in der Metropole lebte, sogar nach Frankreich ausreisen und mit falschen Papieren zurückkehren konnte. Gegen ihn wird deshalb wegen Urkundenfälschung ermittelt. Mehrere Wohnungen und mögliche Arbeitsplätze wurden durchsucht, Computer und Mobiltelefone sichergestellt. Laut Staatsanwaltschaft stellte das Sondereinsatzkommando auch „gefährliche Gegenstände" sicher.

> Checkpoint Charlie und Alexanderplatz im Visier

Der bundesweite polizeiliche Aufwand bei der Verhaftung lässt erahnen, wie rasch die Beamten bei einer Ausweitung der Szene an ihre Grenzen zu stoßen drohen: Insgesamt waren 450 Polizisten im Einsatz. Allein in Berlin stürmte ein Sondereinsatzkommando gleichzeitig vier Wohnungen sowie zwei Betriebe und durchsuchte einen Backladen im Bahnhofsgebäude am Alexanderplatz. Die Durchsuchungen am Alex ließen einen Anschlag dort möglich erscheinen. Was die Gruppe plante, wollte die Polizei anfangs nicht mitteilen.

Wie später bekannt wurde, kreisten die abgefangenen Telefonate um den Checkpoint Charlie als Ziel. Alex und der frühere Checkpoint sind Touristenmagneten. Die Durchsuchung macht vielen Berlinern die Gefahr bewusst: Mehr als 120 000 Menschen steigen täglich am Alexanderplatz ein, aus oder um, über 11 000 Menschen besuchen täglich den Checkpoint. Die Folgen eines Anschlags wären fatal.

Seit Wochen sind die Behörden der Hauptstadt in Alarmbereitschaft, seit Europol-Direktor Rob Wainwright warnte, der IS entwickle „neue gefechtsartige Möglichkeiten", um weltweit Anschläge zu verüben. Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) sagte nach der Razzia: „Wir haben weiterhin allen Grund, wachsam und vorsichtig zu sein." Die Bedrohungslage sei „hoch". Was die Politik nicht sagt, ist, wie sehr die lasche Handhabung von Gesetzen die Strafverfolger ausmanövriert. Ein laufender Haftbefehl daheim und gefälschte Ausweise ohne Folgen, dazu große Bewegungsfreiheit machen Deutschland und Berlin zum attraktiven Ziel.

Während dem IS in Syrien und Irak nach US-Meldungen die Kämpfer ausgehen, entwickelt sich die deutsche Hauptstadt zu einem Reservoir für den IS-Nachwuchs. Der polizeiliche Staatsschutz hat besonders sogenannte islamistische Gefährder im Blick. Die Zahl der Salafisten in Berlin hat laut Landesverfassungsschutz erneut zugenommen. Eine Sprecherin zählte jüngst 680 in der Stadt. Im Herbst waren es laut der Behörde noch 670. Rund 360 von ihnen sind demnach als „gewaltorientiert" einzustufen. Wiederum 100 davon sind zum Dschihad in Syrien und im Irak abgereist – zwölf von ihnen starben dort. Rund 50 sind inzwischen nach Berlin zurückgekehrt.

Sie bringen extreme Gewalt- und Foltererfahrungen mit. Laut Behörden hat rund die Hälfte trotz der Erlebnisse dem Kampf nicht abgeschworen. Über 20 Heimkehrer haben sich sogar weiter radikalisiert. Die Polizei ordnet sie als „Gefährder" ein und überwacht sie. Die Dichte der Überwachung stellt angesichts des Personalmangels der Landespolizei ein Problem dar. Und die von Berlins Politik geplanten neuen geschlossenen Siedlungen für Zuwanderer drohen das Problem zu verschärfen. Der Berliner Verfassungsschutz beobachtet bereits Anwerbeversuche der Salafisten unter Neuzuwanderern: „Wir haben verstärkt Hinweise darauf", so eine Sprecherin.

Koranverteilungen und das Spenden traditioneller Bekleidung gehören zu den „vertrauensbildenden" Maßnahmen der Radikalen. Der Berliner Verfassungsschutz will mit einer Broschüre für Heimbetreiber und Helfer aufklären. Dass dieses Vorbeugen die Werber aufhält und Sicherheitslücken schließt, darf bezweifelt werden. Die Szene kapselt sich erfolgreich ab – die Razzia legt nahe: Nur noch über Geheimdienste und von außen kommt der Rechtsstaat an die Gewaltbereiten heran. *Sverre Gutschmidt*

Rechtsfreie Räume

Von Vera Lengsfeld

Um unseren Rechtsstaat ist es schlecht bestellt. Er ist mehr oder weniger nur noch ein Papiertiger. Das kann man auf den Straßen und Plätzen der Hauptstadt mittlerweile tagtäglich erleben. Zum Beispiel in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Als Antwort auf die steigende Zahl von Schwarzfahrern hat die BVG ihre Kontrollen verstärkt. Mit dem beeindruckenden Ergebnis, dass die meisten Insassen der Strafvollzugsanstalt Tegel Schwarzfahrer sind. Die älteste Missetäterin ist über 80 Jahr alt und erfreut sich einer gewissen lokalen Berühmtheit, denn die alte Dame saß schon mehrfach wegen dieses Deliktes ein. Eine neue Gruppe von Schwarzfahrern ist nicht unter den Gefangenen zu finden: die Schutzsuchenden.

Nachdem Berlin mehrmals unangenehme Erfahrungen mit um sich schlagenden, Messer schwingenden und beißenden Schutzsuchenden gemacht hat, wurden kostenlose Monatskarten an die Neuankömmlinge ausgegeben. Diese Maßnahme erwies sich aber als zu teuer, also wurde sie Ende Januar eingestellt. Prompt stiegen die Übergriffe auf Kontrolleure wieder an. Wie soll man Menschen, die daran gewöhnt wurden, etwas umsonst zu erhalten, auch beibringen, dass sie nun zu zahlen hätten wie alle anderen?

Aber im Gegensatz zu den Schwarzfahr-Omis werden die jungen Männer, die ohne Fahrschein angetroffen werden, nicht belangt.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auf den Straßen von Berlin, keineswegs nur in Neukölln, wo es seit Jahren Gebiete gibt, in die sich die Polizei nicht mehr hinein wagt. Als kürzlich in der Rigaer Straße im Friedrichshain, die von den Linksradikalen als ihr Territorium betrachtet wird, ein Polizist ein Falschparkticket ausstellen wollte, wurde er körperlich attackiert. „Bullenschweine" hätten hier nichts zu suchen, brüllten die Angreifer. Die vom Innensenator daraufhin angeordnete Großrazzia im von den Autonomen besetzten Haus war ein Medienereignis und wurde im Abgeordnetenhaus von den Grünen und Piraten wegen „Unangemessenheit" heftig gerügt, änderte aber nichts an den Verhältnissen.

Ähnlich ist es auf den bekannten Raserstrecken in der City West, wie auf der vierspurig zugeparkten Akazienstraße in Schöneberg, wo sich nahezu täglich bedrohliche Situationen abspielen. Die Polizei ist nicht zu sehen, Raser und Wildparker bleiben unbehelligt. Lieber stellen die Ordnungshüter ihre Blitzer in Tempo-30-Zonen auf. Das bringt Geld und vermeidet Konflikte mit den Showrasern, die nicht selten aus dem Umfeld der organisierten Kriminalität stammen. Eingezogene Führerscheine oder Fahrzeuge beeindrucken nicht – einen neuen PS-Boliden kauft der Clan aus der Portokasse.

Lageso: Neue Peinlichkeiten

Asyl: Nach Auffliegen wurde teure Hotelunterbringung storniert

Berlins Zuwanderer müssten teils Wochen hungern, könnten sich nicht mehr selbst mit dem Nötigsten versorgen, weil das Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) mit der Auszahlung von Bargeld an die vielen Wartenden nicht nachkomme – mit dieser Meldung schockierten Medien die Öffentlichkeit vor wenigen Tagen. Sie beriefen sich auf Heimbetreiber.

Das Lageso könne kein Geld, kein Essen, keine ärztliche Versorgung und keine Unterkünfte ausreichend und zeitnah organisieren – das sind die vier Dauervorwürfe gegen die Behörde. Der Senat hat deshalb ein Maßnahmenpaket beschlossen, doch das läuft schleppend an. Allein im Januar registrierte Berlin 7800 weitere Zuwanderer. Rund 26 000 Rechnungen des Lageso von 2015 sind noch offen, insgesamt ein zweistelliger Millionenbetrag. Am 17. Februar befasst sich das Parlament damit. Um den sich abzeichnenden Zusammenbruch der bisherigen Zuwanderungsverwaltung aufzuhalten, wollte der Senat jetzt insgeheim 10 000 Hotelplätze anmieten. Ein an den internen Verhandlungen Beteiligter gab die interne Information der Presse weiter. Der Senat verhandelte demnach mit der Hotelkette Grand City Hotels über 22 Hotels und Sätze von 50 Euro pro Übernachtung je Zuwanderer.

> Auch zweifelhafte Firmen verdienen am Berliner Chaos

Die geschätzten Kosten: rund 600 Millionen Euro. Die Hotelkette ruderte nach Bekanntwerden zurück. Der Senat versuchte ebenfalls einen Rückzieher – es sei „noch nichts beschlossen", bestätigte aber indirekt, man halte eher zehn Euro pro Zuwanderer und Tag für realistisch. Die Maßnahmen des Senats gehen auf anderen Ebenen noch weiter: Die Landesregierung plant ganz offiziell 30 neue Container-Standorte, regelrechte Behelfsdörfer für Asylbewerber mit Raum für 15 000 Menschen.

Da die Standorte noch unklar sind, steht ein langes öffentliches und rechtliches Tauziehen bevor. Seitens der Bezirke bildet sich Widerstand gegen Container und schnell zu errichtende Unterkünfte in Modulbauweise. Berlins Politik richtet sich damit auf Kapazitäten für 40 000 Zuwanderer ein. Das neue Ausmaß schneller Geschäfte mit Unterkünften lockt zweifelhafte Unternehmen an. So soll eine britische Briefkastenfirma mit mehr Schulden als Vermögen indirekt in die Hotelverhandlungen des Senats einbezogen gewesen sein. Integration und Betreuung drohten bei massenhafter Hotelunterbringung politisch ganz aufgegeben zu werden, fürchtet die Opposition. *SV*

CDU im 20-Prozent-Loch

Düstere Aussichten für die Berlin-Wahl im September

Erstmals seit den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2011 liegt die Berliner CDU in Umfragen bei nur noch 20 Prozent. Die SPD kann dagegen sogar mit leichten Gewinnen rechnen. Noch könnte es erneut für Rot-Schwarz reichen, aber wenn der Trend anhält, müsste sich die SPD nach den nächsten Landtagswahlen im September neue Partner suchen. Vor 20 Jahren erreichte die CDU noch mühelos Ergebnisse um die 40 Prozent.

Angefangen hatte es für die Koalitionäre ganz gut. Viele Berliner atmeten auf, dass ihnen eine Bürgermeisterin Renate Künast durch die Bildung der rot-schwarzen Koalition erspart geblieben war. Die Umfrageergebnisse entwickelten sich freundlich. Im Juni 2012 lag die CDU bei 25, die SPD sogar bei 31 Prozent, während Grüne und Linke schwächer wurden. Wenn nicht das BER-Chaos und die Asylflut gekommen wären, hätte es sich durchaus so weiter entwickeln können. Mit der abgesagten Eröffnung des Flughafens BER sank die Zustimmung allerdings zunächst nur für die SPD. Im Juni 2013 überholte die CDU in Umfragen die SPD, um im Mai 2014 30 Prozent zu erreichen. Mit dem Wechsel des Regierenden Bürgermeisters (Michael Müller statt Klaus Wowereit) im Oktober 2014 wendete sich das Blatt. Im Dezember 2014 waren beide Regierungsparteien gleichauf, und ab 2015 lag die SPD wieder vorne.

> Asylkrise schadet vor allem der Union

Die Asylkrise wurde vom Wahlvolk vor allem der CDU angelastet. Grund: Die Asylbewerber liegen hier gleich in doppelter Zuständigkeit der CDU, weil sie den Innensenator (Frank Henkel) und den Sozialsenator (Mario Czaja) stellt. Je unerträglicher die „Flüchtlingskrise" sich ausbreitet, desto schlechter werden daher die Werte der CDU.

Die Partei hat keinen wirklichen Plan zum politischen Machterhalt oder Machterwerb. Den Gedanken eines „Bürgerblocks", wie ihn Ole von Beust in Hamburg 2001 mit der Schillpartei und der FDP realisiert hatte, haben Henkel und sein Umfeld wohl nicht erwogen. Dabei wäre nur ein „Lagerwahlkampf" ein Unternehmen, das alle Mitglieder und Sympathisanten mobilisieren würde. Die SPD kann vermutlich am Wahlabend wieder überlegen, ob die CDU, die Grünen oder die Linken die Dienstwagenschlüssel der Senatoren bekommen sollen. Sollte allerdings die AfD auch in Berlin mit einem zweistelligen Ergebnis im September aufwarten können, hätte ein rot-rotes Bündnis wohl keine Mehrheit. *Hans Lody*

MELDUNGEN

»US-Regime« in Kiew wankt

Kiew – Der ukrainische Wirtschaftsminister Aivaras Abromavicius ist überraschend zurückgetreten. Grund sind Unstimmigkeiten innerhalb der Regierung über die Reformpolitik zur Beendigung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Mit dem Abgang des Esten Abromavicius, der die ukrainische Staatsbürgerschaft erst bei seinem Amtsantritt angenommen hatte, gerät das sogenannte US-Regime in Kiew ins Wanken. Abromavicius ist ebenso wie die weiterhin amtierende Finanzministerin Natalia Jaresko ehemaliger Investmentbanker und war auf Betreiben der US-Regierung ins Amt gekommen – wie es heißt, um die Interessen der ausländischen Geldgeber zu wahren. *J.H.*

»Entschädigung für Assange«

Genf – Uno-Rechtsexperten haben die jahrelange Botschaftszuflucht des Wikileaks-Gründers Julian Assange in London als freiheitsberaubend sowie als willkürliche und unrechtmäßige Haft eingestuft. Zur Begründung heißt es, wegen der juristischen Maßnahmen Schwedens und Großbritanniens könne sich Assange nicht frei bewegen. Die Genfer Juristen haben beide Länder aufgefordert, Assange Bewegungsfreiheit zu garantieren und ihm für zehn Tage Isolationshaft, 550 Tage Hausarrest seit Dezember 2010 und die darauf folgende erzwungene Zuflucht in die Botschaft Ecuadors eine Entschädigung zu zahlen. Assange, der geheime US-Dokumente veröffentlicht hatte, kann die Botschaft Ecuadors in London, in die er sich vor dreieinhalb Jahren freiwillig begeben hat, nicht verlassen, ohne unverzüglich festgenommen zu werden. Die britische und die schwedische Regierung erklärten, die Äußerung der UN-Experten habe lediglich empfehlenden Charakter und ändere nichts an ihrer Rechtsmeinung. *J.H.*

Statt eines »Grexit« nun ein »Schexit«?

Wie bei der Währungs- hält sich Griechenland auch bei der Grenzunion nicht an die Abmachungen

Nachdem bereits Hunderte Milliarden Euro ins Land gepumpt wurden, steuert Griechenland erneut auf eine Pleite zu. Obendrein droht nun auch noch ein „Schexit" – der Rausschmiss aus der Schengen-Zone der EU.

Athen ist schwarz auf weiß bescheinigt worden, bei der Sicherung der EU-Außengrenze weitgehend versagt zu haben. Nachdem es bereits im vergangenen November unangekündigten Kontrollen durch EU-Inspekteure gegeben hat, sind nun die Ergebnisse der Überprüfung an die Öffentlichkeit gekommen. Die EU hat auf 23 Seiten einen haarsträubenden Mix aus Schlendrian, Desorganisation und mangelhafter Ausstattung aufgelistet. Demnach haben Griechenlands Grenzbeamte bei illegal Eingereisten keineswegs regelmäßig Abgleiche mit der Interpol-Datenbank durchgeführt, wie dies vorgeschrieben ist. Bei mehr als 850 000 Personen, die 2015 über Griechenland illegal in die EU eingewandert sind, stellt dieses Versagen ein Risiko für ganz Europa dar.

Sinn des Datenabgleichs ist es, aus der Menschenflut islamistische Terrorverdächtige herauszufiltern. Allerdings wurden nicht einmal Reisende, die mit legalen Papieren in Griechenland über die EU-Außengrenze kamen, ordnungsgemäß kontrolliert. Beanstandet wurde etwa ein Fall, bei dem in den griechischen Häfen Chios und Samos die Echtheit von Reisepässen nur per Augenschein geprüft wurde. Der Beamte, der eine entsprechende technische Prüfung hätte vornehmen können, soll sich im Urlaub befunden haben. Inzwischen wächst vor allem in Wien und Budapest die Verärgerung über das griechische Versagen.

Nachdem Griechenland bereits seit Monaten unter Druck steht, weil ein Großteil der von der Türkei ankommenden Immigranten ungehindert über den Balkan Richtung Österreich, Bundesrepublik und Schweden weiterreisen konnte, drohen Athen nun ernste Konsequenzen. Diskutiert wird mittlerweile ganz ernsthaft, ob das Land aus dem EU-Schengen-Mechanismus wieder ausgeschlossen werden kann. Bereits im Gang ist eine schleichende Isolierung Griechenlands, das von anderen EU-Staaten zusehends wie ein Sicherheitsrisiko behandelt wird. So unterstützt Ungarn die österreichischen Pläne, über Griechenland kommende Immigranten durch den Einsatz von Polizisten und Soldaten möglichst schon an der Grenze zu Mazedonien aufzuhalten. „Wenn Griechenland nicht bereit und in der Lage ist und keine Hilfe von der Europäischen Union annimmt, brauchen wir eine andere Verteidigungslinie, was offensichtlich Mazedonien und Bulgarien sind", so Ungarns Außenminister Peter Szijjarto.

> Wie weiland beim Euro wird nun auch bei Schengen der Rausschmiss Athens gefordert

Heftige Kritik muss die griechische Regierung inzwischen auch wegen der nur schleppend durchgeführten Einrichtung sogenannter Hotspots einstecken. Ursprünglich sollte Hellas längst fünf dieser Auffanglager für illegale Immigranten errichtet haben – fertig ist allerdings nur die Einrichtung auf der Insel Lesbos. Nachdem andere EU-Länder Druck machen, soll nun die griechische Armee für die Umsetzung der Pläne sorgen.

Auch innenpolitisch wächst der Druck auf die griechische Regierung. Athen braucht dringend Geld. Mittel aus dem im August 2015 aufgelegten Hilfspaket werden allerdings erst freigegeben, wenn eine Rentenreform steht und Griechenland vereinbarte Auflagen erfüllt. Die Voraussetzungen dafür stehen allerdings nicht sonderlich günstig. So brachte ein Aufruf zum Generalstreik mehrere Hunderttausend Menschen auf die Straßen. Sowohl Gewerkschaften als auch Arbeitgeberverbände hatten ihre Mitglieder aufgerufen, sich zu beteiligen. Anlass der Aktionen ist ein Sparpaket über 1,8 Milliarden Euro, zu dem sich die griechische Regierung gegenüber den internationalen Geldgebern verpflichtet hat. Die Einsparungen sowie Steuererhöhungen und Rentenkürzungen sollen den drohenden Kollaps des Rentensystems verhindern. Wie dringend nötig eine Sanierung des Systems der Altersvorsorge ist, macht ein Blick auf die Belastungen für den Staatshaushalt deutlich. Im vergangenen Jahr wurde fast ein Viertel des griechischen Staatshaushalts dafür verwendet, um Löcher in Rentenkassen zu stopfen. Nachdem Landwirte aus Protest gegen die Rentenreform auch noch wichtige Straßen und Grenzübergänge blockiert haben, ist der Ausgang des Kräftemessens mit den Geldgebern Griechenlands völlig offen. Selbst wenn demnächst wieder Milliarden aus dem dritten Hilfspaket freigegeben werden, bleibt das Land offenbar dauerhaft ein Transferempfänger.

So schätzt der frühere Bundesfinanzministers Peer Steinbrück, dass für Griechenland nochmals ein weiteres milliardenschweres Hilfspaket aufgebracht werden muss. In einem Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte Steinbrück: „Ein viertes Griechenland-Paket wird in zwei bis drei Jahren wieder die Tagesordnung erreichen. Griechenland ist noch weit von einer Schuldentragfähigkeit entfernt." *Norman Hanert*



Griechenland ist nicht willens und/oder nicht fähig, die Asylbewerberflut ordnungsgemäß zu verwalten: Griechische Polizei mit an der Küste aufgegriffenen Immigranten Bild: Mauritius

Der SPÖ-Basis reicht's

Mitgliederbefragung zur Asylpolitik erbrachte klares Stimmungsbild

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) steht möglicherweise vor einer Wende in der Asyl- und Zuwanderungspolitik. Die Partei hatte ohnehin nie eine einheitliche Haltung in dieser Frage. Während der Landeshauptmann Hans Niessl aus dem Burgenland mit den Freiheitlichen von der FPÖ koaliert, gefielen sich Bundeskanzler Werner Faymann und Wiens Regierungschef Michael Häupl darin, die FPÖ auszugrenzen und zu diffamieren. Die Wiener „Kronenzeitung" meldete kürzlich, dass die Partei ihre Mitglieder über den „Umgang mit Flüchtlingen" abstimmen lassen wolle: „Wir wissen, dass die Situation nicht leicht für Österreich ist, dass sie uns alle täglich vor neue Herausforderungen stellt und vor allem, dass es keine schnellen und einfachen Lösungen gibt. Nun möchten wir dich um deine Meinung zu aktuellen Fragen der Flüchtlingspolitik bitten." Ob die Informationsweitergabe eine absichtliche Indiskretion von Wende-Befürwortern war, darüber wird in Wien spekuliert.

Rund 40 000 ihrer zirka 200 000 Mitglieder hat die SPÖ nun schriftlich nach ihrer Meinung gefragt. Das ist nur ein Fünftel der Mitgliedschaft. Als Grund wird angegeben, dass die restlichen vier Fünftel keine E-Mail-Adresse hätten.

Tage später wusste die „Krone" bereits das Ergebnis. Nur 11 000 SPÖ Mitglieder hatten sich beteiligt. Das Ergebnis ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: 65,3 Prozent sprechen sich für eine „Obergrenze" oder einen „Richtwert" beim Asylantenzustrom aus. 89 Prozent wollen Rückführungsabkommen mit Herkunftsländern. 79 Prozent befürworten ausschließliche Antragstellung an den EU-Außengrenzen. 70 Prozent der Genossen wollen weniger Bargeld und mehr Sachleistungen für Asylforderer. Und satte 93 Prozent wollen keine Sozialkürzungen für Inländer, falls es zu Kürzungen für Fremde kommen sollte. Damit distanzieren sich die einfachen Mitglieder der SPÖ deutlich von der Politik ihres Bundeskanzlers Faymann und des Bürgermeisters und Landeshauptmanns Wiens sowie Präsidenten des Österreichischen Städtebundes, Häupl. Der SPÖ-Bundesgeschäftsführer Gerhard Schmid relativierte alsbald die Verbindlichkeit der Befragung, da es sich um keine repräsentative Umfrage gehandelt habe.

> 65,3 Prozent sind für Begrenzung, 89 Prozent für Rückführungsabkommen und 70 Prozent für Sachleistungen statt Bargeld

Die Frage ist, was die Partei mit der Befragung anfangen will. Eindeutig ist das Votum gegen den rotgrünen Multikulti-Flügel der Partei gerichtet. Will die Parteiführung damit die kleinen Asyleinschränkungen der Bundesregierung legitimieren? Will sie weitere einschneidende Maßnahmen durchsetzen? Oder will die Partei auf Bundesebene die „Flucht nach vorne" antreten und den Bundeskanzler absetzen und sogar einen Koalitionswechsel nach Rot-Blau vorbereiten? Zwar finden erst 2018 die nächsten Nationalratswahlen statt, aber die SPÖ kann dann wohl nicht mehr damit rechnen, noch einmal stärkste Partei zu werden. Der Abstand zur FPÖ beträgt jetzt schon rund zehn Prozent. Die Asylkrise scheint der Österreichischen Volkspartei weniger zu schaden als der SPÖ, die bei einer Wahl derzeit nur noch drittstärkste Kraft werden würde. *Hans Lody*

EU-Placebo für London

David Cameron hat in Brüssel bei Donald Tusk wenig erreicht

Um Großbritannien den Verbleib in der Europäischen Union schmackhaft zu machen, hat EU-Ratspräsident Donald Tusk vor Kurzem ein Paket von Reformvorschlägen präsentiert. Den Briten wurde unter anderem eine sogenannte Notbremse angeboten, die bei einem außergewöhnlichen Zustrom von Arbeitnehmern aus anderen EU-Staaten gezogen werden könnte. Eine weitere Offerte von Tusk: Großbritannien soll nicht verpflichtet werden, sich politisch weiter in die EU zu integrieren. Mit im Paket ist auch der Vorschlag, eines bedingten Vetorechts für nationale Parlamente bei der EU-Gesetzgebung. Da eine ähnliche Regelung bereits existiert, allerdings bisher nie wirksam geworden ist, scheint in der britischen Öffentlichkeit die Skepsis zu überwiegen.

Ebenso sieht es bei dem heiklen Thema Zuwanderungsbegrenzung nach Großbritannien aus. Auf dem Tisch liegt ein Angebot, dass bei näherem Hinsehen wie ein politisches Placebo erscheint. Zugestanden wurde nämlich nur, dass London in Ausnahmefällen einen Schutzmechanismus beantragen kann. Beitragsfreie Sozialleistungen sollen für EU-Arbeitnehmer demnach für bis zu vier Jahre begrenzt werden können. Möglich wäre dies allerdings nur auf britischen Antrag, der mit Daten und Zahlen die Ausnahmesituation belegen muss. Die endgültige Entscheidung für die Ausnahmeregelung würde beim EU-Rat, also in der Hand sämtlicher nationaler Regierungen der EU-Mitgliedsländer, liegen. Die Maßnahme wäre zudem zeitlich begrenzt.

Erste Reaktionen sprechen dafür, dass die Angebote des EU-Ratspräsidenten die Briten in ihrer Mehrheit nicht überzeugt haben. So waren bei einer Umfrage nur 22 Prozent der Meinung, Großbritannien habe ein gutes Ergebnis ausgehandelt. 56 Prozent meinten, die geplanten Änderungen gingen nicht weit genug. Lediglich 17 Prozent betrachteten das Reformangebot aus Brüssel als angemessen. Nicht zu unterschätzen ist dabei der Faktor, dass auch bei auflagestarken Boulevardblättern das Angebot aus Brüssel durchgefallen ist So argumentiert etwa die „Sun", dass nur „vollständige und permanente Grenzkontrollen" gewährleisten, dass die Briten die Zuwanderung in ihr Land kontrollieren können. In der „Daily Mail" war die Warnung zu lesen, dass kaum ein Punkt aus dem Brüsseler Angebot sicherstellen würde, dass die Massenzuwanderung in die EU und die Migration zwischen den EU-Ländern gestoppt werden könne. Sehr fraglich ist vor diesem Hintergrund, ob die Brüsseler Vorschläge überzeugend wirken, wenn David Cameron möglicherweise noch in diesem Jahr seine Landsleute über den Verbleib in der EU abstimmen lässt.

> Die Medien Englands machen aus der Schlappe kein Geheimnis, und das Volk zeigt sich mehrheitlich unzufrieden

Ablehnung droht den Vorschläge von Tusk obendrein noch von ganz anderer Seite. So hat Polens Regierungschefin Beata Szydlo die Überlegungen, den Zugang zum britischen Sozialsystem für Ausländer aus EU-Staaten zu beschränken, bereits kritisiert. „Dieser Vorschlag macht mich nicht glücklich. Veränderungen am Wohlfahrtsystem werden bei der polnischen Bevölkerung nicht gut aufgenommen werden ... Die Vorschläge, wie sie sind, sind unserer Meinung nicht gut genug." *N.H.*

Sicherheit als heißbegehrte Ware

Allerbeste Geschäfte machen derzeit die Wachdienste – Kenner der Branche sehen es äußerst kritisch

Die Sicherheitsbranche zählt zu den größten Profiteuren der Asylkrise. Immer neue Aufgaben werden den privaten Wachdiensten übertragen. Ein gefährlicher Trend: Viele Sicherheitsunternehmen pflegen eine regelrechte Wildwest-Mentalität. Kriminelle, Rechtsradikale und Salafisten kommen plötzlich in verantwortungsvolle Positionen.

Es begann im Eingangsbereich des Asylbewerberheimes in Oberursel. Als der 31-jährige christliche Iraner, den die Zeitung „Die Welt“ in ihrem Artikel Adjin nennt, seine Flüchtlingskarte vorzeigte, blickte der zuständige Wachmann auf die dort angegebene Nationalität. Im herausfordernden Tonfall erklärte er; „Ah, Islamische Republik Iran“. Adjin machte den Fehler, sich provozieren zu lassen. „Nein, nur Iran“, wagte er zu erwidern.

Minuten später prügelten vier Wachleute muslimischen Glaubens auf den verhassten Christen ein. „Ich ging zu Boden und dann traten sie mir ins Gesicht“, berichtet Adjin. Die Ärzte im Krankenhaus stellten eine Schädelprellung, Hämatome und innere Verletzungen der Bauchregion fest.

Dass muslimische Wachleute christliche Asylbewerber terrorisieren ist kein Einzelfall. Auch aus anderen Unterkünften in Deutschland werden ähnliche Übergriffe gemeldet. In vielen Heimen herrsche ein regelrechtes Scharia-Klima, meint der Berliner Pfarrer Gottfried Martens, zu dessen Gemeinde auch christliche Asylbewerber zählen. Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, warnt generell: „Die in deutschen Flüchtlingsheimen eingesetzten Sicherheitsdienste sind ein Einfallstor für Kriminelle, Salafisten und Rechtsradikale.“

Dass zwielichtige und gewalttätige Subjekte plötzlich an sensiblen Punkten für Ordnung sorgen, gehört zu den tiefdunklen Schattenseiten des Booms, den die Sicherheitsbranche derzeit erlebt. Neben den Betreibern von Flüchtlingsunterkünften und den Wohlfahrtsverbänden gehören die Anbieter von Schutzdienstleistungen wohl zu den größten Profiteuren der Asylkrise. Von einer „Sonderkonjunktur“ schwärmt das Marktforschungsunternehmen Lünendonk. „Die Sicherheitswirtschaft in Deutschland ist und bleibt ein Wachstumsmarkt mit steigender Tendenz“, heißt es in der jüngsten Studie des Unternehmens zur Branche. Nach vorsichtigen Schätzungen verzeichneten die Sicherheitsfirmen alleine im letzten Jahr einen Umsatzzuwachs von 20 Prozent. Sie beschäftigen über 215 000 Mitarbeiter. Rund 15 000 offene Stellen sind derzeit zu besetzen. Ein schwieriges Unterfangen: „Der Arbeitsmarkt ist praktisch leergefegt“, stöhnt etwa der Chef eines Kölner Sicherheitsunternehmens. Derart groß ist unterdessen die Nachfrage nach seinen Wachleuten, dass er nicht mehr von Kunden spricht, sondern nur noch von Bewerbern um seine Dienstleistungen.

Kein Wunder, die große Koalition hat mit ihrer katastrophalen Asylpolitik Sicherheit in Deutschland zu einem knappen, heißbegehrten Gut werden lassen. Wer diese Ware anbietet, kann beste Geschäfte machen. Wachleute beschützen Hamburger Ortsämter. Sie versuchen, in Berliner Schwimmbädern sexuelle Übergriffe zu verhindern. Sie begleiten Frauengruppen in den Kölner Karneval oder beschützen in einem Sigmaringer Krankenhaus die Krankenschwestern vor ungehobelten orientalischen Zuwanderern. Natürlich sind sie auch zu Tausenden in den Flüchtlingsheimen präsent. In Thüringen beispielsweise gilt die Regel, dass für 50 Asylbewerber mindestens zwei Wachleute engagiert werden. In Berlin stehen vor jeder der derzeit 137 Unterkünfte ebenfalls mindestens zwei private Wachleute. Sie arbeiten in drei Schichten rund um die Uhr. Die „Berliner Morgenpost“ rechnete vor, dass der Stadt allein schon dadurch jährlich 250 000 Euro Kosten pro Heim entstehen.

Wachleute prügeln christliche Flüchtlinge krankenhausreif

Einen Ausweg gibt es derzeit nicht: Je mehr sich die staatlichen Sicherheitsorgane von der Asylflut überfordert sehen, desto mehr Aufgaben übertragen sie den Kollegen aus der Privatwirtschaft. In einigen Bundesländern übernehmen diese bereits die Registrierung der Asylbewerber. „Wir nutzen die Datenerfassungsgeräte, die vorhanden sind – und zwar zu Zeiten, wo vielleicht ein öffentlich Bediensteter nicht arbeiten kann“, preist Michael Goldschmidt die Dienste seines Potsdamer Unternehmens GSE Protect an. Die, so der ausgeschriebene Name, Gesellschaft für Sicherheit und Eigentumsschutz ist Mitglied im Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) und hat sich somit gewissen Qualitätsstandards verpflichtet. Dennoch ist vielen Kennern der Szene nicht wohl bei dem Gedanken, dass derart verantwortungsvolle Aufgaben in den Händen einer Branche liegen, die vielfach keinen guten Ruf genießt. Eine „Wildwest-Mentalität“ bescheinigen Insider besonders den kleineren Firmen. Als Subunternehmer verdingen sie sich bei den Großen der Branche und nehmen es bei der Auswahl ihrer Mitarbeiter und deren Schulung oft nicht so genau – nicht nur für christliche Asylbewerber eine gefährliche Praxis. *Frank Horns*



„In drei Schichten rund um die Uhr“: Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsunternehmens mit Asylbewerbern in Berlin Bild: pa

MELDUNGEN

Milliarden für Bauherren

Berlin – Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf über milliardenschwere Steueranreize für Bauherren gebilligt. Laut der „Sonderabschreibung für Mietwohngebäude“ sollen Bauherren künftig 29 Prozent ihrer Herstellungskosten für Neubauten drei Jahre lang von der Steuer absetzen können. Hinzu kommt die reguläre Abschreibung von zwei Prozent pro Jahr. In der Summe kann der Investor somit 35 Prozent der Kosten steuermindernd geltend machen. Übersteigen die Baukosten die Grenze von 3000 Euro pro Quadratmeter, gibt es jedoch keine Steuervorteile. Voraussetzung für die Steuervorteile ist, dass die Wohnungen zehn Jahre vermietet werden. *U.M.*

Befristungen gehen zurück

Berlin – Die Zahl befristeter Neueinstellungen im Einzelhandel ist nach Angaben der Bundesregierung im Jahr 2014 gegenüber den Vorjahren deutlich gesunken. Demnach waren im Jahr 2014 rund 37 Prozent der Neueinstellungen befristet, 2013 waren dies noch mehr als 45 Prozent. Auch die Zahl der innerbetrieblichen Übernahmen hat sich positiv entwickelt. Sie lag 2014 bei 43 Prozent, das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um sechs Prozent. *U.M.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.028.171.324.659 €
Vorwoche: 2.028.103.308.842 €

Verschuldung pro Kopf:
24.947 €
Vorwoche: 24.946 €

(Dienstag, 9. Februar 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Annäherung wegen Gas

Türkei hofiert Israel, weil Russland als Energielieferant ausfällt

Trotz ihrer vorteilhaften strategischen Lage hat sich die Türkei dank der imperialistischen Politik von Staatschef Recep Tayyip Erdogan mehr als je zuvor in der Region isoliert. Hatte die Türkei noch bis November darauf spekuliert, mit Russland, mit dem die Türkei allerdings eine historische Feindschaft verbindet, eine gemeinsame Politik in der Region auf die Beine zu stellen, so wurde spätestens mit dem Abschuss des russischen Militärflugzeugs und dem Tod zweier russischer Soldaten im November vergangenen Jahres diese Hoffnung für lange Zeiten begraben. Sogar lukrative gemeinsame wirtschaftliche Geschäfte wie die Gaspipeline South Stream, wurden aufgegeben. An der von der russischen Armee bewachten langen türkisch-armenischen Grenze steigen wieder die Spannungen.

Abgebaut wurden die Spannungen dagegen an einer anderen einst heißen Front. Auf der Suche nach neuen Verbündeten hat sich die Türkei jetzt wieder einem südlichen Land zugewandt, das auch seit seiner Gründung 1948 in der Region isoliert ist: Israel. Denn Israel verfügt über neu entdeckte ergiebige Gasfelder. Die Türkei war der erste und lange Zeit einzige mehrheitlich muslimische Staat, der Israel anerkannte und diplomatische Beziehungen aufbaute. Die diplomatischen Beziehungen verschlechterten sich im Laufe der letzten Jahre, während die wirtschaftlichen Beziehungen weiter gediehen. Kurz



Objekt türkischer Wünsche: Erdgas aus Israel Bild: action press

nach dem Abschuss des russischen Flugzeuges erneuerte die Türkei, sicher kein Zufall, Freundschaftserklärungen an Israel.

Seit der Jahreswende hat Erdogan gegenüber Israel eine neue Rhetorik angestimmt. So sagte er, dass „Israel ein Land wie die Türkei in der Region brauche“. Diese 180-Grad-Wende hat mit der Verschlechterung der Beziehungen zu Moskau zu tun. Russland war bislang der Hauptgaslieferant der Türkei, jetzt sucht man in Ankara eine Alternative, die sich in der aufgewühlten Region kaum noch bietet. Denn mit dem schiitischen Iran möchte man in Ankara auch keine Geschäfte machen, mit Saudi-Arabien hat die Türkei keine gemeinsame Grenze. Mit Israel über das Mittelmeer dagegen eine Seegrenze. Gerade im Mittelmeer, vor der Küste Israels, wurden jedoch große Erdgasvorkommen entdeckt, an denen Ankara sehr stark interessiert ist.

Einer Annäherung der Türkei an Israel steht jedoch immer noch die Hamas im Gazastreifen entgegen. Das einst innige Verhältnis der Türkei zur Hamas hat, seit der Nahe Osten ein Pulverfass geworden ist, an dem die Hamas gerne mitzündelt, sehr gelitten. Dies erlaubt es der Türkei, ihr „Mitgefühl für die palästinensische islamistische Bewegung“, das ohnehin mehr geheuchelt als echt war, mit Rücksicht auf Israel zu verringern. Wenn dieses Hindernis endgültig überwunden ist, könnten die israelischen Gasfelder die beiden ungleichen Staaten langfristig aneinanderbinden. *B.B.*

Yuan unter Druck

Georg Soros spekuliert gegen Chinas Währung

Georg Soros spekuliert gegen die auch „Renminbi“ genannte chinesische Währung Yuan. Er habe gegen rohstoffabhängige Volkswirtschaften und asiatische Währungen gewettet und lieber US-Staatsanleihen gekauft, so ließ sich unlängst der US-amerikanische Investor ungarischer Herkunft und Betreuer vieler Fonds vernehmen. Chinas Regierung scheint die Äußerungen des umstrittenen Spekulanten als Kriegserklärung aufgefasst zu haben. Jedenfalls fiel ihre Antwort entsprechend eindeutig aus. „Soros' Herausforderung an den Renminbi und den Hongkong-Dollar sind ohne Zweifel zum Scheitern verurteilt“, warnte das Parteiblatt der chinesischen Kommunisten „People's Daily“.

Soros hat mit Wetten auf den Niedergang ganzer Volkswirtschaften bereits Erfolg gehabt. Im September 1992 spekulierte er gegen die Bank of England und verdiente dabei schätzungsweise eine Milliarde britische Pfund. Ebenfalls in den 90er Jahren spekulierte der häufig als „Philanthrop“ bezeichnete Amerikaner auf den Niedergang asiatischer Volkswirtschaften.

Mit seiner aktuellen Einschätzung des Yuan steht Soros nicht allein. Chinas Zentralbank hat unlängst für eine Überraschung gesorgt, als sie den Wechselkurs-Bestimmungs-Mechanismus veränderte und den Yuan abwertete. Bislang hatte Chinas Zentralbank mit bis zu 100 Milliarden US-Dollar monatlich den Kurs des Yuan gestützt. Unklar bleibt, wie weit man in Peking den Kurs des Yuan fallen lässt. Die China-Expertin Anne Stevenson-Yang machte in der „Neuen Züricher Zeitung“ darauf aufmerksam, dass eine Abwertung für Chinas Wirtschaft weitreichende Folgen haben könne: „Nach der Abwertung des Yuan werde es aber für chinesische Unternehmen teurer, ihre Dollarschulden zu bedienen, die Insolvenzen nähmen zu, es werde weniger Kapital aus dem Ausland nach China kommen, und es zeichne sich eine höhere Arbeitslosigkeit ab.“

Viele Exportnationen sind vom Yuan-Kurs betroffen

Andererseits werden durch einen fallenden Yuan die chinesischen Waren auf dem Weltmarkt günstiger und die chinesische Wirtschaft gewinnt dadurch an Wettbewerbsfähigkeit, was tendenziell zu einer Abnahme der Arbeitslosigkeit führt. Für ausländische Investoren wird die Volksrepublik insoweit attraktiver, als sie für ihr Geld mehr Yuan bekommen und von daher mehr investieren können, sofern denn die Inflation den Wechselkursgewinn nicht kompensiert oder gar überkompensiert.

Die Folgewirkungen eines schwachen Yuan werden sich jedenfalls nicht auf China beschränken. Euro-Länder mit einer vergleichsweise wettbewerbsschwachen Volkswirtschaft wie Italien oder Frankreich werden auf dem Weltmarkt noch weiter unter Druck geraten. Zum Risiko droht ein schwacher Yuan allerdings auch für deutsche Exporteure zu werden. Er würde die Importpreise steigen und in China sehr wahrscheinlich den Konsum zurückgehen lassen. Dies und eine wirtschaftliche Schwäche würden die Rohstoffnachfrage Chinas dämpfen und sich in Staaten wie Australien, Kanada oder Brasilien bemerkbar machen. Auch in den USA ist damit zu rechnen, dass der Druck bei einem starken Dollar wächst. Großkonzerne wie Dupont, Johnson & Johnson, Procter & Gamble erzielen einen hohen Anteil ihres Umsatzes außerhalb der USA. *Norman Hanert*

Nur Makulatur

Von Thomas W. Wyrwoll

Nun ist es offiziell: Die Bundesregierung will ihre Bürger durch Begrenzungen von Geldgeschäften überwachbarer und finanziell schröpfbarer machen. Das hierbei durchscheinende und von den USA und ihren europäischen Bundesgenossen seit geraumer Zeit forcierte politische Endziel einer vollständigen Abschaffung des Bargeldes wurde inzwischen auch in Deutschland mehrfach und in aller Klarheit formuliert, so unlängst etwa vom britischen Deutsche-Bank-Chef John Cryan. Als Begründung führen die vorgeblichen Volksvertreter und ihre Kompagnons im Finanzgewerbe den Missbrauch des Bargeldes durch „Kriminelle und Terroristen“ an. Dass derartige Kreise bei Bedarf schon seit langem auf andere Zahlungsmittel wie etwa Bitcoins oder Diamanten umgestiegen sind, wodurch jegliche Begrenzung der Zahlungshöhe beim Bargeld von vornherein zur sicherheitspolitischen Makulatur wird, verschweigen die Politiker geflissentlich. Bundesbankpräsident Jens Weidmann warnte nachdrücklich und mit vollem Recht vor solchen Maßnahmen, die eine Zerstörung des Zahlungssystems und einen Rückgang gesellschaftlich dringend notwendiger wirtschaftlicher Aktivitäten zur Folge hätten.

Grüne Zwietracht

Von Hans Heckel

Fast alle etablierten Parteien plagt das Problem, dass sich Führung, Basis und Anhängerschaft immer weiter voneinander entfernen. Bei der Asylkrise wird die wachsende Kluft geradezu bedrohlich. Nur bei den Grünen erschienen Fußvolk und Spitze nach wie vor aus einem Guss: Offene Grenzen, nahezu unbegrenztes Asylrecht für möglichst viele – das war grüner Konsens über alle Ebenen, von ein paar Dissidenten einmal abgesehen.

Mit Winfried Kretschmann, der am 13. März sein Amt als baden-württembergischer Ministerpräsident retten will, schert ein prominenter Grüner nun aus dem Konsens aus. Jedes Jahr eine Million neuer „Flüchtlinge“? „Das können wir nicht stemmen“, so der Politiker. Von der eigenen Basis im Ländle bekommt er dafür Zustimmung.

Nicht so von der Parteiführung in Berlin. Simone Peter, Co-Vorsitzende der Bundespartei, ätzt gar, wer von „Überbeanspruchung“ Deutschlands in der Asylfrage rede, der gieße Öl ins Feuer des „rechten Randes“. In „Berlin direkt“ am vergangenen Sonntag verlor sich Peter in Appellen zu „mehr Integration“ und mehr „europäischer Solidarität“, wich aber jeder konkreten Frage nach einer Belastungsgrenze mit der oben erwähnten Polemik aus.

Damit hat der Riss zwischen Basis und Führung auch die bislang so geschlossen auftretenden Grünen erreicht. Wenn es demnächst darum geht, Marokko, Algerien und Tunesien zu „sicheren Drittstaaten“ zu erklären, deren Bürger kein Asyl verdienen, wird es spannend sein zu beobachten, wie sich die Partei im Bundesrat dazu verhält.

Angriff auf die Bastion VW

Von Eberhard Hamer

Was die US-Amerikaner und ihre Weltkonzerne „Freihandelsabkommen“ (TTIP) nennen, hat US-Vizepräsident Dick Cheney mit der Nato verglichen, soll Europa der amerikanischen Wirtschaftsvormacht und ihren Interessen unterstellen. Nach der Brzezinski-Doktrin können die USA ihre Weltmacht nur behaupten, wenn sie Europa im Griff behalten, Europa wiederum könne man nur im Griff halten, wenn man die Zentralmacht Deutschland beherrscht. Dies gilt nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und Europa muss nun mit Hilfe von TTIP gegen Russland zu einem gemeinsamen euro-atlantischen Wirtschaftsraum verschweißt werden.

Die wirtschaftspolitische und wirtschaftsrechtliche Machtergreifung über Europa mit Hilfe von TTIP wird begleitet von Angriffen auf Wirtschaftsbastionen vor allem in Deutschland, die noch nicht in amerikanischer Hand sind. Dies gilt zurzeit für VW. Zweimal hat General Motors (GM) versucht, „die fette Beute VW“ mit Hilfe unlimitierter FED-Kredite zu übernehmen. Beim ersten Mal ist GM die Familie Porsche zuvorgekommen, beim zweiten Mal scheiterte GM mit einer Klage gegen Niedersachsens Vetorecht. Nun versucht GM zum dritten Mal, durch beauftragte Behörden und Anwälte, VW in den USA zur Ader zu lassen, billig zu machen und dann billig aufzukaufen.

TTIP ist Teil der US-Machtergreifung über Europa

Würde VW dies umgekehrt versuchen, würde die US-Regierung sofort mit dem Nationalvorbehalt (sicherheitsrelevant) eingreifen. Der Skandal um VW liegt jetzt darin, dass die deutsche Regierung sich nicht hinter VW stellt, dass sie sich offenbar mehr der US-Macht als den 100 000 Beschäftigten von VW verpflichtet fühlt. Lassen wir die Amerikaner zugunsten der beiden amerikanischen Konkurrenten Ford und Opel (General Motors) VW vernichten, verliert Deutschland nicht nur national, sondern international einen seiner Leuchttürme. Nun wird uns klar, was die Amerikaner mit Hilfe eines durch TTIP geschaffenen amerikanischen Rechts in Deutschland gegen unsere anderen Großunternehmen und Know-how-Monopolisten unternehmen werden.

Und so wundert es nicht, dass eine Regierung, die zur Zerschlagung von VW schweigt, auch die Machtübernahme der US-Konzerne über die deutsche Wirtschaft (TTIP) duldet oder sogar mitbetreibt. Ein Vernichtungskampf, wie ihn jetzt die US-Amerikaner gegen VW führen, wäre in den USA unmöglich und würde von keiner Regierung und keinem Kongress geduldet werden. Daran zeigt sich wiederum, was ein Vertrag zwischen einem Mächtigen (USA) und einem Ohnmächtigen (EU) wert ist, wenn ihn eine Weltmacht mit von ihr gesteuerten Funktionären (EU-Kommission) abschließt und wenn wiederum die Arbeitgeberfunktionäre gegen die mittelständischen Unternehmen Konzerninteressen vertreten.



Aushängeschild der deutschen Wirtschaft und begehrte Beute von US-Konzernen: Volkswagen, hier die Produktionsanlagen in Zwickau

Bild: action press

Gegenwind



Warum Gaddafi gestürzt wurde

Von Florian Stumfall

Es scheint den Mitgliedsländern der Nato nicht zu genügen, dass sie im Jahre 2011 aus Libyen einen Trümmerhaufen gemacht haben, das Bündnis scheint zu einem neuen Waffengang gegen Libyen zu rüsten. Man müsse, so Deutschlands Kriegsministerin Ursula von der Leyen, das Land „stabilisieren“. Und wörtlich fügt sie hinzu: „Deutschland wird sich nicht der Verantwortung entziehen können, dabei einen Beitrag zu leisten.“

Das aktuelle Säbel-Rasseln legt es nahe, sich vor Augen zu führen, wie der Krieg anno 2011 eigentlich zustande kam. Denn die nachmalige und andauernde Dämonisierung des damaligen Präsidenten Muammar al-Gaddafi verstellt den Blick darauf, dass sich der skurrile Libyer zeitweise durchaus der Nähe westlicher Staaten erfreute. So gab er im Jahre 2007 dem damaligen französischen Präsidentschafts-Kandidaten Nicolas Sarkozy für dessen Wahlkampf ein Darlehen von 40 Millionen US-Dollar, und gleichzeitig wurde ein Waffengeschäft in Höhe von 168 Millionen Euro abgeschlossen. Italien, das mit dem Verkauf von deutschen Leopard-II-Panzern an Libyen gute Geschäfte gemacht hatte, schloss noch 2008, also nur drei Jahre vor dem Krieg, einen Freundschaftsvertrag mit Libyen ab.

Diese freundlichen Kontakte liefen allerdings der Langzeit-Strategie der USA zuwider, und wie immer richtete sich der weitere Verlauf nach den Interessen Washingtons. Ganz nach dem Muster der Farben-Revolutionen wurde in Libyen eine Revolte vorbereitet. Dazu wusste man die dazu beauftragte CIA die örtlichen Bruchlinien zunutze. Schnell waren im Osten des Landes Unruhen geschürt, und für den weiteren Verlauf sorgte ein Bataillon der US-Söldner-Truppe Blackwater und eine Einheit von dazu abgestellten Guantanamo-Häftlingen, die den Kern der „Libyan Islamic Fighting Group“ bildeten. Sie sorgten für so viel Aufruhr, dass sich die Nato berechtigt sehen konnte, für Ruhe zu sorgen, so die offizielle Begründung.

Tatsächlich aber ging es um Macht und Geld. Eine wesentliche Rolle spielten dabei die riesigen Wasservorräte unter der Sahara, die Gaddafi auszubeuten begann. Er war drauf und dran, sein Land von Lebensmittel-Importen unabhängig zu machen – ein Ärgernis etwa für Monsanto und andere Nahrungsmittel-Oligopolisten. Doch das libysche Süßwasser störte auch die Franzosen. Zum einen befinden sich die drei weltgrößten Wasser-Händler, Veolia, SAUR und Suez Ondeo in französischem Besitz, zum anderen hatte Frankreich mit Gaddafi im Rahmen des Baus eines Kernkraftwerks ein epochales Vorhaben abgesprochen. Frankreich sollte in den kommenden 20 Jahren rund ums Mittelmeer 400 Kernkraftwerke bauen, die Energie zur Meer-Wasser-Entsalzung liefern würden. Mit der Erschließung des Sahara-Wassers war diese Idee hinfällig. Ein entgangener Gewinn in zweistelliger Milliarden-Höhe ist allemal ein guter Kriegsgrund, von Sarkozys privater Millionen-Schuld einmal abgesehen. Es war auch nicht verwunderlich, dass die Nato-Jets sehr bald die Wasserleitungen zerstörten, Libyens Lebensader. „Es reicht nicht aus, militärische Ziele zu bombardieren“, stellte General David Richards, der Oberkommandierende der britischen Streitkräfte, fest, „wenn wir nicht noch einen draufsetzen, laufen wir Gefahr, dass Gaddafi am Ende des Konflikts an der Macht bleibt.“

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

So sehr auch die französischen Wirtschafts-Interessen für einen Schlag gegen Gaddafi sprachen, wogen sie doch objektiv gesehen weitaus geringer als das, was Großbritannien und die USA ins Feld führten. Und hier waren es in seltener Unverhülltheit die Finanz-Zentren City of London und Wall Street, welche die weitere Agenda vorzeichneten. Der ehemalige Handels-Partner Gaddafi nämlich hatte eine rote Linie überschritten, die den angelsächsischen Plutokraten heilig ist.

Er hatte den Plan gefasst, eine Afrikanische Zentralbank, einen Afrikanischen Währungsfonds und eine Afrikanische Investmentbank zu gründen. Wie bereits aus der Namensgebung erkennbar ist, verstanden sich diese Einrichtungen als Äquivalente der entsprechenden Institutionen Internationaler Währungsfonds, Weltbank und Internationale Investmentbank. Diese aber stehen unter der Oberhoheit Großbritanniens und der USA und genießen den Status von Monopolisten. Ihnen eine Konkurrenz zu errichten ist im wörtlichen Sinne ein Kriegsgrund. Diese Erfahrung hatte bereits der ehedem wohlgelittene irakische Präsident Saddam Hussein machen müssen.

Gaddafis Vorstellung eines selbständigen afrikanischen Finanzierungs-Systems und der daraus folgenden Unabhängigkeit des Kontinents, verbunden mit dem Plan, einen Gold-Dinar einzuführen, führten dazu, dass über ihm der Stab gebrochen wurde. Dazu kam, dass man ihn entgegen der öffentlichen Darstellung ernst nehmen musste. Im Jahr 2002 wurde in Lusaka, der sambischen Hauptstadt, die Afrikanische Union gegründet, als Nachfolgeorganisation der OAU, der Organisation für Afrikanische Einheit, die nie merklich wirksam geworden war. Initiator der AU war Muammar al Gaddafi, ohne ihn gäbe es die Einrichtung nicht. Bereits hier also hatte er Organisationstalent und Durchsetzungsfähigkeit bewiesen.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Zudem wusste man natürlich in den Kreisen von Hochfinanz und Spitzenpolitik, was die Öffentlichkeit nie erfahren sollte, nämlich, dass Gaddafi sein Land vorzüglich regiert hatte, all seinen Operetten-Auftritten zum Trotz. Es gab ein kostenloses Bildungs- und Gesundheitswesen für alle, Gründung-Zuschüsse für Landwirte und Mittelständler sowie Gelder zur Existenzgründung für junge Ehepaare. Als Gaddafi seine 42-jährige Herrschaft antrat, lebten in Libyen 80 Prozent Analphabeten. Als er ermordet wurde, waren es 20 Prozent.

Hinter den Kulissen des Libyen-Krieges spielte sich zudem eine Agenten-Story der Luxus-Art ab. In London konstituierte sich, als die Nato-Bomben schon ganz Libyen zerfurchten, eine geheime Gruppe namens „Tripoli Charly“. Sie bestand aus dem Kriegsminister Liam Fox, einem Botschafter, einem Doppelagenten des MI6 und des Mossad, dem Chef eines Sicherheits-Unternehmens und noch ein, zwei Herrn. Sie waren persönlich mit rund eineinhalb Millionen Euro ausgestattet worden. Mit weiteren Betriebsmitteln heuerten sie in Südafrika bei der Firma „Executive Outcomes“ 19 Söldner an, deren Aufgabe es war, Gaddafi und seine Familie aus dem Feuerhagel zu retten. Tatsächlich entkam Gaddafis Frau im Gegensatz zu ihm selbst mit zwei ihrer Kinder nach Tunesien.

Damit war aber die Mission von „Tripoli Charly“ keineswegs gescheitert. Die Söldner-Truppe bemächtigte sich in der Endphase des Umsturzes des Goldes, das in Gaddafis Residenz gelagert war, rund fünf Tonnen, dazu drei Koffer voller Diamanten. Mit diesem Schatz fuhren sie durch die Sahara in Richtung Süden, wo sich noch vor der Grenze zu Niger ihre Spur verliert.

Diese Beute dürfte den Leuten zugutegekommen sein, die in London die Macht haben, einen Mister zu beauftragen, er solle den Staatsfeind, den seine eigene Luftwaffe bombardiert, aus der Schusslinie ziehen. Jedenfalls kann diese Episode als Erklärung dafür dienen, dass Kriegsminister Fox, der siegreiche Feldherr, sofort nach dem Einstellen der Kampfhandlungen überraschend seinen Posten quittierte.

Einführung der 70-Stunden-Woche

In der Jungsteinzeit lernten die Menschen zu malochen – Bonner Ausstellung zur Kunst im Neolithikum

Im Bonner Landesmuseum findet man sich in der Jungsteinzeit wieder. Eine Ausstellung zeigt Fundstücke, die beim Braunkohletagebau mit ausgebuddelt wurden.

Die Menschheit bestand zu 99,5 Prozent ihrer Existenz aus Jägern und Sammlern. Dann kam vor etwa 12 000 Jahren im Vorderen Orient etwas Neues auf: Ackerbau und Viehzucht. Dieser grundlegende Wandel der Lebensweise wird jungsteinzeitliche Revolution genannt. Er steht am Beginn unserer modernen Zivilisation. Über Ungarn und Süddeutschland trafen die ersten Bauern vor ungefähr 7300 Jahren im heutigen Nordrhein-Westfalen ein. Das Bundesland gehört hinsichtlich seiner jungsteinzeitlichen Vergangenheit zu den am besten erforschten Regionen Europas, was allerdings nicht zuletzt dem zerstörerischen Braunkohletagebau zu verdanken ist.

Eine packende Schau im Landesmuseum Bonn präsentiert jetzt herausragende Funde, neue Forschungsergebnisse und stellt Bezüge zu unserer Gegenwart her. Denn Rad und Wagen, Bergbau und Metallverarbeitung, Wasserversorgung und Vorratswirtschaft sind Erfindungen der Jungsteinzeit, in der aber auch die Umweltzerstörung, das Besitzstreben und die soziale Differenzierung in Arme und Reiche, Herrschende und Beherrschte einsetzte.

Die Schau beginnt bereits vor dem Landesmuseum. Dort steht die Teilrekonstruktion eines jungsteinzeitlichen Holzpfostenhauses. Die konnten über 60 Meter lang sein. Zwischen den Pfosten befand sich mit Lehm verputztes Flechtwerk aus Weiden- oder Haselnussruten. Für die Siedlungen und Felder wurden Lichtungen in den Lindenwald geschlagen. Es dauerte etwa sechs Stunden, um einen Baum mit der Dechsel, einem Querbeil, zu fällen. Die Steinklinge einer Dechsel sitzt quer zum Holzschaft.

Der einzige jungsteinzeitliche Schaft, der bislang in Europa gefunden wurde, ist ausgestellt. Er stammt aus dem Brunnen von Kückhoven, der zu einer Siedlung der frühesten Bauern gehörte. Der 13 Meter tiefe Brunnen besteht aus drei quadratischen Brunnenkästen, die in Blockbauweise gezimmert sind. Er barg einzigartige Funde: einen Schöpfbeutel aus Lindenrinde sowie ein Gefäß, eine Schöpfkelle und eine Hacke aus Ahorn. Aus organischen Materialien gefertigte Gegenstände und Werkzeuge haben sich nur äußerst selten erhalten.



Uralter Born jetzt in Bonn: Der um 5090 v. Chr. entstandene Eichenholz-Brunnen von Kückhoven

Vom Fundplatz Langweiler 8 sind die ältesten Überreste von Haustieren in Nordrhein-Westfalen ausgestellt: Rinderhörner und ein Hundeschädel (spätes sechstes Jahrtausend vor Christus). Die Rinder wurden anfangs mit Laubheu gefüttert. Später „erfanden" die Menschen der Jungsteinzeit Weiden. Ausstellungskurator Simon Matzerath berichtet, dass die den Rindern bis heute Dauerdurchfall bescheren, dessen Produkt der „Kuhfladen" ist. Andere frühe Nutztiere waren Schwein, Schaf und Ziege. Mit dem Fällen von Wäldern und der Brandrodung griff der Menschen zum Anlegen von Feldern aktiv in die Gestaltung seiner Umwelt ein. Erste Kulturpflanzen waren Erbse, Linse, Lein und Mohn sowie die Getreide Emmer und Einkorn, später auch Saatweizen und Nacktgerste.

Der Arbeitsaufwand pro Tag betrug bei den Bauern acht bis zehn Stunden. Da machten es sich die in der Nachbarschaft lebenden Jäger und Sammler einfacher: Sie arbeiteten nicht mehr als drei bis vier Stunden am Tag. Gleichwohl starb ihr Lebensstil aus. Der 2004 in der Blätterhöhle bei Hagen gefundene Schädel einer jungen Frau beweist, dass entgegen vorheriger Annahme noch im 4. Jahrtausend vor Christus Jäger und Sammler neben den Bauern lebten. Die Schau zeigt, wie sich die Bestattungssitten der Bauern wandelten. Fotografien und das im Erdblock geborgene Skelett einer jungen Frau veranschaulichen die Verhältnisse auf dem vor 7100 Jahren angelegten Friedhof von Arnoldsweiler. Die in flachen Gruben Bestatteten liegen mit angewinkelten Beinen und unter das Kinn geführten Händen auf der Seite.

Vor ungefähr 5500 Jahren gingen die Menschen dazu über, Grabkammern anzulegen. Sie nahmen bis zu 200 Tote auf. In der späten Phase der Jungsteinzeit, die in Mitteleuropa vor etwa 4300 Jahren endete, ging man zu Einzelbestattungen unter Grabhügeln über. Eingeführt wurde diese Sitte von zwei Einwanderergruppen des 3. Jahrtausends vor Christus: den von der Iberischen Halbinsel kommenden „Glockenbecherleuten" und den aus Osteuropa zugezogenen „Schnurkeramikern". Im Gebiet Nordrhein-Westfalens treten mehr als zehn jungsteinzeitliche Keramiktypen mit jeweils charakteristischen Formen und Verzierungen auf. Die ältesten Stücke gehören der „Linienbandkeramik" an, die jüngsten sind die „Riesenbecher".

Zu den attraktivsten Objekten gehören auf Hochglanz polierte Beilklingen aus grünlichem Jadeit. Diese bis zu 38 Zentimeter langen Prunkstücke waren eindeutig nicht für die Arbeit bestimmt, sondern signalisierten die herausgehobene soziale Stellung des Besitzers. Produziert wurden die nicht nur in der Region des heutigen Nordrhein-Westfalen begehrten, sondern bis hinauf nach Schottland gelieferten Jadeitbeilklingen in Norditaliens Ligurischen Alpen.

Verkaufsschlager aus Osteuropa waren seit dem 4. Jahrtausend v. Chr. hingegen die aus Kupfer hergestellten Äxte und Beile. Sie waren offenbar so gefragt, dass sich sogar die Herstellung von „Produktfälschungen" lohnte. Zu sehen sind zwei Metallobjekte imitierende Steinäxte: Sie weisen einen schmalen Grat auf, der wie eine „Gussnaht" aussieht.

Die sich vor 4300 Jahren im Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen allmählich ausbreitende Bronzetechnologie beendete die dortige Jungsteinzeit. In der Bronzezeit kam neben der namengebenden Legierung aus Kupfer und Zinn als weiterer neuer Werkstoff Gold auf. Und so endete die Schau glanzvoll: Der in Fritzdorf gefundene frühbronzezeitliche Goldbecher (18. bis 16. Jahrhundert v. Chr.) hat in ganz Europa nur wenige Vergleichsstücke. *Veit-Mario Thiede*

Bis 3. April im LVR-Landesmuseum Bonn, Colmantstraße 14–16, geöffnet Dienstag bis Sonntag 11 bis 18 Uhr, Sonnabend ab 13 Uhr. Eintritt: 8 Euro. Telefon (0228) 2070351, Internet: www.revolution-jungsteinzeit.de. Der Katalog aus dem Theiss Verlag kostet 29,95 Euro. Die nächste Ausstellungsstation ist vom 2. Juli bis 26. Februar 2017 das Lippisches Landesmuseum Detmold.

MELDUNGEN

Cate Blanchetts Manifeste

Berlin – In Berlins Hamburger Bahnhof, dem Museum der Gegenwart, ist seit Mittwoch in der Filminstallation „Manifesto" des Berliner Künstlers Julian Rosefeldt die australische Hollywood-Schauspielerin Cate Blanchett zu sehen. Die durch den Film „Elizabeth" bekannt gewordene zweifache Oscar-Gewinnerin verkörpert dabei unterschiedliche Frauen, die historische Künstlermanifeste unter anderem von Tristan Tzara, Kasimir Malewitsch und André Breton darbieten. Blanchett verwandelt sich für die zum Teil hoch emotionalen Vorträge in zwölf verschiedene Rollen wie die einer Trauer-Rednerin, einer Nachrichten-Sprecherin oder auch die einer Obdachlosen. „Manifesto" läuft bis zum 10. Juli, Invalidenstraße 50–51, Eintritt: 8 Euro. Info: www.julianrosefeldtinberlin.de *tws*



Füchse zurück in Berliner

Berlin – Die Kunstbibliothek der Staatlichen Museen zu Berlin erhält zehn historische Fotografien zurück, die bislang als Kriegsverlust galten. Die Momentaufnahmen von Füchsen aus dem Jahr 1886, die der aus der Provinz Posen stammende Fotograf Ottomar Anschütz (1846–1907) einfing, tauchten nun im Auktionshandel auf. Nachdem sich die Stiftung Preußischer Kulturbesitz an das Auktionshaus gewandt hatte, entschloss sich der Anbieter, der die Bilder in Unkenntnis ihrer Herkunft erworben hatte, umgehend zur Rückgabe. Obwohl keine Bibliotheksstempel mehr vorhanden waren, konnten die Bilder eindeutig identifiziert werden. Die Berliner Museen hatten sie 1887 direkt von Anschütz erworben. Ein großer Teil der damaligen Erwerbung (zirka 400 Blätter) gilt jedoch weiterhin als verschollen. *tws*

Lebensfreude pur

Ein Tänzchen für Pierre Auguste Renoir

Das Pariser Musée d'Orsay ist randvoll mit den bekanntesten Werken der Impressionisten. Wegen der schieren Menge eilen die meisten zeitgeplagten Besucher von Manet weiter zu Monet und von Cézanne zu van Gogh. Doch an einem Bild versammeln sich täglich ganze Besuchertrauben. Es stammt von Renoir und es heißt „Tanz im Moulin de la Galette". Das Wohnzimmerfenster-große Gemälde ist Lebensfreude pur.

Bild: Archiv

Renoir, Selbstbildnis 1899

Auf dem lichtdurchfluteten Bild unterhält sich im Vordergrund eine lässig sitzende Personengruppe, während dahinter einige sichtlich verliebte Paare tanzen. Die Blicke wandern dabei von einer Person zur anderen, sodass keiner hervorragt und alles wie ein harmonisch aufspielendes Orchester wirkt.

Das 1876 entstandene Bild drückt auch Renoirs Stimmung zu jener Zeit aus: Er war aus dem Gröbsten heraus, die Jahre des Misserfolgs waren vorbei. Der vor 175 Jahren, am 25. Februar 1841, in Limoges geborene Maler hatte schon eine harte Kindheit durchgemacht. Mit 13 Jahren musste der Schneidersohn als Porzellanmaler in Paris zum Unterhalt der Familie beitragen. Später, während des Kunststudiums, kopierte er im Louvre Werke von Watteau und Rubens. Die Verspieltheit des Rokoko und der Hang zu Porträts fülliger Damen sollten auch Renoirs Kunst prägen. Davon leben konnte er anfangs nicht. Verzweifelt versuchte er sich als Kommunarde beim Pariser Aufstand von 1871, wurde gefangen gesetzt und lebte nach der Freilassung von der Hand in den Mund.

Erst Mitte der 1870er Jahre stellte sich der Erfolg ein, der ihn mit zum berühmtesten Maler Frankreichs machte. Die Lebensfreude, die er im „Moulin de la Galette" zum Ausdruck brachte, verließ ihn trotz eines Rheumaleidens im hohen Alter nicht mehr. Er malte unbeirrt weiter bis zu seinem Tod am 3. Dezember 1919 an der sonnigen Côte d'Azur. *Harald Tews*

Elvis Presleys Komponist

»Plaisier d'amour« machte ihn berühmt – Der vor 200 Jahren verstorbene Egide Martini

Die Kleinstadt Freystadt in der westlichen Oberpfalz würdigt mit einem „Martini-Jahr" ihren bekanntesten Sohn: Jean Paul Egide Martini. Der von dort stammende Komponist starb vor 200 Jahren, am 14. Februar 1816, in Paris. Besonders seine Komposition „Plaisir d'amour" aus dem Jahr 1784 ist bis heute weltberühmt.

„Plaisir d'amour"? Die Melodie kennt jeder: Der Song „Can't help falling in love" von Elvis Presley basiert darauf. Viele weitere Sänger haben das Stück ebenfalls interpretiert, unter anderem Fritz Wunderlich, Ivan Rebroff, Peter Alexander, Mireille Mathieu, Nana Mouskouri, Brigitte Bardot, die Seekers, Joan Baez, Andrea Bocelli oder – in einer Chorfassung – die King's Singers.

Dieses bekannte Lied führt also in die Oberpfalz und ins Jahr 1741. Denn am 31. August jenes Jahres erblickte dort als sechstes von zehn Kindern des Lehrers und Organisten Andreas Martin und seiner Frau Barbara geborene Aich Johann Paul Ägidius Martin das Licht der Welt (später nannte er sich auch Johann Paul Ägidius Schwarzendorf). Seine Mutter verstarb, als er sechs Jahre alt war. Zur Ausbildung kam er zunächst ins Seminar der Jesuiten nach Neuburg a.d. Donau, wo er bereits mit elf Jahren als Organist wirkte – die Gene des Vaters wirkten also fort. Das in Freiburg begonnene Philosophiestudium brach er jedoch bald ab, weil er sich mehr der Musik verbunden fühlte. Und dieser widmete er sich fortan fast ausschließlich. Dazu zog er nach Frankreich – zunächst im Jahr 1760 ins lothringische Nancy. Er nahm den Künstlernamen Martini il Tedesco (Martin, der Deutsche) an und heiratete dort im Jahr 1764 die ebenfalls aus einer Organistenfamilie stammende Marguerite Camelot.



Ein Pfälzer in Paris: Jean Paul Egide Martini

Bild: Archiv

Der Durchbruch gelang ihm nach seinem Umzug nach Paris, wo ihm die höchsten Ämter zur Musikpflege und des Musiktheaters übertragen wurden: 1788 wurde er dann Superintendent der königlichen Musik, das heißt, Hofmusiker und damit zuständig für Kirchenmusik, und zugleich Intendant der wichtigsten Pariser Bühnen. Als Komponist schuf er vor allem Opern und Marschmusik, seine Komödie in drei Akten „Le Droit du Seigneur" (Das Recht des Lehnsherrn) von 1783 war sein erfolgreichstes Werk und stand 25 Jahre auf dem Spielplan des Theaters Fontainebleau.

Als im Jahr 1789 die Französische Revolution ausbrach, verlor Martini seine Ämter und floh nach Lyon. Zwar erhielt er 1796 wieder eine Anstellung im Musikkonservatorium, doch seine neuen Opern konnten nicht an die Erfolge der früheren anschließen. Die Folge war seine Entlassung aus dieser Tätigkeit im Jahr 1802. Sein Augenmerk richtete er nun auf die Kirchenmusik.

In seinen letzten Lebensjahren – konkret im Jahr 1814, als Napoleon gestürzt wurde und das Geschlecht der Bourbonen erneut die Macht übernahm – wurde Martini wieder in die Position des Superintendenten der königlichen Musik berufen. In diese Zeit fällt die Komposition eines Requiems für den 1793 hingerichteten König Ludwig XVI., das drei Wochen vor dem Tod des Komponisten in Saint-Denis seine Uraufführung erlebte. Hochgeachtet und geehrt starb Jean Paul Egide Martini am 14. Februar 1816 in Paris. Ihm wurde ein überaus prunkvolles Begräbnis zuteil, bestattet ist er auf dem Friedhof Père Lachaise. *Markus Bauer*

Sinnbild des Grauens

Vor 100 Jahren begann die Schlacht von Verdun – Menetekel für den weiteren Verlauf des Krieges

Verdun ist das Synonym für das gewaltigste Schlachthaus der Weltgeschichte, für das sinnlose Opfern Hunderttausender in einer Materialschlacht und die verfehlte Strategie des Stellungskrieges. Vor 100 Jahren begann die Schlacht von Verdun, die zu einem Menetekel für den weiteren Verlauf des Ersten Weltkrieges wurde.

Es beginnt mit einem unerfüllten Versprechen: „Daheim, wenn das Laub fällt“ – so gibt es die Generalität den deutschen Soldaten auf den Weg, als diese im August 1914 ins Feld ziehen. Doch die Hoffnung auf eine schnelle Beendigung des Krieges erfüllt sich nicht. Die deutschen Militärs hatten sich der trügerischen Hoffnung hingegeben, den Gegner in einer Reihe schnell geführter, existenzieller Schlachten besiegen zu können. Der anfangs dynamische Feldzug ist in einem Stellungskampf erstarrt. Das komplexe Grabensystem reicht von der Nordseeküste bis zur Schweizer Grenze. Die Folgen des „Dramas an der Marne“ erfordern eine neue Strategie. General Erich von Falkenhayn, seit November 1914 Generalstabschef, will durch eine Großoffensive eine Wende an der Westfront herbeiführen.

Sein Operationsziel für 1916: Angriff auf den Festungsgürtel von Verdun, das Bollwerk Frankreichs gegen den deutschen Erbfeind. Dort sollen die Franzosen durch den dosierten Einsatz eigener Kräfte gebunden und in einer stationären und räumlich begrenzten Schlacht zermürbt und abgenutzt werden. So will ihnen Falkenhayn, der für seine starken Nerven ebenso bekannt ist wie für seinen Mangel an operativer Phantasie, an entscheidender Stelle schweren Schaden und einen irreversiblen Prestigeverlust zufügen. Die Generalität bleibt skeptisch, hält den eigenen Kräfteansatz und die Erfolgsaussichten für zu gering. Der Historiker Gerhard Ritter schreibt dazu, dass die Unsicherheit der Rechnung, Frankreich auszubluten, so offen auf der Hand gelegen habe, dass man den Verdun-Plan nur „als ein letztes, halb verzweifeltes Wagnis zur Rettung aus hoffnungsloser Lage“ verstehen könne. Der Generalstabschef will dieses Wagnis eingehen, und er kann den Kaiser überzeugen, indem er ihm vorträgt, hinter der französischen Front gebe es in Reichweite Ziele, für deren Behauptung die französische Führung gezwungen sei, den letzten Mann einzusetzen. Tue sie es, so würden sich Frankreichs Kräfte hier verbluten. „Tut sie es nicht und fällt das Ziel in unsere Hände, dann wird die moralische Wirkung ungeheuer sein“, schließt er seine Ausführungen, mit denen er dem Kaiser den Angriffsbefehl abringt.

Am 21. Februar 1916 ist es soweit. Ein neunstündiges Artilleriefeuer von beispielloser Intensität bildet den Auftakt zur „Hölle von Verdun“. Doch der anschließende Großangriff bleibt schon im Vorfeld der Stadt liegen. Die Franzosen leisten erbitterten Widerstand, schießen massives Sperrfeuer und fügen dem Angreifer auf breiter Front schwere Verluste zu. Erst am dritten Tag können die deutschen Angriffsspitzen die vorderste feindliche Stellung nehmen, am vierten Tag die zweite. Am 25. Februar gelingt ein Erfolg über das Tageszeil hinaus: Eine Gruppe deutscher Infanteristen erstürmt das große Fort Douaumont, noch während eigenes Artilleriefeuer auf der Kuppel liegt. Die unerwartete Eroberung wird in Deutschland als großer Sieg gefeiert, doch bleibt sie ohne jede operative Bedeutung. Ein reiner Prestigeerfolg.

Jetzt wäre die Gelegenheit, zur Stadt Verdun durchzustoßen. Die Franzosen geben die Festung schon verloren und bereiten die Räumung des rechten Maasufers vor. Falkenhayn aber verweigert die Zuführung von Reserven. Dem deutschen Generalstabschef kommt es nicht auf einen schnellen Geländegewinn an, sondern auf ein Ausbluten des Feindes unter einer Feuerwalze. So erlahmt der deutsche Angriffsschwung,


Bild: Archiv

Letzte Ruhestätte Hunderttausender: Beinhaus von Douaumont

während sich der Widerstand der Franzosen verstärkt. Der zähe Defensivstratege Philippe Pétain übernimmt das Kommando, rettet die wankende Front und gibt seinen demoralisierten Truppen neues Selbstvertrauen.

Die Front vor Verdun erstarrt im Stellungskrieg. Falkenhayns Abnutzungsstrategie beginnt sich gegen den Angreifer zu richten. Angriffe und Gegenangriffe, Geländegewinne und Geländeverluste halten sich die Waage. Das Schlachtfeld erweist sich als Fass ohne Boden, das alle personellen und materiellen Reserven verschlingt. Millionen von Granaten regnen herab. Später wird errechnet, dass es eine pro Quadratzentimeter ist. Auf beiden Seiten der Front leiden die Männer in den Gräben. Der andauernde Beschuss, Versorgungsengpässe und schlechtes Wetter verlangen ihnen alles ab. Verwundung, Tod, Hunger, Durst, Nässe, Erschöpfung und Angst bestimmen den Frontalltag. In dieser Schlacht offenbart sich erstmals der industrielle Charakter des modernen Krieges. Sie bringt auf deutscher Seite einen neuen Soldatentypus hervor. Geprägt von grimmiger Sachlichkeit und militärischer Professionalität, tapfer und leidensfähig, aber seiner patriotischen Leidenschaften und seines heldischen Tatwillens beraubt, gibt es für ihn nur noch einen Gedanken: Überleben.

In der deutschen Führung mehren sich die Zweifel am Sinn dieser Operation. Falkenhayn aber hält am Dogma der Vernichtungsschlacht fest. Gelegentlich gibt es noch deutsche Teilerfolge. Die Offensive vom 11. Juli führt die Deutschen erstmals bis nahe an die Mauern der Stadt Verdun, bis zu der sie aber nie vordringen sollen.

Erst am 15. August räumt Falkenhayn ein, dass die Schlacht verloren ist, und zieht ihren Abbruch in Erwägung, da „Sparsamkeit in der Ausgabe von Menschen und Munition“ geboten sei. Sein strategischer Irrtum kostet ihn Amt und Reputation, er wird am 29. August als Generalstabschef entlassen. Durch die notwendige Neubesetzung der militärischen Führungsspitze wird die deutsche Kriegführung in die Hände des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg und seines Generalquartiermeisters Erich Ludendorff gelegt, jenes militärisch überaus befähigten Duos, das sich von tradierten strategischen Vorstellungen freizumachen versteht. Sie leiten die Abkehr von der von Falkenhayn propagierten Ermattungsstrategie ein. Zugleich tritt eine Wendung im Verhältnis zwischen militärischer und politischer Führung ein, in dem das Militär die dominierende Rolle zu übernehmen beginnt.

Am 2. September gibt die Oberste Heeresleitung den Befehl zur Einstellung des Angriffes auf Verdun. Da sind die deutschen Truppen bereits auf ihre Ausgangsstellungen vom Februar zurückgedrängt. Damit ist der von Falkenhayn unter dem Eindruck des Verlustes der deutschen Offensivfähigkeit initiierte Versuch, numerisch als Sieger aus einem Stellungskrieg hervorzugehen, endgültig gescheitert.

Die Schlacht von Verdun wirkt wie ein Menetekel für den weiteren Verlauf des Krieges, in dem sich die Gegner im statischen Grabenkrieg gegenüberliegen. Am Ende gibt es keinen Sieger und keinen Besiegten. Weder der Angreifer noch der Verteidiger kann einen strategischen Erfolg verbuchen. Der Hauptkampf vor Verdun hat mehr als 30 Wochen getobt. Falkenhayns Plan vom Ausbluten des Feindes hat etwa eine halbe Million Gefallene und mehrere Millionen Verwundete auf beiden Seiten gefordert – mehr als 1000 Tote pro Quadratkilometer Schlachtfeld.

Die Schlacht von Verdun bedeutet eine tiefe Zäsur in der Geschichte des Ersten Weltkrieges. Die Leistungs- und Leidensfähigkeit der deutschen Soldaten ist erschöpft, die infanteristische Kampfkraft des deutschen Heeres geschwunden. Dies bedeutet für das Reich den endgültigen Verlust der strategischen Initiative. Was folgt, ist ein langer und zermürbender Kampf, der die wirtschaftliche und militärische Macht Deutschlands am Ende zerbricht und das Kaiserreich stürzen lässt.

Die sterblichen Überreste derer, die in der „Maasmühle“ umgekommen sind und nicht identifiziert werden konnten, haben ihre letzte Ruhe in einem riesigen Beinhaus gefunden. Mit jeder Grabung, mit jeder Bahn, die der Pflug durch das Feld zieht, kommen neue hinzu. Und doch sind die Opfer der größten Vernichtungsschlacht der Weltgeschichte so zahlreich, dass sie nie alle bestattet sein werden. Insofern hat die Tragödie von Verdun noch immer nicht ihren endgültigen Abschluss gefunden. *Jan Heitmann*

Nur 20 Meter vom rettenden Ufer entfernt

Vor 60 Jahren erfroren zwei Heimkinder und ein ostpreußischer Flüchtlingsjunge auf dem Schwanenstein vor der Insel Rügen

Lohme gehört zu den idyllisch gelegenen und zu den letzten beschaulich gebliebenen Orten auf der Insel Rügen. Als Hauptsehenswürdigkeit des kleinen Ortes, der an Attraktionen nicht reich ist, sieht man einmal vom Ostseepanorama und dem Arkona-Blick ab, gilt ein Megalith in der Ostsee, ein riesiger Findling, einer der mächtigsten von Rügen. Dieser sogenannte Schwanenstein liegt etwa 100 Meter östlich vom Hafen der Gemeinde Lohme am nördlichen Rand der Halbinsel Jasmund etwa 20 Meter vor dem Strand auf dem Grund der hier noch flachen Ostsee. Er hat eine Masse von 162 Tonnen und ein Volumen von 60 Kubikmetern. Sein Grundriss ist etwa sieben Meter lang und fünf Meter breit.

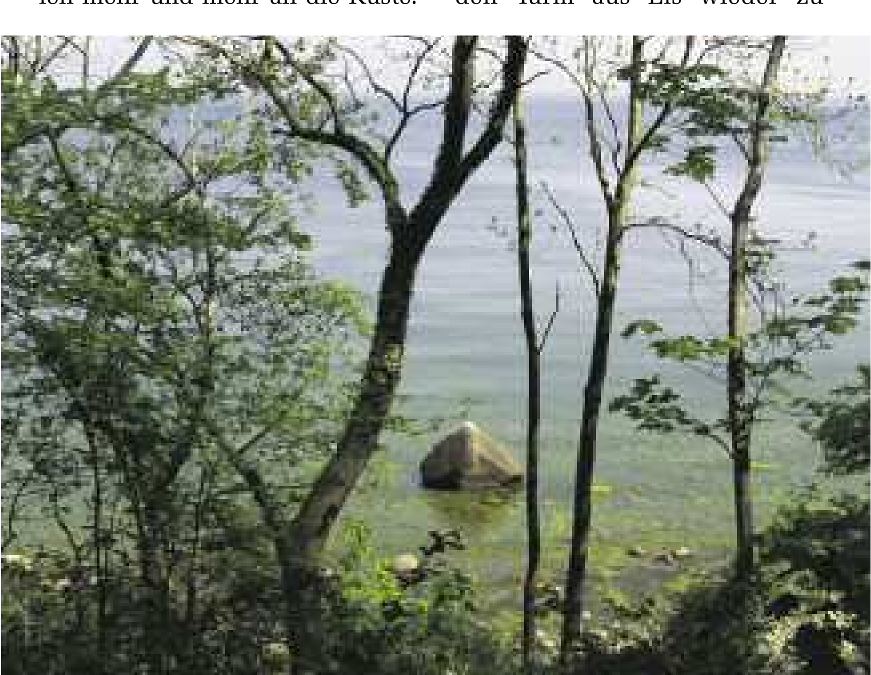
Unweit des Megaliths, oberhalb des Steilhangs, wartet seit der Wende ein „Schandfleck“ des Ortes auf seine Sanierung. Das ehemalige Chemnitzer Kinderheim hat zwar mehrfach die Eigentümer gewechselt, zwar gab es vor ein paar Jahren neue Plastik-Fenster, doch ansonsten kümmert sich niemand um den Erhalt der Bauten, die Jahr für Jahr mehr herunterkommen.

In den 1950er Jahren war das Heim voll belegt. Kinder, die Waisen waren oder die der Staat den Eltern weggenommen hatte, lebten in prachtvoller Natur und doch auch abseits von der großen Welt. So oft sie konnten, entzogen sich gerade die älteren Kinder dem strengen Heimalltag und verbrachten jede freie Stunde im Dorf oder am Strand. Das Meer schien in Lohme jeden Tag anders, brachte jeden Tag neue Herausforderungen.

Nachdem der Jahreswechsel von 1955 auf 1956 noch mild verlaufen war, fielen die Temperaturen zum Februar hin dramatisch ab. Ganz Europa litt unter einer Jahrhundertkälte. Auf der Ostsee bildeten sich Eisschollen, die von den Wellen und vom Wind am Ufer zu einem Gebirge zusammengeschoben wurden.

Helmut Petersen, neun Jahre, Uwe Wassilowsky, 14 Jahre, und der die siebte Klasse besuchende Manfred Prewitz hatten am 12. Februar bei den eisigen Temperaturen am Lohmer Steilufer gespielt, waren über die Eisschollen gesprungen, über die man an diesem Tag weit ins Meer gelangen konnte – einen sicheren Tritt und etwas Mut vorausgesetzt. Helmut und Uwe lebten im Kinderheim; Manfred kam aus dem Dorf, war mit seiner Mutter nach dem Krieg als Flüchtling aus Ostpreußen über die Ostsee nach Lohme gekommen.

Während die Kinder am Nachmittag des 12. Februars über die Eisschollen sprangen und sich im Spiel verloren, näherte sich von Nordost eine massive Kaltfront mit Sturm und starkem Schneefall. Der auf Sturmstärke auffrischende Wind ließ bereits am späten Nachmittag das Wasser auflaufen; es drückte die Eisschollen mehr und mehr an die Küste.



60 Quadratmeter groß: Der Findling „Schwanenstein“ Bild: Aschenbeck

Die Kinder, die noch draußen auf den Eisschollen spielten, sahen zu spät, dass die ganze Tektonik ins Wanken kam. Als die drei endlich zurück zum Ufer wollten, bemerkten sie, dass von Wind und Wellen große Lücken ins Eis geschlagen waren, dass der Rückweg unmöglich schien. In ihrer Not retteten sie sich auf den – Schwanenstein. Am Stein hatten sich die Eisschollen aufgetürmt und eine Treppe gebildet. Aber schnell ließen auffrischender Wind und zunehmende Brandung den Turm aus Eis wieder zusammenbrechen. Die Drei saßen auf dem Stein fest, sie waren in die Falle geraten. Die Brandung prallte gegen den Stein und überschütteten die drei mit dem eiskalten Nass, das bei minus zwölf Grad sofort auf Kleidung und Haut gefror.

Zuerst schrien sie mit voller Kraft. Sie schrien um ihr Leben – und zweifelten keine Sekunde, dass die Erwachsenen sie schnell retten würden. Doch lange Zeit hörte sie niemand. Der heulende Wind und die schlagende Brandung waren lauter als die Stimmen der drei Jungen, die nah an der Küste saßen und doch gefangen waren. Erst nach Einbruch der Dunkelheit wurden sie entdeckt. Beim Lohmer Fischkombinat, das über ein Telefon verfügte, ging um 19.30 Uhr die Meldung ein. Der Direktor des Kombinats begann sofort, Hilfe herbeizutelefonieren. Er sprach mit der Grenzpolizei, aber auch mit seinen Kollegen in Sassnitz. Er telefonierte mit Berlin und hörte viele Versprechungen. Ein Hubschrauber sollte starten – musste dann aber wegen schlechten Wetters am Boden bleiben. Ein Pionierzug mit eigenem Panzer machte sich auf den Weg, aber es konnte noch Stunden dauern, bis er eintraf.

Die Einheimischen bemühten sich nach Kräften, um die Kinder, die in der Eiseskälte längst verstummt waren, zu retten. Holzboote der Fischer und auch Holzleitern wurden ins Wasser geschoben. Aber das Meer mit seinen heranrückenden Eisschollen zerdrückte sie allzu rasch. Die heimischen Kräfte verrannten sich mehr und mehr in hilflosen Bemühungen. Der angeforderte Pionierzug, der eine Pontonbrücke zum Schwanenstein schlagen sollte, blieb im Jasmunder Buchenwald in Schneeverwehungen stecken.

Im nahen Sassnitz legte ein Fischkutter ab, der eine Rettung von der See aus versuchen sollte. Aber die Takelage und die Aufbauten des Schiffes vereisten bei dem Schneesturm derart schnell, dass die Leitstelle den Kapitän aufforderte, die Aktion abzubrechen. Man wollte das Schiff nicht in Gefahr bringen. Menschenleben waren in der DDR nicht so wertvoll wie Maschinen.

Tatsächlich wurden alle Rettungsbemühungen bald eingestellt. Die Menschen, die am Ufer ausharrten, starrten auf den Schwanenstein in der Nacht, starten auf die undeutlichen Schemen der Jungen, die sich manchmal gegen den Himmel abzeichneten. Als Retter, die nicht retten konnten, am späten Abend eine Leuchtgranate abfeuerten, sahen sie im Schein der Granate drei regungslose Jungen. Sie klebten tot am Stein. Sie waren erfroren.

Am nächsten Morgen drangen die Männer des Ortes um 10 Uhr zum Schwanenstein vor – der Wind hatte abgeflaut. Mit Spitzhacken begannen sie, die drei vereisten Körper der Jungen vom Stein zu lösen. *Nils Aschenbeck*

Vom General zum Pazifisten

Der lange Weg des Präsidenten der Deutschen Friedensgesellschaft Paul von Schoenaich durch das politische Spektrum

Wohl nur wenige haben in ihrem Leben einen so weiten Weg durch das politische Spektrum hinter sich gelegt wie Paul von Schoenaich. Aber es gibt auch Konstanten. Dazu scheint eine gewisse Tüchtigkeit zu gehören. Dafür spricht zumindest, dass er es in derart unterschiedlichen Organisationen wie der preußischen Armee und der Friedensbewegung zu hohen Ämtern brachte. All dies macht diesen facettenreichen Mann so faszinierend.

Paul Eugen Freiherr von Hoverbeck genannt von Schoenaich kam am 16. Februar 1866 in Klein Tromnau, Kreis Rosenberg, Provinz Westpreußen zur Welt, besuchte ab 1879 die Kadettenschule in Kulm und brachte es anschließend bis zum General. Ein ostelbischer Adelsspross, der auf dem Familiengut seiner Eltern geboren wird, bereits als Kind zum Militär kommt und dort Karriere macht, ist alles andere als unkonventionell. Aber bereits bei Schoenaichs Eltern wird es spannend. Zwar sind beide adelig, aber während der Vater liberal gesonnen war, war die Mutter orthodox-religiös. Möglicherweise ist diese heterogene Kombination die Erklärung dafür, dass Schoenaich einerseits im Liberalismus seine politische Heimat fand und andererseits eine Politik betrieb, die in ihrer Radikalität, um nicht zu sagen: ihrem Extremismus, an religiösen Eifer erinnert.

Es passt zum Bild eines aufgeweckten Heranwachsenden, dass den jungen Schoenaich die Reiselust packte. Um diese Lust auszuleben, ging der Jüngling – für einen ostelbischen Adeligen nicht unbedingt typisch – nach dem Schulbesuch zur Marine. Dort lernte er die Schattenseiten der hierarchischen Struktur des Militärs kennen. An Bord des Panzerschiffes „Oldenburg“ geriet der junge Leutnant mit dem Kommandanten an einen Vorgesetzten, dem er in seinen Erinnerungen „persönliche Unausstehlichkeit“ attestierte.

Seine Reiselust hoffte er nun, im diplomatischen Dienst ausleben zu können. Zur Überbrückung wechselte er von der Marine ins Heer, tat ab 1887 Dienst beim 2. Gardedragonerregiment „Kaiserin Alexandra von Russland“ in Berlin. Dort begeisterte er sich für das Reiten, und aus der geplanten Zwischenstation wurden zwei Jahrzehnte. Dass Schoenaich bei den Gardedragonern hängen blieb, kann man verstehen, wenn man die Beschreibung des Dienstes in seinen Erinnerungen liest: „Ich glaube sagen zu können, dass wir Gardekavallerieoffiziere ein Leben führten wie kaum ein anderer Stand auf der ganzen Erde. Der Dienst wurde sehr ernst genommen, aber schließlich dauerte er nur fünf bis sechs Stunden täglich. Der ganze übrige Tag gehörte dem Vergnügen in allen Abstufungen.“ Die Freizeit nutzte Schoenaich zum Besuch der Universität. Besonders die Volkswirtschaft hatte es ihm angetan. So lernte er Silvio Gesells internationalistische Freiwirtschaftslehre kennen und wurde deren Anhänger.

Schoenaich machte in Berlin Karriere, einschließlich Verwendungen im Kriegsministerium. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges war er in der Logistik für die Versorgung der Armee mit Pferdenachwuchs zuständig. „Voll allergrößtem Hurra-Patriotismus“, wie er selber in seinen Erinnerungen schreibt, beantragte er seine Versetzung an die Front. Offenkundig hat Schoenaich einen sehr guten Eindruck im Kriegsministerium hinterlassen, denn bei einem Heimaturlaub 1915 holten ihn seine früheren Vorgesetzten als deren Chef in die für die Kavallerie zuständige Ministeriumsabteilung.

Die Novemberevolution wurde für Schoenaich zum einschneidenden Schlüsselerlebnis mit Zäsurcharakter. Der Zusammenbruch des Kaiserreiches mit der Flucht des Kaisers wirkte auf ihn enorm desillusionierend. Er wurde Republikaner und bereits 1918 Mitglied der die Weimarer Republik tragenden linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei.


Vor 150 Jahren geboren: Paul von Schoenaich im Jahre 1909

Bild: Archiv

1919 wurde er Kommandeur der Kavallerie in Berlin. Befehlshaber der vorläufigen Reichswehr in Berlin und Umgebung und damit sein Vorgesetzter war General Walther von Lüttwitz, jener Lüttwitz, der 1920 mit Wolfgang Kapp den Kapp-Lüttwitz-Putsch unternahm. Dass der linksliberale Schoenaich und der Gegner der Weimarer Republik Lüttwitz nicht miteinander harmonierten, lässt sich denken. Schoenaich zog als Untergebener den Kürzeren und schied aus dem aktiven Dienst aus.

Der Generalmajor a.D. bewirtschaftete nun ein 1919 im holsteinischen Reinfeld bei Bad Oldesloe erworbenes kleines Landgut, hatte daneben aber auch mit Vorträgen und Zeitungsartikeln Anteil am politischen Leben. Außer in seiner DDP engagierte er sich auch im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, dem Bund der Freunde der Sowjetunion oder der Gesellschaft für Menschenrechte. Der Pazifist und politische Publizist Fritz Küster, den er 1922 kennenlernte, gewann ihn für die 1892 von Bertha von Suttner gegründete Deutsche Friedensgesellschaft (DFG), der er seit 1919 angehörte und deren Kampfschrift „Der Pazifist“ er herausgab. Schoenaich trat der Gesellschaft bei und setzte sich zusammen mit Küster an die Spitze einer Fraktion, die eine Radikalisierung erstrebte, weg vom traditionellen bürgerlichen, gemäßigten Pazifismus, der den Verteidigungskrieg legitimierte, hin zu dem neu aufkommenden radikalen, weitgehend von der Arbeiterbewegung getragenen Pazifismus unter Einschluss der Forderung nach Kriegsdienstverweigerung. Der radikale Flügel obsiegte. 1929 löste Schoenaich den gemäßigten Friedensnobelpreisträger Ludwig Quidde als Präsident der Gesellschaft ab, und Quidde wurde Geschäftsführer.

Den Rechtstrend der DDP, der schließlich 1930 in der Fusion mit der Volksnationalen Reichsvereinigung, dem politischen Arm des Jungdeutschen Ordens, mündete, quittierte Schoenaich 1928 mit seinem Austritt. Zusammen mit anderen Ex-DDP-Mitgliedern wie Quidde gründete er 1930 die Radikaldemokratische Partei, eine linksliberal und pazifistisch ausgerichtete Splitterpartei ohne weitere Bedeutung für die Geschichte der Weimarer Republik. Unter Schoenaich fand eine derartige Radikalisierung der DFG statt, dass nicht nur die vormalige DDP, die seit der Fusion von 1930 unter „Deutsche Staatspartei“ firmierte, sondern auch die SPD die Unvereinbarkeit mit einer Mitgliedschaft in der DFG beschloss.

Als Reaktion auf den Aufstieg der Nationalsozialisten forderte Schoenaich die Bildung einer Volksfront aus den staatstragenden Parteien und der KPD. Das tat derselbe Schoenaich, der noch 1919 – also wohlgemerkt nach dem Schlüsselerlebnis des Zusammenbruchs des Kaiserreichs – auf die Nachricht vom Tode der Kommunisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit den Worten reagiert hatte: „Na, Gott sei Dank, dann wird wohl endlich Ruhe werden.“

Wenige Monate nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten, im März 1933, wurde die DFG verboten und Schoenaich verhaftet. Nach Protesten englischer Quäker wurde der 67-jährige Träger beider Klassen des Eisernen Kreuzes aber zwei Monate später wieder auf freien Fuß gesetzt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte die DFG dort wieder anzufangen, wo sie 1933 hatte aufhören müssen. Schoenaich wurde wieder ihr Präsident. Mittlerweile um die 70 Jahre alt, unternahm er nun manches, was auch in seiner eigenen Gesellschaft Kopfschütteln auslöste. So trat der Pazifist 1945 ausgerechnet Konrad Adenauers CDU bei. Diesen Irrtum bemerkte er jedoch relativ schnell und trat noch im selben Jahr wieder aus. Ein halbes Dutzend Jahre später sollte das vormalige CDU-Mitglied feststellen: „Wenn ich meinen Standpunkt klar ausdrükken soll, dann sage ich, dass ich Stalin näher stehe als Adenauer.“

Unter diesem Präsidenten geriet die DFG zwischen die Mühlsteine des Kalten Krieges. In Osten wurde sie 1949 verboten, und im Westen wurde sie verdächtigt, kommunistisch unterwandert zu sein. Schoenaich leistete diesem Verdacht Vorschub, indem er mit seiner Unterschrift die KPD-nahe Kampagne für eine „Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages“ unterstützte. Das bezahlte Schoenaich mit seinem Amt. 1951 wurde er abgewählt.

Dem DFG-Ex-Präsidenten war es wenigstens vergönnt, dass seine Gesellschaft ihn zwei Jahre vor seinem Ableben am 7. Januar 1954 in Reinfeld noch zu ihrem Ehrenvorsitzenden beziehungsweise Ehrenmitglied wählte und dass er die Aufstellung von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee nicht mehr miterleben musste. *Manuel Ruoff*

Zu fünft gegen Friedrich den Großen

Vor 275 Jahren schlossen sich Großbritannien, Russland, Österreich, die Niederlande und Sachsen gegen Preußen zusammen

Zu Beginn des Österreichischen Erbfolgekrieges beziehungsweise Ersten Schlesischen Krieges lavierte Sachsen beständig zwischen Preußen und Österreich. Im Rahmen dieser Schaukelpolitik kam es vor 275 Jahren zur Bildung einer Koalition, die Preußen hätte vernichten können – wenn sie nicht bald wieder zerbrochen wäre.

Am 20. Oktober 1740 segnete der Kaiser und österreichische Erzherzog Karl VI. das Zeitliche, ohne einen Sohn zu hinterlassen. Damit trat die Erbfolgeregelung in Kraft, die er selbst 1713 in der Pragmatischen Sanktion verfügt hatte: Nach dem Erlöschen des Hauses Habsburg im Mannesstamm ging der Thron in Wien an seine älteste Tochter Maria Theresia. Das freilich stieß auf den Widerstand der beiden Kurfürsten Karl Albrecht von Bayern und Friedrich August von Sachsen, die im Namen ihrer Ehefrauen, die beide Töchter von Karls älterem Bruder Joseph I. waren, Anspruch auf die habsburgischen Erblande erhoben. Hieraus entwickelte sich der Österreichische Erbfolgekrieg, der bis 1748 andauerte und weltumspannende Dimensionen annahm.

Dabei wurde auch Preußen zur Konfliktpartei, weil Friedrich der Große, der erst wenige Monate zuvor den Thron bestiegen hatte, sofort erkannte: „Dies ist der Augenblick der völligen Umwandlung des alten Systems.“ Und daran wollte der neue preußische Herrscher unbedingt mitwirken – ungeachtet der dringenden Mahnung seines Vaters, des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I., keine leichtfertigen Kriege zu führen.

Am 11. Dezember 1740 setzte Friedrich Maria Theresia ein Ultimatum: Er forderte Schlesien als Preis für seine Anerkennung der Pragmatischen Sanktion, die ihm zutiefst widerstrebte, da die Kaisertochter seines Erachtens kein Recht auf das habsburgische Erbe hatte. Deshalb wartete er dann auch gar nicht ab, bis die Antwort aus Wien eintraf, sondern rückte bereits fünf Tage später mit 27159 Mann und 42 Kanonen in das Herzogtum ein.

Preußen erhob hohe Steuern auf den sächsisch-polnischen Transithandel

Als Preußen Schlesien annektierte, wogegen Österreich letztlich nichts auszurichten vermochte, stand es im Bunde mit Bayern und Sachsen sowie Frankreich, Kurköln, Spanien, Neapel und Schweden – alles Mächte, die ein erhebliches Interesse daran hatten, die habsburgische Herrschaft geschwächt zu sehen. Auf der anderen Seite genoss Maria Theresia die Unterstützung Russlands, Englands, Sardiniens und der Niederlande. Doch Koalitionen änderten sich im Österreichischen Erbfolgekrieg schnell. Dies deutete sich schon Ende 1740 an, als Sachsen anfing, zum unsicheren Kantonisten zu werden.

In Dresden fürchtete Friedrich August II. angesichts der preußischen Besetzung Schlesiens, dass das eigene strategische Ziel, eine Landbrücke zwischen seinem Kurfürstentum Sachsen und seinem Königreich Polen zu gewinnen, nun überhaupt nicht mehr erreicht werden könne. Schon bald nach der Besetzung Schlesiens durch Preußen erhielt er einen Vorgeschmack auf die kommenden Widrigkeiten. Das Nachbarland erhob Steuern auf den sächsisch-polnischen Transithandel – und zwar in Höhe von immerhin 30 Prozent des Warenwertes. Dies schürte in Dresden die ohnehin schon bestehenden Zweifel am Sinn des Bündnisses mit Friedrich II., was selbiger durchaus spürte. Deshalb bestellte er am 26. Dezember 1740 den sächsischen Gesandten Friedrich Gotthard von Bülow zu sich ins Feldlager und drängte: „Sachsen kann tun, was es will, nur möge es sich entscheiden. Preußen ist stark genug, um seinen Weg allein zu gehen, aber es verlangt zu wissen, woran es ist.“ Nun musste Graf Heinrich von Brühl, der heimliche sächsische Regierungschef, an den der entscheidungsschwache Kurfürst derlei Entscheidungen zu delegieren pflegte, wohl oder übel Farbe bekennen. Und das tat er dann auch. Am 29. Dezember machte er mobil und stellte anschließend 20000 marschbereite Soldaten der österreichischen Seite in Aussicht, wenn diese Sachsen „reale Sicherheiten“ in Schlesien biete.

Der britische König wollte Preußen schwächen, um sein Kurfürstentum zu stärken

Gleichzeitig begann sich Georg II., König von Großbritannien und Irland sowie Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, in das diplomatische Ringen einzuschalten und eine förmliche Kriegskoalition gegen Friedrich II. zu schmieden. Dabei war er von dem Motiv getrieben, Preußen zu schwächen, um seine hannoversche Hausmacht zu stärken.

Hieraus resultierte das Zusammentreffen der diplomatischen Vertreter Englands, Russlands, Österreichs, Hollands und nunmehr auch Sachsens in Dresden vom 16. Februar 1741. In dessen Verlauf wurde beschlossen, Preußen mit Waffengewalt zur Anerkennung der Pragmatischen Sanktion und zur Abtretung von Territorien an seine Gegner zu zwingen.

Das brachte Friedrich in eine extrem gefährliche Lage, aus der ihn dann aber vier glückliche Umstände heraushalfen: erstens der Triumph in der Schlacht bei Mollwitz am 10. April 1741 gegen die Österreicher, die danach nur noch defensiv agierten, zweitens das Ausscheren der Briten und Russen, die bald mit ganz anderen Problemen zu kämpfen hatten, drittens die verstärkte Rückendeckung durch Frankreich, Spanien und Bayern infolge des Nymphenburger Vertrages vom 28. Mai 1741 sowie viertens ein nochmaliger Seitenwechsel Sachsens. Hierdurch verbesserte sich die Position Friedrichs derart, dass Maria Theresia reichlich vier Monate später gezwungen war, den geheimen Waffenstillstand von Klein-Schnellendorf zu unterzeichnen, dem dann am 11. Juni und 28. Juli 1742 der Vorfriede von Breslau und der endgültige Friede von Berlin folgten. In diesem bekam Preußen sowohl einen Großteil Ober- und Niederschlesiens als auch die Grafschaft Glatz zugesprochen. *Wolfgang Kaufmann*

Grenzkontrolle zahlt sich nur für Schlepper aus

Zu: Drecksarbeit für Merkel (Nr. 4)

Der Verfasser nimmt an, man könne die Außengrenzen der EU „mit einem verstärkten neuen Grenzschutz“ sichern. Dieser Plan, das Migrantenproblem zum Beispiel mit Hilfe der Frontex-Behörde zu bewältigen, ruft Erinnerungen an ähnliche Pläne ins Bewusstsein. 1806 entfesselte Napoleon einen wirtschaftlichen Blockadekrieg gegen England durch die Kontinentalsperre. Diese Sperrpolitik sollte das ganze europäische Festland umfassen. Die Grenzen erstreckten sich von allen Ostseeanrainerstaaten über die deutsche Nordseeküste, Niederlande, Belgien, Frankreich, Spanien, Portugal, Italien, die Adriaküste bis Montenegro. Die EU-Außengrenzen heute sind damit weitgehend identisch, Griechenland kommt noch dazu. Napoleon ist mit dieser Politik grandios gescheitert, weil eine völlige Kontrolle dieser langen Außengrenzen gar nicht möglich war und weil sie durch Schmuggel unterlaufen wurden.

Man muss heute die Erfindungsgabe dieser Schlepper in Rechnung stellen. Sie werden nicht nur die Orte wechseln, an denen sie ihre „Schmuggelware“ an Land bringen, sondern dies auch an mehreren Orten gleichzeitig tun, um die Kontrollen auszuschalten. Dafür ist ein Riesenaufwand an Personal und Material und somit auch an Geld erforderlich. **Hermann Schubart, Marburg**

Eine evangelikale Christin

Zu: Hintergrund „Eritrea“ (Nr. 3)

In Ihrer Personenbeschreibung der eritreischen Gospelsängerin Helen Berhane, die nach der Veröffentlichung eines Albums mit christlicher Musik in ihrer Heimat inhaftiert wurde, schreiben Sie, sie sei eine „evangelikalische“ Christin. Den Ausdruck gibt es (noch) nicht. Es hätte heißen müssen: „evangelikale“ Christin.

Der Ausdruck „evangelikal“ stammt aus dem englischen Sprachgebrauch und bedeutet dort und inzwischen auch im deutschen Sprachgebrauch, was man früher bei uns „pietistisch“ und „bibeltreu“ nannte. In Übersee entstand er, um einen Gegensatz gegenüber einem bibelkritischen Protestantismus zu benennen. Die genaue und auch übliche Übersetzung von „evangelikal“ ist eigentlich „evangelisch“. Im Wörterbuch von Langenscheidt (2002) wird bezeichnenderweise „evangelisch“ mit „Protestant“ übersetzt“. **Johannes Hummel, Dresden**

Teuflischer Plan

Zu: Der Feind heißt Deutschland (Nr. 3)

Schon im Ersten Weltkrieg nutzten die Alliierten die Alleinschuld-Lügen für ihre Ziele. Das führte zur Abschaffung der Monarchie und später auch der Weimarer Republik, was sie dann auch gemeinsam mit Hitler erreichten.

Bundeskanzlerin Merkel ist ja schließlich von der SED erzogen und in Moskau verbildet worden. Darum muss man doch wohl die Verantwortlichen in der CDU fragen: Wie konnte diese Frau Kanzlerin werden und Deutschland ins Unglück stürzen? Diese Leute haben den rot-grünen Abschaffern freiwillig das Feld überlassen? Mein Vetter sagte schon dazu: „Die SED hatte die Merkel dem Kohl auf den Schoss gesetzt.“

Offensichtlich hat sie einen teuflischen Plan, denn solche Durchmischung fremder Kulturen hat sich in der Geschichte immer gerächt. Sie weiß doch wohl auch, dass dadurch die Aufklärung zurückgedrängt werden wird. Sollte sie jedoch von den Verursachern und US-Geostrategen dazu gedrängt worden sein, muss sie schnellstens zurücktreten, um den Schaden noch zu begrenzen. Denn das, was jetzt mit Europa gemacht wird, ist ein teuflischer Plan nach dem Motto: destabilisiere und herrsche.

Wenn das Handeln von Frau Merkel im christlichen Sozialismus begründet liegt, muss man ihr sagen: Das ist eine Täuschungs-Konstruktion. Sozialismus und Nächstenliebe, Freiheit für Andersdenkende schließen sich aus, wenn diese die Macht haben. Mit der Umarmung nun auch des Islam, werden die christlichen Kirchen sich selbst abschaffen. **Martin Schröder, Detmold**

Jetzt müssen andere sich integrieren

Zu: Köln ist überall (Nr. 2)

Seit den Vorkommnissen in der Silvesternacht von Köln und anderen Städten kommt das Thema „Flüchtlinge, Asylsuchende, illegale Einwanderer“ nicht zur Ruhe. Dass die Polizei, wohl auch die Justiz und die gängigen Medien, bei Straftaten von Zugewanderten nicht unbedingt Herkunft und Nationalität derselben benennen, ist bekannt. Dies geschieht in Eintracht mit der Politik und ist auch richtig so. Neuankömmlingen in Deutschland muss ausreichend Zeit zugebilligt werden, um sich in den für sie fremden Verhältnissen zurechtzufinden; man kann da nicht aus jedem kleinen Missgeschick einen Elefanten machen.

Sehr beschämend und beunruhigend ist, dass Kritik, Unmut und Hass gegen Flüchtlinge sowie Flüchtlingspolitik verstärkt zunehmen. Hier hat Deutschland als Hauptinitiator der Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen in die EU die Aufgabe, die Wogen zu glätten. Zunächst muss dem Volk Angst und Unbehagen in Bezug auf Zuwanderer im Land genommen werden, indem man es umfassender über Grund und Nutzen der Aufnahme und über Kultur, Sitten und Gebräuche der Aufzunehmenden aufklärt. Erster Aufnahmegrund ist christliche Nächstenliebe; unschuldig in Not Geratenen muss man helfen.

Zweiter Grund ist dann schon der Nutzen. Weil die Deutschen das mit dem Kinderkriegen nicht mehr richtig auf die Reihe bekommen, sind jetzt schon viele Arbeitsplätze leer. Die Zuwanderer (in der Regel, wie man gelegentlich hört, Facharbeiter und auch Akademiker) werden dringend gebraucht, um diese zu besetzen.

Vielleicht nicht so sehr einen Nutzen, aber eine interessante kulturelle Bereicherung bescheren die Zuwanderer den EU-Bürgern mit ihren Religionen, ihrem Lebensstil, ihren Meinungen bezüglich dem, was man tut und was besser nicht, ihrer Kleidung.

Wenn mit der „Willkommenskultur“-Kampagne erreicht wird, dass Asylsuchende hoffnungsvoll nach Deutschland kommen, dann muss man als Gastgeber deren uns hier und da nicht geläufige Gebaren nicht sofort bemäkeln.

Kommen wir auf Silvester in Köln und anderen Städten zurück: Die Aufregung um die sexuellen Belästigungen von Frauen stellt sich, wenn man den kulturellen Hintergrund der Nordafrikaner kennt, als übertrieben heraus. Diese haben herausgefunden, dass Frauen, je nachdem, wo man sie wie berührt, etwas irritiert sind, unkontrollierte Bewegungen machen und dann leichter zu beklauen sind. Sex ist sekundär, im Vordergrund steht, etwas für den Lebensunterhalt zu ergattern.

Die Oberbürgermeisterin von Köln, Henriette Reker, hat ja einen Versuch gemacht, den Frauen Ratschläge zu geben, wie man sich schützt: „Es ist immer eine Möglichkeit, eine gewisse Distanz zu halten, die länger als eine Armlänge betrifft“, sagt Reker. Und weiter: „Also von sich aus schon gar nicht eine so große Nähe zu suchen zu Menschen, die einem fremd sind, zu denen man kein gutes Vertrauensverhältnis hat.“ Sie wurde, gelinde gesagt, von allen Seiten belächelt und kam nicht dazu, wie wohl vorgesehen, weitere Ratschläge zu dem Thema zu erteilen.

Satirische Tipps für Umgang mit Fremden

Eine vollständige Liste könnte möglicherweise Kanzleramtsminister Altmaier vorlegen. Da könnte demnächst zu lesen sein, dass die Deutschen auf keinen Fall das Verhalten der Zugewanderten abrupt in Anlehnung an das Grundgesetz gängeln sollten. Es ist eine Übergangszeit zu wahren, und die Frauen sollen derweilen bei ihrer Kleidung auf die Eigenheiten der Neubürger Rücksicht nehmen. Je nachdem, wo und wann Frauen sich zu welcher Veranstaltung begeben, sei das zu beachten. Gegebenenfalls kann eine nicht konturenbetonende, also etwas zugeknöpfte, leger wallende Kleidung ohne Kniefreiheit mit dazu passendem Kopftuch angesagt sein. Für besondere Fälle sollte eine Burka nicht fehlen. Hinweis: Sich als Frau in der Öffentlichkeit alleine, also ohne Begleitung zu zeigen, kann als unfein empfunden werden.

Eine weitere Frauenschutzhilfe gegen sexuelle Belästigung soll angedacht sein: Man könnte für die Gruppe der ledigen Männer, die über 80 Prozent der Zugewanderten ausmachen sollen, eine finanzielle Zulage für den Besuch von Erotikzentren in Erwägung ziehen. Das ist aber nicht so einfach zu machen. Es müssten dann Erotikzentren, Bordelle, selbstständige Sexarbeiter für diese Dienste autorisiert werden, die auch verpflichtet sind, die zweckbestimmte Verwendung des Geldes schriftlich zu beglaubigen.

Einheimische Männer in gleicher Situation könnten auch auf Gewährung der Zulage bestehen. Lehnt man das ab, sind Prozesse wegen rassischer Benachteiligung zu erwarten.

Die erwähnten ledigen Männer sind ja der größere Teil derer, die die vakanten Arbeitsplätze beleben sollen. Familien mit Kindern fallen da weniger ins Gewicht. Man kann sagen, im Morgenland, aus dem die meisten kommen, sind die Verhältnisse in etwa so, wie sie ab der zweiten Hälfte des Dreißigjährigen Krieges vorherrschten. Wie damals Dänemark, Schweden und Frankreich ihre Interessen auf deutschem Boden regelten, tun es heute der Staatenbund der „Wertegemeinschaft“ und andere. **Emil Wilms, Krefeld**

Da kommt was auf uns zu

Zu: 50 Milliarden für Zuwanderer (Nr. 5)

Die 50 Milliarden Euro sind zwar gemessen an unserer Staatsverschuldung von über 2,1 Billionen Euro ziemlich lächerlich. Doch wenn man diese 50 Milliarden nicht irgendwo einfach so herumliegen hat (daher ja wohl die hohe Staatsverschuldung), ist diese Summe schon schwindelerregend hoch.

Und die vier gebetsmühlenartig ständig wiederholten „Argumente“ für den „großen Plan“ der Bundeskanzlerin können in absehbarer Zeit nicht greifen. Weder schaffen wir es, mit unseren riesigen EU-Staaten-Marinen (alle zusammengenommen sind das eine Menge Schiffe und Flugzeuge) die wenigen maritimen Transitmöglichkeiten von der Türkei, Syrien und Libyen hin nach Griechenland und Italien zu sichern. Noch schaffen wir es mit unseren gemeinsamen Polizei- und Militärkräften, den kleinen Landkorridor zwischen der Türkei und Bulgarien/Griechenland zu sichern, wo die meisten Flüchtlinge herkommen. Das bedeutet: Wir schaffen es nicht einmal, gemeinsam die kleinen EU-Außengrenzen der Flüchtlings-Übertrittstellen zu sichern. Außerdem schaffen wir es nicht, die schon seit Monaten geplante Aufteilung von 160 000 Flüchtlingen auf die EU-Staaten durchzuführen, weil sich die meisten Ostblockstaaten und andere einfach verweigern. Einer für alle, alle für einen? Denkste! Daher sind bisher laut den offiziellen Zahlen nur 477 Flüchtlinge davon erfolgreich verteilt worden. Das funktioniert also auch nicht.

Und kommen wir zu Merkels dritter Forderung, die Herkunftsländer sicher zu gestalten. Das sind alles souveräne Staaten, in die wir uns höchstens aktiv mit unseren üppigen Entwicklungsgeldern einmischen dürfen. Sonst eben nicht – außer, wie aktuell im Falle von Syrien, es wird immer wieder das Völkerrecht von den westlichen „Allianzen des Friedens“ gebrochen und diese Länder werden für Frieden, Freiheit und Demokratie zerbombt. All das spricht nicht dafür, dass in diesen Herkunftsländern bald friedliche Zeiten herrschen werden. Und das „konsequente“ Abschieben von abgewiesenen Flüchtlingen klappt auch nicht so richtig, weil kein Land diese Leute gerne aufnimmt.

Fazit: Nichts funktioniert von den „Argumenten“ von Frau Merkel und ihrer ergebenen Ja-Sager-Truppe, die sich anmaßend Volksvertreter nennen. Und warum sollte es morgen oder übermorgen funktionieren? Das Gegenteil wird eintreffen: Das mit fast 180 Millionen Einwohnern bevölkerungs- und ölreichste afrikanische Land – Nigeria – driftet allein schon durch den Ölpreisverfall in die Chaoszone ab. Wann werden die verarmten Massen wohl ins gelobte Deutschland aufbrechen? Und in Äthiopien herrscht die größte Dürre seit 30 Jahren. Was könnte das wohl für uns bedeuten? **Henry Stephan, Himbergen**

Ein zu hoher Preis

Zu: Anzeichen von Verzweiflung (Nr. 4)

Deutschlands weltweit einmaliges Asylrecht lautet: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ (Art. 16a, GG). Es ist einmalig, weil es in Deutschland ein Grundrecht ist und weil es einklagbar ist. Außerdem wird abgelehnten Asylbewerbern aus humanitären Gründen ein „vorläufiges“ Bleiberecht (kleines Asyl) gewährt.

Dieses Asylrecht und die hohen Sozialstandards in Deutschland entfalteten eine Sogwirkung auf alle mit Mühsal Beladenen der Welt und luden zu seinem Missbrauch ein. Deshalb sahen sich Politiker 1993 gezwungen, den hohen Zustrom von Flüchtlingen zu reduzieren. Sie passten aber nicht das deutsche Asylrecht an internationale Standards an, um sich der Welt weiterhin als von Humanität triefend präsentieren zu können, sondern vereinbarten mit der Europäischen Union, dass Grenzländer der Union Flüchtlinge aufnehmen, ihnen Asyl gewähren und Deutschland von Flüchtlingen freihalten (Dublin-Abkommen). Welchen Preis sie für diese Irrsinnsvereinbarung zahlten, ist nicht bekannt.

Jetzt aber, nachdem EU-Grenzländer durch einen Ansturm von Flüchtlingen überfordert werden, sich nicht mehr an das Dublin-Abkommen halten und Flüchtlinge nach Deutschland weiterreisen lassen, jetzt stehen deutsche Politiker vor dem alten Problem und suchen nach anderen Wegen, den Flüchtlingsstrom zu begrenzen. Die Änderung des Asylrechts ist für sie aber weiterhin ein Tabu, zumal Deutschland von ihnen inzwischen auch zu einem Einwanderungsland erklärt wurde. Der Anschein überbordender Humanität der Deutschen soll weiterhin gewahrt werden. Inzwischen kamen sie auf die Idee, mit der Türkei, einem Transitland für viele Flüchtlinge, zu vereinbaren, dass sie Flüchtlingen die Überfahrt mit Hilfe von Schleusern nach Griechenland und damit auch nach Deutschland verwehrt. Preis dieser Vereinbarung: zunächst 3,5 Milliarden Euro. Als weitere Maßnahme wird von der Türkei gefordert, eine Visapflicht für alle nordafrikanischen Staaten einzuführen, um den Flüchtlingsstrom von dort einzudämmen. Der Preis für diese Forderung ist noch nicht ausgehandelt.

Die Deutschen haben sich von ihrer politischen Führungselite zur Wahrung des Anscheins einer hohen humanitären Gesinnung bereits hohe Kosten aufbürden lassen. Wie lange werden Wähler das Treiben der Mehrheit ihrer Volksvertreter noch hinnehmen? Politiker wollen zwar die Ursachen der Flucht bekämpfen, aber das irrationale deutsche Asylrecht, das eine wesentliche Ursache für den Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland ist, bleibt unangetastet.

Man sagt gemeinhin: Jedes Volk hat die Politiker, die es verdient. Ist diese Aussage aber richtig? – Bekanntlich stinkt der Fisch vom Kopf her. **Dieter Bliesener, Hamburg**

Zeit für ein nüchternes Resümee

Zu: Anzeichen von Verzweiflung (Nr. 4)

Ich glaube, wir alle sind noch nicht in der Lage, die jetzt für unser Land durch den Flüchtlingszustrom eingetretene Lage und die weitere Entwicklung nüchtern und perspektivisch zu betrachten. Zuerst ergibt sich die Frage: Warum strömen plötzlich Millionen Menschen aus Vorderasien und Nordafrika in unser Land? Offensichtlich fragt sich das niemand, also gibt es keine Antwort. Sie muss es aber geben. Was ist die Ursache? Kommt so etwas von selbst oder ist das inszeniert, also vorsätzlich in Gang gesetzt?

Nun sind sie wie ein Schicksalsschlag hier. Bremsen kann und will offensichtlich keiner diesen Zustrom. Und um Lösungen in den Entstehungsländern zu finden, gibt es keine Ansätze. Ich vermute auch, dass keiner – ich meine unsere Regierung und die Regierungen der anderen EU-Länder – willens ist, etwas zu machen. Wer bremst die Aktivitäten? Zerbomben und Zerstören der Herkunftsländer ist keine Lösung. Deutschland wurde im Zweiten Weltkrieg auch zerbombt. Das war keine Lösung. Wer hat ein Interesse daran, dass alles im Herkunftsland wie im Ankunftsland so weiter geht? Nur die Unfähigkeit, am jetzigen Zustand etwas zu ändern, sollte es nicht geben.

Die Frage nach einer Begrenzung des Einwanderungsstromes ergibt nur theoretische Antworten. Eine fundierte Antwort kann oder will keiner geben. Einen Stopp an irgendeinem Punkt auszusprechen, kann man tun. Maßnahmen aktiv durchführen kann ein souveräner Staat. Befugt dazu wäre die Bundesregierung. In ihrer politischen Willensbildung ist sie davon aber weit entfernt.

Von unserer Kanzlerin kam bisher keine Anweisung, sondern nur die breit gestreute Ansage „Wir schaffen das!“. Das hört sich ganz hervorragend an. Das strahlt Vertrauen in die Schaffenskraft aus. Das spornt an. Das gibt uns ein „wir sind wer“-Gefühl. Das empfinden sicherlich viele Bürger so. Es entfachten sich spontan überall ununterbrochene Willkommensaktivitäten. Privat engagierten sich Bürger bis an den Rand ihrer Kräfte.

War das bei Behörden, Landesregierungen und unserer Staatsregierung auch so? Das wären dort keine Privatsachen, sondern berufliche Tätigkeiten. Standen die Mitarbeiter von Behörden im Drei-Schichten-Betrieb auf der Straße, um die ankommenden Flüchtlinge mit dem Notwendigsten zu versorgen, sie zu registrieren und um sie in Quartiere einzuweisen?

Man hörte schon Monate vorher die Informationen, dass sich ein Menschenstrom auf Europa zubewegt. Hat sich eine Behörde, der Staat, die Politik damit befasst und darauf vorbereitet? Den bekannten Zuständen nach war nichts geschehen. Man reagierte überrascht. Politik und Behörden können weder zukunftsorientiert noch präventiv handeln. Man behandelt das Tagesgeschehen, und um 17 Uhr ist Feierabend.

Bis hier ist alles Schnee von gestern. Was geschieht in Zukunft? Wir Deutschen sind Anfang 2016 an einen Punkt angelangt, an dem ein Resümee zu ziehen mehr als notwendig ist. **Karl Heinz Pape, Bremen**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de



Das Ostpreußenblatt



Nr. 6 – 12. Februar 2016

Die Gnade der frühen Geburt

Ruth Geede, die »Mutter der Ostpreußischen Familie«, vollendet am 13. Februar ihr 100. Lebenjahr

Das Erscheinungsdatum dieser *PAZ*-Ausgabe könnte passender nicht sein: Es ist der Tag vor dem 100. Geburtstag ihrer ältesten – sowohl was das Dienstalter als auch die Lebensjahre angeht – Mitarbeiterin Ruth Geede. Aus diesem Anlass wird hier auf einige Stationen aus dem Leben der immer noch aktiven *PAZ*-Mitarbeiterin zurückgeblickt.

„Ach Jottche, ach Jottche, e Kopp wie e Saatkartoffelche", rief der Onkel aus, als er das Baby Ruth zum ersten Mal zu sehen bekam. Niemand hätte damals damit gerechnet, dass das Frühchen überhaupt eine Überlebenschance hätte und schon gar nicht damit, dass aus ihm einmal eine erfolgreiche Schriftstellerin werden würde, die im stolzen Alter von 100 Jahren immer noch am Schreibtisch sitzt, um Woche für Woche die Zeilen ihrer eigenen Rubrik „Ostpreußische Familie" im *Ostpreußenblatt* zu füllen und damit Menschen aus aller Welt, die sich mit ihren Fragen nach Ostpreußen an sie richten, zu helfen.

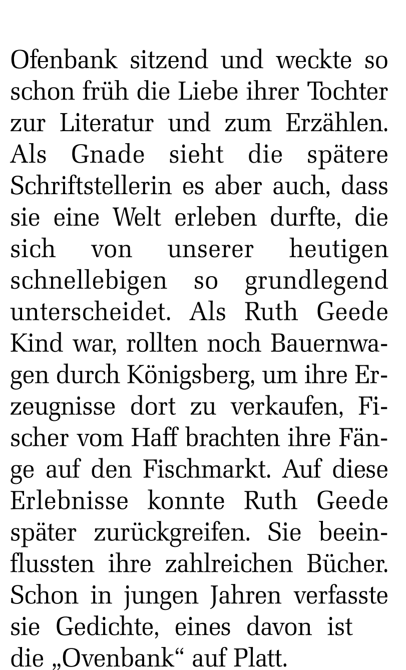


In jungen Jahren

Als Ruth Geede am 13. Februar 1916 als Sechseinhalb-Monats-Kind viel zu früh in Königsberg das Licht der Welt erblickte, war Krieg. Trotz des Hungerswinters gelang es der Mutter, das nur 36 Zentimeter große Baby ohne Brutkasten durchzubringen. Ihre frühe Kindheit schildert Ruth Geede als wunderbare Zeit. Während einst Bundeskanzler Helmut Kohl das Wort von der „Gnade der späten Geburt" prägte, spricht Ruth Geede von der „Gnade der frühen Geburt". Damit meint sie, dass ihr die Gnade einer Kindheit voller Liebe zuteil geworden ist, aber auch, dass sie als fünftes und jüngstes Kind verwöhnt wurde. Die Mutter erzählte ihr Geschichten auf der Ofenbank sitzend und weckte so schon früh die Liebe ihrer Tochter zur Literatur und zum Erzählen. Als Gnade sieht die spätere Schriftstellerin es aber auch, dass sie eine Welt erleben durfte, die sich von unserer heutigen schnellebigen so grundlegend unterscheidet. Als Ruth Geede Kind war, rollten noch Bauernwagen durch Königsberg, um ihre Erzeugnisse dort zu verkaufen, Fischer vom Haff brachten ihre Fänge auf den Fischmarkt. Auf diese Erlebnisse konnte Ruth Geede später zurückgreifen. Sie beeinflussten ihre zahlreichen Bücher. Schon in jungen Jahren verfasste sie Gedichte, eines davon ist die „Ovenbank" auf Platt.

In ihrem weltoffenen Elternhaus – Vater Emil war Quästor an der Königsberger Universität Albertina, Mutter Maria geborene Reinecker entstammte einer schweizer Exulantenfamilie – verkehrten interessante Menschen. Persönlichkeiten der ostpreußischen Gesellschaft, aber auch Reisen nach Insterburg oder auf die Kurische Nehrung, prägten die junge Ruth Geede. So lernte sie früh das Land kennen, was ihr bei ihrer späteren Arbeit für die „Ost-preußische Familie" zugute kam.

Prägend wurden für Geede vor allem auch die Begegnungen mit der bekannten ostpreußischen Dichterin Agnes Miegel. Die erste erlebte sie gar nicht mal bewusst, denn da war sie erst sechs Jahre alt. Sie durfte ihren Vater häufig in die Universität begleiten und so sah sie die Dichterin im Säulengang der Albertina anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Agnes Miegel. Bei einer späteren Begegnung ermunterte Miegel das Nachwuchstalent zum Schreiben. „Schreiben Sie, Kind, schreiben sie. Das ist gut!", sagte sie. Miegel wurde zu Geedes Mentorin. Beide arbeiteten bis zur Flucht in Königsberg. Nach dem Krieg hielten sie Kontakt und Ruth Geede besuchte Miegel öfter in ihrem Wohnort Bad Nenndorf. Ruth Geede schrieb die Laudatio zu Miegels 70. Geburtstag. Dem Schreiben und den schönen Künsten war die junge Geede zugetan, der Schule jedoch weniger. Sie besuchte das Bismarck-Oberlyzeum. Sie sang im Hartungschen Chor der Singakademie, las begeistert die Bücher ihrer älteren Geschwister, darunter zahlreiche Klassiker.



Geehrte Schriftstellerin: Die *PAZ*-Autorin Ruth Geede

Die größte Zäsur im Leben der Jubilarin brachte der Zweite Weltkrieg und damit der Verlust der Heimat Ostpreußen. Ihre abenteuerliche Flucht zu schildern würde Seiten füllen. Sie verlief im Zickzack und wie bei ihrer Geburt muss ein Schutzengel ihr zur Seite gestanden haben, der sie und ihre Familie vor dem Schlimmsten bewahrte. In Dahlenburg fand sie ein neues Zuhause.

Von 1945 bis 1948 arbeitete Ruth Geede als Bibliothekarin, was sie aber nicht von ihrer großen Leidenschaft, dem Schreiben, abhalten konnte. In dieser Zeitspanne schrieb sie Schauspiele für Kinder und gab das Kinderjahrbuch „Das Karussell" heraus. So setzte sie ihr schriftstellerisches Werk fort, das 1935 mit dem „Lävensstruuß" in Königsberg begonnen hatte, einem Buch mit plattdeutschen Sagen und Geschichten, das später in einem Gesamtwerk von über 50 Büchern mit Lyrik, Prosa, Hörspielen, Bühnenstücken und Reiseführern mündete. Schon als 17-Jährige hatte Ruth Geede, nachdem sie mutig vorgesprochen und ein selbst geschriebenes Märchen eingereicht hatte, beim Reichssender Königsberg die „Kunterbunte Kinderstunde" mitgestaltet.



Mit Mentorin und Freundin Agnes Miegel (r.)

Nach der Flucht in Dahlenburg gelandet, hieß es zunächst einmal, kleine Brötchen backen. 1948 begann Geede ein Volontariat bei der Landeszeitung Lüneburg, für die sie später viele Jahre aus Hamburg berichtete. 1955 heiratete sie Guenter Vollmer-Rupprecht, einen Deutschen aus Chile, einen Exportkaufmann, der als Reise- und Wirtschaftsjournalist arbeitete. Beide gründeten ein Redaktionsbüro in Hamburg. Es erschienen viele journalistische Arbeiten unter ihrem Ehenamen Vollmer-Rupprecht. Als Schriftstellerin verwendete sie jedoch weiterhin ihren Mädchennamen Geede.

1979 übernahm Ruth Geede die Rubrik „Ostpreußische Familie" von ihrer Vorgängerin Ruth Maria Wagner, die ebenfalls aus Königsberg kam. Sie war es, die ihre Kollegin Anfang der 50er Jahre zum *Ostpreußenblatt* brachte. Ursprünglich eine Art Schwarzes Brett, entwickelte sich aus der „Familie" eine wichtige Institution, an die sich schon Suchende aus aller Welt gewendet haben. Sie ist gleichsam zu einem Forum eines Volksstammes geworden. Mit preußischer Disziplin und Leidenschaft bearbeitet Ruth Geede seitdem jede noch so aussichtslos erscheinende Anfrage ihrer Leser. Die Erfolge ermutigten sie, auch weit übers Rentenalter hinaus weiterzumachen. An ein Ende ist noch lange nicht zu denken. Die Leser danken es ihr. Sie nennen die vielfach ausgezeichnete Journalistin und Schriftstellerin liebevoll „Mutter der ostpreußischen Familie". Eine ähnliche Huldigung wurde zuvor nur Agnes Miegel zuteil. Ruth Geede verkörpert bis heute Ostpreußen und seine Menschen. Ihr Verdienst ist es, unzählige Wünsche erfüllt zu haben, Menschen zusammenzubringen, aber auch alte Bücher, vergessene Gedichte und Lieder wieder zu entdecken.

Belohnt für ihren Einsatz wurde Ruth Geede neben dankbaren Leserzuschriften und vollen Lesungen auch mit zahlreichen Auszeichnungen: 1985 wurde ihr das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Der Preußenschild, die höchste Auszeichnung der Landsmannschaft Ostpreußen, wurde ihr im Jahr 2000 auf deren Deutschlandtreffen in Leipzig verliehen.

Dass sie nun das biblische Alter von 100 erreicht, kann Ruth Geede selber noch gar nicht fassen. Was sie sich noch wünscht? Ihr größter Traum ist es, das Buch „Das Saatkartoffelchen" noch fertig zu schreiben, ein Buch über ihre Kindheit in Königsberg in den 20er und 30er Jahren. Doch da steht ja noch die wöchentliche „Familie" an. Unabhängig davon, ob dieser Wunsch in Erfüllung geht, steht jetzt schon fest: Der Name Ruth Geede ist in den Anthologien neben bedeutenden Ostpreußen wie Alfred Brust, Lovis Corinth, Simon Dach, E.T.A. Hoffmann, Agnes Miegel, Louis Passarge, Arno Surminski und vielen anderen zu finden. Für viele *PAZ*-Leser ist Ruth Geede heute schon eine lebende Legende.

Manuela Rosenthal-Kappi

In den 30er Jahren mit Chauffeur (u.), Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Bande durch den Regierungspräsidenten von Lüneburg, Dr. Klaus Becker

alle Bilder: privat





1955 Heirat mit dem deutsch-chilenischen Guenter Vollmer-Rupprecht auf dem Brander Hof, Schenefeld (li.)
Bei einer Lesung mit dem Heimatfreund und Schauspieler Herbert Tennigkeit (u.)



Zu Hause in Niendorf



Das neue Bett

Von Ruth Geede

Am Morgen war die Friseurin gekommen. Sie hatte das weiße Haar gewaschen und geföhnt und versucht, die dünnen Strähnen zu toupieren und festzustecken. „Sie sollten sich doch zu einer Zweitfrisur entscheiden wie die Frau Wolff. So ein hübscher, weißer Bob sieht doch gut aus und ist viel praktischer.“

„Ich und eine Perück'?“ Die Marie Kattern hatte gelacht. „Nu bin ich all hundert und soll mir noch so'nen falschen Willem anstekken!“ Die Friseurin hatte nur mit den Schultern gezuckt: „So, das hätten wir!“ Das weiße Haar sah nun fülliger aus. An einigen Stellen schimmerte aber doch die rosa Kopfhaut durch wie bei einem Neugeborenen.

Als die Friseurin die Spraydose nahm, schob die alte Frau sie fast unwirsch zu Seite: „Nu is aber genug gefummelt!“

Dann kam das neue Kleid an die Reihe. Der Enkelsohn – war es der Jürgen, war es der Christian, man kam ja ganz durcheinander! – hatte es geschickt. Schwester Anna nahm es fast feierlich aus dem Seidenpapier des Kartons. „Das hat aber eine Stange Geld gekostet, Oma Kattern!“

Die alte Frau befingerte den dunkelblauen Stoff, der sich kühl und glatt anfühlte. „Ist das etwa echte Seide? Was soll das bloß!“ Schwester Anna nahm sie in den Arm und wiegte sie ein wenig. „Wer wird denn schon hundert Jahre? Sie sind die erste hier in diesem Haus, das muss doch festlich begangen werden.“ Sie streifte ihr das Kleid über, die Friseurin half dabei.

Dann legte sie der alten Frau die Bernsteinkette um den Hals, die schon auf dem Tisch bereitlag.

„So, nun sehen Sie aber fein aus, Oma Kattern. Wir bringen Sie jetzt nach unten, denn um elf Uhr kommt der Herr Bürgermeister, da müssen wir pünktlich sein.“

Die Marie Kattern schlurfte, gestützt auf den Arm der Schwester, zum Fahrstuhl. In der Empfangshalle standen viele Menschen, vor ihren müden Augen wurden sie zu einem großen Schatten. Das Stimmengewirr ließ sie zusammenzukken, aber Schwester Anna führte sie behutsam zum Besucherzimmer, aus dem ihr ein starker Geruch entgegenkam. Nicht nach einem Putzmittel, es roch nach Blumen: Rosen, Nelken, Flieder, Maiglöckchen – es duftete betäubend. Sie wurde in einem großen Sessel gesetzt, über dem ein Schild hing: „100 Jahre – wir gratulieren.“

Schwester Anna wollte ihr eine Decke über die Knie legen, aber sie wehrte ab. Fast zärtlich strichen die dünnen, blaugeäderten Hände über den Stoff des Kleides.

Langsam füllte sich der Raum. Die Oberschwester kam mit kurzen, schnellen Schritten und legte der Marie Kattern einen Rosenstrauß in den Schoß. Sie flüsterte mit vor Erregung heiserer Stimme: „Das Fernsehen soll auch kommen. Sie wollen über unser Haus berichten. Ihr hundertster Geburtstag ist dazu ein guter Anlass, Oma Kattern.“ Die alte Frau blickte in Gesichter, die um sie einen Kreis bildeten und die sie nicht erkennen konnte. „Is der Fritz schon da?“

„Meinen Sie Ihren Sohn, Oma Kattern?“

„Na, wen sonst: meinen Fritz!“

Die Oberschwester zuckte mit den Schultern und sah Schwester Anna an. Die beugte sich vor: „Er hat ein Telegramm geschickt, ich lese es Ihnen nachher vor. Sie wissen, er hatte schon vorher geschrieben, dass die Beine nicht mehr so wollen, er hat ja Arthritis, und da wäre ihm die Reise schwer gefallen.“

„So, so“, murmelte die Frau, „kann nicht kommen. Und ist nicht einmal achtzig, der Jung'!“

„Aber Ihre Enkel sind schon da, zwei oder drei, auch ein paar Urenkel und sogar ein Ururenkelchen. Sie werden nachher alle gratulieren. Denn soeben ist der Bürgermeister gekommen.“

Von der Empfangshalle kam eine Welle der Erregung. Der Schwesternchor begann zu singen: „Bis hierher hat mich Gott gebracht...“ Einige Menschen, die sich in den kleinen Raum gedrängt hatten, fielen ein. Die Oberschwester kam, die alte Frau hörte es an dem schnellen Schritt.

„Der Herr Bürgermeister möchte Ihnen persönlich gratulieren, Frau Kattern!“

Auf einmal bin ich Frau Kattern, dachte die Greisin, sonst bin ich doch immer die Oma!

Sie sah einen großen Schatten auf sich zukommen, fühlte, dass ihre Hände, die noch immer auf den Knien lagen, ergriffen wurden. Eine Männerstimme sagte sehr laut an ihrem Ohr: „Unsere Stadt möchte Ihnen zum hundertsten Geburtstag gratulieren, liebe Frau Kattern. Sie sind nunmehr unsere älteste Mitbürgerin, und das wissen wir zu würdigen.“

Blumen, die sich auf ihrem Schoß häuften, kühl und feucht, eine große Männerhand auf ihrer Schulter. Die Schwestern begannen wieder zu singen: Lobe den Herrn ...

Sie saß etwas verwirrt in dem großen Stuhl, sah in Gesichter, die sie nicht erkannte, vernahm den Atem der Menschen. Und wieder die laute Männerstimme: „Liebe Frau Kattern, wer hundert Jahre alt geworden ist, dem soll auch ein Herzenswunsch erfüllt werden. Ich übergebe nunmehr Oberschwester Ehrengard einen Scheck als Geburtstagsgabe der Stadt, über den Sie nach eigenem Ermessen verfügen können.“

Es war auf einmal sehr still in dem kleinen Raum, nur von der offenen Türe hörte man ein Flüstern: „Was soll man sich denn mit hundert Jahren noch wünschen?“

„Ein Bett!“ sagte die Marie Kattern.

In das Schweigen hinein kam die Stimme sehr laut: „Ich weiß nicht, ob ich Sie richtig verstanden haben, Frau Kattern. Sie dürfen sich einen ganz besonderen Wunsch erfüllen.“

„Ein Bett!“ sagte die Marie Kattern.

Die Oberschwester beugte sich vor. „Aber bitte, Herr Bürgermeister, hier muss ein Missverständnis vorliegen. Frau Kattern ist sicher etwas verwirrt von der Aufregung. Sie hat wohl nicht begriffen, dass...“

Die alte Frau stieß sie mit dem Ellbogen zur Seite. „Ich hab' schon kapiert, ich bin noch klar im Kopf. Für den Scheck darf ich mir was wünschen, hat der Bürgermeister gesagt, und das wird dann auch gekauft. Und so wünsch' ich mir ein Bett!“

Die Oberschwester verkrampfte die Hände. „Ich verstehe das nicht, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Frau Kattern hat doch ein neues, hochmodernes Bett. Sie wissen ja von der Einweihung, dass wir hier in dem Neubau dank der Hochherzigkeit der Stadt Betten haben, die allen pflegerischen Anforderungen gerecht werden, damit wir selbst den Bettlägerigen ihr Schicksal erleichtern können. Mit Haltebügeln, verstellbarem Kopf- und Fußteil, mit ...“

„Ja, ja, ich weiß“, unterbrach sie der Bürgermeister, „aber ich möchte es nun von unserer Jubilarin wissen, warum sie sich ein Bett wünscht.“

Die Marie Kattern holte tief Luft. „Ja, das ist eigentlich eine lange Geschichte, lieber Herr. Sie müssen verstehen, ich hab' noch nie in meinem Leben ein eigenes Bett gehabt. Vor hundert Jahren, als ich geboren wurde, waren meine Eltern arme Leute. Ach nein, so arm auch wieder nicht, gehungert haben wir ja nicht, aber wir wohnten im Abbau, und wir waren neun Kinder. Ich war die Zweitälteste und musste immer mit einer Schwester in einem Bett schlafen – zuerst war es die Anna, aber die starb schon früh, dann war es die Liese. Wir hatten nur eine Zudeck, und die langte nicht für zwei, was haben wir manchmal gefroren im Winter, wenn die Wände voll Eis waren, geheizt wurde ja die Kammer nicht. Und darum ist das Lieschen auch gestorben.“

Sie schwieg. Ihre Augen wanderten über die Köpfe hinweg und blickten ins Leere.

„Und dann kam ich mit vierzehn in den Dienst als Kleinmädchen. Da hatte ich eine warme Kammer, aber das Bett war eine Lade, die war mit Stroh gefüllt, und abends wurde sie ausgezogen. Aber ich konnte nicht klagen, nein, das wär' ja eine Sünde gewesen. Wir bekamen gut zu essen, wissen Sie, der Herr handelte mit Vieh und hatte ein schönes Haus, und ich wär' da für immer geblieben, wenn ich nicht meinen Gustav kennen gelernt hätte. Ich war noch nicht einmal achtzehn, als wir heirateten.“

Ihr dünner Mund lächelte, sie wiegte den Kopf. „Naja, da war das mit dem Bett in der Lade vorbei, denn im Insthaus, in das wir zogen, waren keine Möbel, und Geld hatten wir auch nicht. Wir holten uns aus einer Kate, wo die Leute verstorben waren, Tisch und Stühle und auch ein Bett, das war noch ganz gut, und es hat gehalten, weil der Friedrich es immer wieder repariert hat, das konnte er. Und ...“ Sie kicherte vor sich hin, „... wir haben schön drin geschlafen, und ich hab' meine Kinder drin geboren. Sechs haben wir bekommen, zwei starben an der Bräune, ich glaub', heute sagen sie anders, Dif..., Dif ...“

„Diphtherie?“ fragte Schwester Anna.

„Ja, ja, aber heute sterben die nicht mehr dran wie mein Karlchen und das Minchen. Und der Franz wurd' auch nicht groß, der brach im Eis vom See ein. Mit dem Fritz und der Lotte ging ich dann auf die Flucht, der Älteste, der Johann, war ja schon eingezogen ...“

Sie fuhr unruhig mit der Hand durch die Blumen, begann sie zu zerpflücken.

„Mein Gott, soviel hat sie noch nie erzählt“, flüsterte Schwester Anna. Die Oberschwester warf dem Bürgermeister einen Blick zu und hob die Schultern. Aber er sah nicht zu ihr hin, sondern beugte sich zu der alten Frau: „Und weiter, Frau Kattern, und weiter!“

„Naja, da haben wir erst im Wald schlafen müssen oder in irgendeiner Scheune, ach wissen Sie, lieber Herr, sauberes Stroh ist schon was Gutes. Der Gustav kam nicht wieder, er wurde verschleppt und ist dann in Sibirien verstorben. Aber der Johann hat uns gefunden, na, und der war jung und kräftig und hat dann auch bald geheiratet, eine tüchtige Frau, und ich hab' es gut bei ihnen gehabt. Aber ein neues Bett hatte ich auch nicht, das erste haben wir von der Besatzungsmacht bekommen, für sie waren Möbel beschlagnahmt worden, aber solche alten wollten sie nicht. Naja, und später hab' ich dann ein anderes bekommen, aber das war auch nicht neu, gebraucht war eben billiger.“

Wieder schwieg sie eine Weile, sie wirkte sehr erschöpft. Im Raum entstand Unruhe. „Lassen Sie mal, Frau Kattern“, sagte die Oberschwester, „Sie haben genug erzählt, wir wissen jetzt alles.“

„Alles?“ Sie hoben die Augen, ihre Stirne wurde faltig wie ein Spinnennetz. „Sie müssen doch noch wissen, dass ich dann in ein Heim kam, als der Johann starb, zuerst in ein altes Haus, das war nicht gut, da lag ich in einem Bett mit einer tiefen Kaule. Nicht so wie hier, wo alles so schön hell und sauber ist ...“

„... und sie in einem neuen, schönen Bett schlafen!“, sagte die Oberschwester mit spürbarem Aufatmen.

„Neu? Naja, aber da ist doch, kurz bevor ich herkam, die Lindemann drin gestorben, das hat mir die Frau Meyer gesagt. Das stimmt doch?“ Räuspern, Schweigen.

Dann sagte der Bürgermeister mit lauter Stimme: „So, und jetzt wünschen Sie sich also ein neues Bett, Frau Kattern?“

„In dem noch niemand außer mir gelegen hat!“ nickte die Greisin und lächelte, dass sich ihr dünner Mund in viele kleine Fältchen auffächerte. Aber gleich wurde ihr Blick misstrauisch. „Langt das auch, ich meine, das Geld?“

„Aber ja“, nickte der Bürgermeister, „reichlich sogar, da können Sie sich noch einen Wunsch erfüllen.“

„Noch einen?“ Sie sah zu ihm hoch, und ihre Augen waren auf einmal hell und klar. „Dann wünsche ich mir einen Engel.“

„Engel gibt es viele, liebe Frau Kattern. Auch lebende, wie unsere Schwestern hier beweisen.“ Er nickte in die Runde, und die Schwestern lächelten dankbar zurück.

„Nein, nein, ich meine einen gemalten Engel. Wissen Sie, bei dem Viehhändler, wo ich im Dienst war, hing im Schlafzimmer über dem Ehebett ein Bild. Darauf war ein Engel gemalt, der war so groß wie ein Mensch, und der hatte Flügel wie ein Schwan oder noch größer, und die hatte er ausgebreitet, als wollte er die Menschen darunter schützen. Hat er auch, denn ich hab' später gehört, dass alle heil durch Krieg und Flucht gekommen sind.“

„Und solch ein Engelbild wollen Sie haben?“, fragte der Bürgermeister.

„Ja, davon hab' ich ein Leben lang geträumt. Aber ich hab' nie gesagt, zu so was hätt' doch nie das Geld gelangt. Aber nun, wo Sie mich fragen, nun wünsch' ich es mir. Nicht solch großes wie bei dem Viehhändler, man bloß ein kleines, das über meinem Bett Platz hat. Aber die Flügel muss der Engel ausgebreitet haben, so ...“ Sie hob mühsam die Arme. „Wissen Sie, lieber Herr, dann kann ich ruhig sterben.“

Der Bürgermeister griff nach ihren Händen. „Sie bekommen das Bett und den Engel, Frau Kattern!“

„Und dazu muss man hundert Jahre alt werden“, sagte eine Stimme. Aber die war kaum hörbar in der geräuschvollen Unruhe, die von der Halle in den Raum drang.

Das Fernsehen war gekommen.

Östlich von Oder und Neisse

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus

Wie der Betreuer der Mannschaft der Deutschen Minderheit in der Republik Polen sich auf die »Europeada« in Südtirol vorbereitet

Im Juni wird die dritte Fußball-Europameisterschaft der nationalen und ethnischen Minderheiten „Europeada“ in Südtirol stattfinden. Die Mannschaft der deutschen Volksgruppe aus der Republik Polen wird dort bereits zum zweiten Mal dabei sein.

Rafal Nocon, der Betreuer der Mannschaft, hat für den Juni bereits das Quartier in Olang im Pustertal gebucht. „Dieses Mal soll in der Vorbereitung nichts schiefgehen“, erklärt Nocon und schaut dabei aber nicht allein auf die rein funktionalen Fragen der Organisation. Bei der Premiere 2012 in der Oberlausitz bei den gastgebenden Sorben waren einfach zu viele Spieler dabei, die zwar eine deutsche Herkunft nachweisen konnten, sprachlich aber für Verwirrung sorgten. Mancher sorbische Spieler schaute damals nicht schlecht, als es am Mittelkreis zur Begrüßung schon keine echte Entgegnung auf einfache deutsche Begrüßungsfloskeln gab. Dies wog im Grunde schwerer als die deutliche Niederlage gegen die Gastgeber.

Nocon hat nun in der vergangenen Woche bereits das Haus der Sorben in Bautzen besucht, um über die „Europeada“ 2016 hinaus die geografische Nähe der beiden Volksgruppen zu nutzen und sportlichen Austausch über Europaprojekte anzubahnen. Gefallen fand in Bautzen auch die Idee, vor der „Europeada“ ein Testspiel beider Mannschaften zu organisieren.

„Die deutsche Minderheit ist im Bereich Sport bislang überhaupt nicht aktiv und wir sind auf der Suche nach Projekten, um die Jugend überhaupt zu aktivieren“, betont Nocon. Seit etwa vier Jahren gibt es zarte Bemühungen, über den Sport die Jugend zu binden und nach Möglichkeit so auch sprachlich an das deutsche Volkstum heranzuführen. Immerhin ist das Bekenntnis zu deutschen Spielern aus Polen wie Miroslav Klose (Oppeln), Rafael Schäfer (Cosel) oder Piotr Trochowski (Dirschau) enorm identitätsstiftend wie überhaupt die Bundesliga bei vielen Stolz auf die eigene Herkunft vermittelt. In Reinschdorf [Renska Wies] bei Cosel organisierte der DFK-Vorsitzende Tomasz Kandziora ein Fußballturnier, bei dem die teilnehmenden Orte mit historischen und auch fiktiven deutschen Vereinsnamen antraten. Auf dem Platz hörte man dann jedoch selten einen deutschen Fußballbegriff. Ähnlich ernüchternd läuft das Training auch in den „Miro-Fußballschulen“ an, die die Deutsche Minderheit in manchen Dörfern um Oppeln ins Leben gerufen hat. Nocon resümiert: „Wir sind auf der Suche nach weiteren Projekten und unser Ziel ist, einen deutschen Sportverein in Oberschlesien zu gründen. Die Miro-Fußballschulen sind ein guter Anfang, aber ich bin der Meinung, wir müssen auch ein Leuchtturmprojekt mit einem ambitionierten Verein schaffen. Und ein zentrales Projekt in einer Stadt wäre aus meiner Sicht etwas ganz anderes als die bisherige Beschränkung auf die Dörfer.“ Für ein bereits bewilligtes Projekt hat Nocon so bereits als Partner Polonia Wilna gefunden, die im litauischen Sport ernsthaft mitmischt und nicht nur im Breitensport vertreten ist.

Hier klingt also Kritik am bisherigen offiziellen Konzept der Deutschen Minderheit an, hat doch die Minderheit nur den halben ausgestreckten Arm des DFB ergriffen. Der in Oberschlesien geborene Vorsitzende des Niedersächsischen Fußballverbandes, Karl Rothmund, hätte gerne ein großes Projekt mit Partnerschaft der Minderheit und des polnischen Fußballverbandes gesehen. Unterstützung wird es wohl geben, doch ohne polnischen Partnerverband wird der ganz große mediale Erfolg oder der Besuch eines Miroslav Klose bei den Deutschen in der Republik Polen vermutlich ausbleiben. Zur Mentalität gehört heute noch immer die Angst vor der eigenen Courage. Ein polnischer Partner – damit gäbe man doch die Kontrolle aus der Hand. „Die Miro-Fußballschulen werden aber für kleine Kinder auf den Dörfern gegründet. Wenn wir es schaffen würden, einen guten Verein zentral in Oberschlesien zu platzieren, hätten wir bessere Chancen, gute Partner zu finden“, findet Nocon.

Der Traditionsname „Oppelner Sportfreunde“ macht seit vier Jahren die Runde, doch die dörflich geprägte Minderheit geht mit diesem bislang eben nicht in die Stadt. Und so ist der Status quo kurioserweise nun der, dass der Oppelner Bezirksverband der Deutschen Minderheit auf viele kleine Fußballschulen setzt. Es ist der schnelle Erfolg im Kleinen, mit dem man in der Politik rasch Erfolg heischen kann. Deutsche Politiker kommen und loben die Arbeit mit den Kindern, die schon aufgrund der sprachlichen Fertigkeiten der meisten Trainer der Fußballschulen nicht wirklich in der deutschen Sprache münden kann. Ein schwieriger Spagat für Nocon, der die Fußballschulen durchaus gutheißt, als Vorstandsmitglied der von der Deutschen Minderheit getragenen „Deutschen Bildungsgesellschaft“ mit dieser aber gleichzeitig eine Art Schirmherrschaft über den in der Minderheit organisierten Sport hat und ein echtes leistungssportliches Leuchtturmprojekt anstrebt. Doch ein solches setzt einen viel längeren Atem und weniger politische Kurzzeitstrategie voraus. *Edmund Pander*



ZUM 101. GEBURTSTAG

Zeiger, Elfriede, geb. **Schmidt**, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 18. Februar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Geede, Ruth, aus Königsberg, am 13. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Gollub, Ernst, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 15. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Heß, Lotte, geb. **Kiekel**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 17. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hantel, Hela, geb. **Eggers**, aus Havendorf, am 12. Februar
Höper, Dr. Edith, geb. **Becker**, aus Lyck, Yorkstraße, am 17. Februar
Kalledat, Ernst, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 15. Februar
Porr, Waltraut, geb. **Rumler**, aus Malkienen, Kreis Lyck, am 15. Februar
Wiemer, Elfriede, geb. **König**, aus Lehmau, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Zapalowski, Ruth, geb. **Bienk**, aus Ortelsburg, am 14. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bartsch, Erika, geb. **Greczyk**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 16. Februar
Kallweit, Paul, aus Eidkuhnen Memel, Kreis Neidenburg, am 12. Februar
Lauff, Karl, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 17. Februar
Lutat, Walter, aus Kurrenberg, Kreis Elchniederung, am 15. Februar
Naglatzki, Herta, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, und Neidenburg, am 13. Februar
Rohde, Gerda, geb. **Steinort**, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Samorey, Marie, geb. **Krajewski**, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 12. Februar
Sturies, Ellida, geb. **Schenk**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 14. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Buttgereit, Herta, geb. **Berger**, aus Kreuzdorf, Kreis Treuburg, am 15. Februar
Fech, Agnes, geb. **Hoffmann**, aus Jägerkrug, Kreis Elchniederung, am 13. Februar
Jendrysik, Elsa, geb. **Unruh**, aus Germau, Kreis Samland, am 14. Februar
Koch, Ursula, geb. **Kienapfel**, aus Wehlau, am 15. Februar
Ladda, Hedwig, geb. **Schall**, aus Lötzen, am 17. Februar
Lelewell, Herta, geb. **Preuß**, aus Lyck, Morgenstraße 33, am 13. Februar
Mende, Elli, geb. **Treppke**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 13. Februar
Pankewitz, Willi, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 16. Februar
Preuk, Thusnelda, geb. **Ernst**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 15. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Kalwellis, Edith, geb. **Hoffmann**, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Miesczinski, Hildegard, aus Pobethen, Kreis Samland, am 12. Februar
Schulze, Elisabeth, geb. **Gerlach**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 18. Februar
Spogahn, Emmi, geb. **Scgieweck**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 12. Februar
Teiwes, Martha, geb. **Schliffski**, aus Ortelsburg, am 12. Februar
Vongehr, Erna, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Zlomke, Horst, aus Opitten, Kreis Preußisch Holland, am 14. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Banz, Heinrich, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 16. Februar
Breitsprecher, Elsa, geb. **Pohlanz**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 18. Februar
Czarnetzki, Hildegard, geb. **Symanowski**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 18. Februar
Czossek, Otti, geb. **Samulowitz**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 12. Februar
Geithel, Else, geb. **Drossmann**, aus Ebenrode, am 17. Februar
Hennig, Marianne, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 13. Februar
Neumann, Gisela, geb. **Rogge**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Nickel, Liesbeth, aus Wotzlaff, Kreis Danziger Niederung, am 14. Februar
Reinke, Gerda, geb. **Hoffleidt**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 17. Februar
Rupietta, Gustav, aus Neidenburg, am 15. Februar
Schlaud, Lydia, geb. **Heinrich**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 17. Februar
Thiel, Else, geb. **Domnick**, aus Alexwangen, Kreis Samland, am 14. Februar
Tomkowitz, Kurt, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 13. Februar
Zickermann, Elisabeth, geb. **Piotrowski**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 12. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Browarzik, Else, geb. **Raffalski**, aus Bittkau, Kreis Treuburg, am 18. Februar
Contzen, Edith, aus Klingsporn, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. Februar
Fischer, Lydia, geb. **Schulz**, aus Budeweg, Kreis Elchniederung, am 13. Februar
Gathmann, Elfriede, geb. **Pruß**, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 16. Februar
Happach, Hildegard, geb. **Krause**, aus Liska-Schaaken, Kreis Samland, am 12. Februar
Heinecke, Eva, geb. **Kinder**, aus Neidenburg, am 12. Februar
Juszkiewicz, Margarete, aus Lyck, am 12. Februar
Karsten, Käte, geb. **Bajohr**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Kiehr, Hanna, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 16. Februar
Kokott, Ida, geb. **Salenga**, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, am 13. Februar
Maas, Lotte, geb. **Rajewski**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Rautenberg, Alfred, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. Februar
Saathoff, Frieda, geb. **Festerling**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Schneider, Brigitte, geb. **Kotowski**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 6, am 17. Februar
Sommer, Hans, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 16. Februar
Stralla, Johann, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Barsties, Wilhelm, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Borowy, Siegfried, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 16. Februar
Dennig, Kurt, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. Februar
Dreier, Bruno, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 13. Februar
Grünwald, Dr. Gisela, geb. **Giesebrecht**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 12. Februar
Hellwich, Roland, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Krahn, Waltraud, geb. **Hempler**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 12. Februar
Kundoch, Heinz, aus Angerburg und Königsberg, am 13. Februar
Marks, Elfriede, geb. **Sperrhacke**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Recht, Waltraut, geb. **Wedler**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Siebert, Hilda, geb. **Basmer**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 15. Februar
Wenzek, Max, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 16. Februar
Wischnewski, Christel, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 14. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Adam, Ruth, geb. **Schultz**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 14. Februar
Barczewski, Walter, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 14. Februar
Bischoff, Ella, geb. **Libuschewski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 12. Februar
Büsgen, Irmgard, geb. **Hahn**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Dangeleit, Kurt, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 15. Februar
Embacher, Helmut, aus Worfengrund, Kreis Ortelsburg, am 14. Februar
Flachsland, Magdalene, geb. **Lupp**, aus Erlenhagen, Kreis Ebenrode, am 12. Februar
Flerlage, Anna, geb. **Krebs**, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, am 12. Februar

Wir gratulieren ...
Fortsetzung auf Seite 16

Termine der LO

2016

11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg
15. bis 17. April: Seminar der Kulturreferenten in Helmstedt
18. bis 20. April: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
18. Juni: Sommerfest im ostpreußischen Allenstein
25. bis 26. Juni: IV. Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Sensburg
9. bis 11. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. Oktober: Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)
31. Oktober bis 2. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 13. Februar, 11.30 Uhr, NDR: Unsere Geschichte – Was den Norden bewegte (72): Meine Flucht 1945 – Norddeutsche erinnern sich.
Sonnabend, 13. Februar, 11.30 Uhr, MDR: Der Tag nach dem Feuersturm – Das Panorama Dresden 1945.
Sonnabend, 13. Februar, 13.20 Uhr, HR: Herrscher ohne Krone. Historienmelodram über Johann Friedrich Struensee, D 1956.
Sonntag, 14. Februar, 11.15 Uhr, SWR/SR: Deutsche Dynastien (57): Die Bismarcks.
Sonntag, 14. Februar, 13.25 Uhr, Arte: Verdun – Sie werden nicht durchkommen! Dokumentation, F 2014.
Sonntag, 14. Februar, 16.30 Uhr, Phoenix: Sanssouci von oben. Dokumentation, D 2015.
Sonntag, 14. Februar, 16.50 Uhr, 3sat: Geliebter Johann Geliebte Anna. TV-Kostümromanze über Erzherzog Johann und Anna Plochl, A 2009.
Sonntag, 14. Februar, 18.30 Uhr, Phoenix: Das Drama von Dresden.
Sonntag, 14. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Sinn und Sinnlichkeit. Literaturverfilmung, USA/GB 1995.
Sonntag, 14. Februar, 22 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Wroclaws neuer Klang – Musik in der Europäischen Kulturhauptstadt 2016.
Montag, 15. Februar, 22.45 Uhr, Das Erste: Milliarden für Millionäre – Wie der Staat unser Geld an Reiche verschenkt.
Montag, 15. Februar, 1.35 Uhr, Arte: Der Agent – Verrat und Doppelspiel bei der Stasi. Dokumentation, D 2012.
Dienstag, 16. Februar, 10.30 Uhr, Einsfestival: Patientenabzocke – Wohin geht das Geld im Gesundheitssystem?
Dienstag, 16. Februar, 20.15 Uhr, RBB: Geheimnisvolle Orte: Der Alexanderplatz.
Dienstag, 16. Februar, 22.05 Uhr, MDR: Wie der Kudamm nach Karl-Marx-Stadt kam – Der Westen im DDR-Film. Dokumentation, D 2013.
Dienstag, 16. Februar, 22.45 Uhr, HR: Geheimnisvolle Orte: Hitlers U-Boot-Bunker.
Mittwoch, 17. Februar, 15 Uhr, ZDFinfo: The Unknown Known. Dokumentation über Donald Rumsfeld, USA 2013.
Mittwoch, 17. Februar, 15.45 Uhr, Einsfestival: Der geplünderte Staat – Geheime Milliarden-Deals in Deutschland.
Mittwoch, 17. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Fremde Heimat – Das Schicksal der Vertriebenen nach 1945. Dokumentation, D 2011.
Donnerstag, 18. Februar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 500 Jahren: Die englische Königin Maria Tudor geboren.
Freitag, 19. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Konzerne klagen, wir zahlen – Wie Schiedsgerichte den Rechtsstaat aushebeln.



Wir gratulieren ...
Fortsetzung von Seite 15

Frömel, Erika, geb. **Stramm**, aus Ihlnicken, Kreis Samland, am 14. Februar
Gerull, Edith, geb. **Szuggat**, aus Falkenhöhe, Kreis Elchniederung, am 18. Februar
Gronau, Gertrud, geb. **Blümel**, aus Wehlau, am 12. Februar
Hetkamp, Edith, geb. **Wilks**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 12. Februar
Hoffmann, Horst, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Hudewenz, Lieselotte, geb. **Pichlau**, aus Treuburg, am 15. Februar
Huffenbach, Helene, geb. **Bumann**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 13. Februar
Kudritzki, Gerhard, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 17. Februar
Kühn, Paul, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 16. Februar
Maletz, Karl, aus Reuschwerder, Kreis Neidenburg, am 14. Februar
Marquardt, Gisela, geb. **Kropeit**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Pawelzik, Heinz, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 13. Februar
Peise, Hildegard, geb. **Przykopp**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 17. Februar
Polleit, Helmut, aus Warnicken, Kreis Samland, am 16. Februar
Praetorius, Günther, aus Oswald, Kreis Elchniederung, am 13. Februar
Quest, Emma, geb. **Murach**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 13. Februar
Ruttkowski, Helmut, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 17. Februar
Schmidt, Erna, geb. **Kühn**, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Schneider, Gerhard, aus Königsberg, am 13. Februar
Schulz, Lucie, geb. **Neumann**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 14. Februar
Semmler, Herta, geb. **Kloß**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 15. Februar
Strojek, Heinz, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 18. Februar
Supkus, Helmut, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 17. Februar
Teller, Günter, aus Wehlau, am 12. Februar
Tiburczy, Edith, geb. **Raudies**, aus Eschenberg, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
Timsries, Günter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 18. Februar
Weber, Elfriede, geb. **Schwetblick**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 18. Februar
Zepik, Paul, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 14. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bavar, Hannelore, geb. **Kalweit**, aus Lyck, am 12. Februar
Bruns, Hanna, geb. **Wessel**, aus Wehlau, am 15. Februar
Fehr, Walter, aus Regeln, Kreis Lyck, am 12. Februar
Gerull, Waldemar, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Februar
Haak, Dorothea, geb. **Pawlowski**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Kabelitz, Inge, geb. **Knapp**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 12. Februar
Kallisch, Fritz, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 12. Februar
Kopp, Margarete, geb. **Plewka**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 13. Februar
Kossack, Rudi, aus Wehlau, am 14. Februar
Kowalzik, Hartmut, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 15. Februar
Krause, Martin, aus Liska-Schaaken, Kreis Samland, am 14. Februar
Lask, Alfred, aus Maihof, Kreis Lyck, am 18. Februar
Prigge, Ilse, geb. **Krause**, aus Hussehnen, Kreis Preußisch Eylau, am 17. Februar
Puchalski, Elfriede, geb. **Marzik**, aus Ruttkau, Kreis Ortelsburg, am 16. Februar
Schmidt, Irma, geb. **Sach**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 12. Februar
Tramer, Dora, geb. **Spitz**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Samland, am 14. Februar
Walker Edith, geb. **Bialowons**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 13. Februar
Warten, Eva, geb. **Gluminski**, aus Ortelsburg, am 15. Februar
Zapusek, Christel, geb. **Brozio**, aus Lyck, am 12. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Abel, Ingrid, geb. **Handelmann**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Februar
Breuhammer, Hartmut, aus Wehlau, am 12. Februar
Falcon, Sigrid, geb. **Bergmann**, aus Ortelsburg, am 14. Februar
Jebram, Peter, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 12. Februar
Maschitzki, Heinz, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 17. Februar
Maschitzki, Helmut, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 17. Februar
Nörenberg, Ingrid, geb. **Geisendorf**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 13. Februar
Platzek, Dietmar, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 17. Februar
Ratz, Ingrid, geb. **Lumma**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 14. Februar
Schubert, Sabine, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 15. Februar
Schwokowski, Prof. Dr. Christian, aus Lötzen, am 15. Februar
Toleikis, Alfred, aus Bersnicken, Kreis Samland, am 13. Februar



Salamon, Eckehard, aus Gollen, Kreis Lyck, und Ehefrau Alicia, geb. **Stanislawska**, am 12. Februar

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

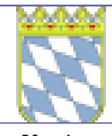
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesdgruppe – Sonnabend, 5. März, 10.00 bis 16.00 Uhr, Haus der Heimat, Stuttgart: Ostermarkt unter Beteiligung vieler Landsmannschaften mit ihren Spezialitäten und kulinarischen Köstlichkeiten wie Königsberger Marzipan, Bärenfang, Schlesischer Mohn- und Streußelkuchen, Ostpreußische Raderkuchen, Machandel und vieles mehr. Dazu stellen die Landsmannschaften ihre vielfältige handwerkliche Kunst aus wie Bunzlauer Tippel, Trachten nebst Zubehör, musikalische Raritäten, antiquarische und moderne Literatur. Die Ostpreußen sind zusammen mit der Landesgruppe durch den Stand „Textile Volkskunst aus Ostpreußen“ vertreten. Zu finden ist dort unter anderem Bernsteinschmuck, Jostenbändern, Doppelstrick- und Kreuzsticharbeiten sowie Schlaufenhandschuhen. Wie jedes Jahr findet wieder eine Tombola statt.

Ludwigsburg – Dienstag, 23. Februar, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Jahreshauptversammlung mit Königsberger Klopseessen.

Stuttgart – 27. Februar, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Kulturnachmittag der Landsmannschaft Westpreußen mit interessantem Programm. Alle ostpreußen sind herzlich eingeladen.

Ulm/Neu Ulm – Sonnabend, 20. Februar, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Frauengruppe



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

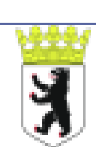
Altmühlfranken – Freitag, 26. Februar, 19 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: Heimatliches Essen anschließend Filmabend zum Thema „Heinz Erhardt und seine Fernsehfilme“.

Bamberg – Mittwoch, 17. Februar, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Monatstreffen mit einem Vortrag über ostpreußische Lebensläufe.

Landshut – Dienstag, 16. Februar, 14 Uhr, Insel: Zusammenkunft mit Jahresversammlung, Kassenprüfung, Video und Rückblick.

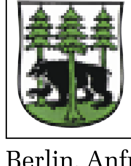
München – Sonnabend, 20. Februar, 14.30 Uhr, Haus des Deutschens Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Gemeimeinsame Kaffeetafel. Danach werden Beiträge zu einem ostpreußischen Kulturgut, zu hören sein: dem Trakehner Pferd

Nürnberg – Dienstag, 23. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser (Endstation der U1): Vorstellen des GeO-Rundbriefes (Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen). Dieser erscheint in vier Ausgaben pro Jahr, ist sehr informativ und daher empfehlenswert für jede Familie mit ostpreußischen Wurzeln. Der Rundbrief kann für 12 Euro pro Jahr in alle Bundesländer verschickt werden. (zu beziehen bei Pfarrer im Ruhestand Klaus Plorin, Waldstraße 15, 90607 Rückersdorf)

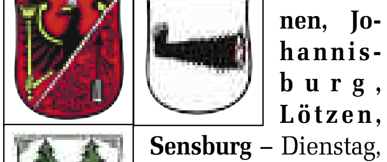


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 14. Februar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.





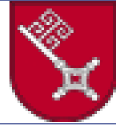
Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 16. Februar, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Start in das neue Jahr mit Essen. Anfragen für Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 18. Februar, 14 Uhr, Restaurant Oase Almera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Der Winter geht langsam und der Frühling kommt. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – Freitag, 19. Februar, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon 4944404.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

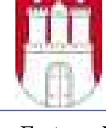
Bremen – Sonnabend, 13. Februar, 15 Uhr, (Einlass ab 14.15 Uhr): Wir laden Sie ein zum traditionellen Bremer mit Fleck und Klopsen im Hotel Airport Bremen, Flughafenallee 26, Bremen.

Nach der Begrüßung ist Zeit zum Unterhalten und zum Bummeln und Schauen am Büchertisch. Gäste, die Kaffee und Kuchen möchten, können dieses zusätzlich bestellen.

Den Unterhaltungsteil gestaltet sodann der „Mandolinen- und Gitarrenklub „Stolzenfels“ Bremen von 1925 e. V.“. Das Essen beginnt um zirka 17.30 Uhr mit dem traditionellen Pillkaller. Anschließend gibt es je nach Wahl Königsberger Fleck oder Königsberger Klopse (oder Gemüseteller).

Die Veranstaltung soll wieder durch Einnahmen aus dem antiquarischen Bücherverkauf gesponsert werden. Für die Veranstaltung gelten daher folgende ermäßigte Preise: Eintritt und Essen (Königsberger Fleck): 10 Euro, Eintritt und Essen (Königsberger Klopse od. Gemüseteller): 15 Euro, Eintritt ohne Essen 5 Euro. Das Geld kann auch überwiesen werden. Anmeldungen sind erforderlich unter Benennung des Speisewunsches in unserer Geschäftsstelle oder auf Anrufbeantworter. Mitglieder aus Borgfeld und Lilienthal können sich auch bei Frau Reiter, Kiebitzbrink 89, Telefon (0421) 271012 anmelden.

Bremerhaven – Freitag, 26. Februar, 14.30 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahl des Vorstands.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellen Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



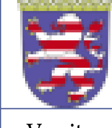
Elchniederung – Mittwoch, 17. Februar, 14 Uhr, Haus Lackemann, Litzowstieg 8, Hamburgs-Wandsbek: Treffen der Gruppe zum gemeinsamen Kaffeetrinken und Schabbern. Helga Bergner wird Fremdes und Eigenes zum Thema Heimat und Zuhause vortragen.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



Heiligenbeil – Sonnabend, 19. März, 14 Uhr, AWO-Seniorentreff, Bauerbergweg 7: Frühlingsfest. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlichst ein, bei Kaffee und Kuchen einige fröhliche Stunden in geselliger Runde zu verbringen. Gleichzeitig ist es laut Satzung der Landesgruppe Hamburg die Jahreshauptversammlung. Der Seniorentreff ist mit der Bus-Linie 116 ab den U-Bahnstationen Hammer Kirche, Wandsbek Markt oder Billstedt zu erreichen. Der Beitrag für Kaffee und Kuchen beläuft sich auf fünf Euro. Anmeldungen bei Landsmann K. Wien, Telefon (040) 32049041, bis zum 18. März.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk (kommissarisch), Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/M., Telefon (069) 77039652, E-Mail: bonk.ulrich@gmail.com

Wiesbaden – Sonnabend, 20. Februar, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Monatstreffen zum Thema „Erinnerungen an Zuhause". Die Teilnehmer hören Nachdenkliches und Lustiges von früher und heute. Zudem erfahren sie etwas über das derzeitige Geschehen in Ost- und Westpreußen. Wer zum Nachmittag etwas beitragen möchte, melde sich bitte gleich bei Dieter Schetat, Telefon (06122) 15358 oder einem anderen Vorstandsmitglied. Gäste und Freunde sind herzlich willkommen! Zuvor gibt es Kaffee und Kuchen.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Güstrow – Sonnabend, 20. Februar, 14 Uhr, Bürgerhaus Güstrow, Sonnenplatz 1: Gemeinsames Treffen. Angesagt haben sich der Landesvorsitzende Manfred Schukat aus Anklam und sein Mitarbeiter Friedhelm Schülke mit den schönsten Aufnahmen der Heimatreisen 2015, der großen Ostpreußentreffen des Vorjahres und der Aktion „Weihnachtspäckchen für Ostpreußen" vor zwei Monaten. Für Kaffee und Kuchen sowie genügend Parkplätze am Bürgerhaus ist gesorgt. Alle Landsleute von nah und fern sind herzlich dazu eingeladen.

Anklam – Sonnabend, 12. März, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus" Baustraße / Nähe Markt: Großes Heimattreffen. Zu diesem besonderen Anlass sind alle Landsleute aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland mit Angehörigen und Interessenten herzlich eingeladen. Erwartet wird Wilhelm von Gottberg, der am 9. März 1991 an der Wiege des Verbandes stand. Schon damals kamen mehr als 500 Landsleute ins Theater Anklam – seitdem haben die Besucherzahlen nicht nachgelassen. Das Programm wird von der Blasmusik Redefin umrahmt. Liebe Gäste aus Ostpreußen reisen extra zum Jubiläum nach Anklam an, so der russische „Kant-Chor Gumbinnen" aus dem Königsberger Gebiet, der Heimatchor „Warmia" aus Heilsberg und die Jugendtanzgruppe „Saga" aus Bartenstein. Weitere Ehrengäste sind Heinrich Hoch und Barbara Ruzewicz vom deutschen Dachverband in Ermland-Masuren sowie Magdalene und Arnold Piklaps vom Deutschen Verband im Memelland. Wie immer ist für Mittagessen, Kaffee, Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher, Landkarten und genügend Parkplätze gesorgt.

Busreisen: Noch sind einige Plätze frei

Von Mecklenburg-Vorpommern werden auch dieses Jahr Fahrten in den Osten unternommen. Für einige Reisen sind noch Plätze frei: 13. – 16. Mai nach Stolp (4 Tage), 23. Mai – 3. Juni nach Königsberg-Memel-Kiel (12 Tage), 25. – 27. Juni nach Stettin (drei Tage), 18. – 24. Juli nach Lötzen (sieben Tage), 31. Juli – 9. August nach Breslau-Lemberg-Krakau (zehn Tage).

Die Busse werden ab Rostock, Stralsund, Greifswald und Anklam mit Zustieg auf der Strekke eingesetzt. Nähere Informationen bei: Manfred Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688

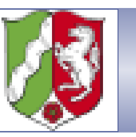




NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Dienstag, 9. Februar, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 19. Februar, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 25. Februar, 14 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Jeweils am ersten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle: Treffen der Frauengruppe – Jeweils am dritten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer: Stammtisch. Zu beiden Veranstaltungen sind Gäste herzlich willkommen.



Schlesische Schlösser: Vortrag in Düsseldorf im Gerhart-Hauptmann-Haus am 16. Februar Bild: Archiv

Bielefeld – Donnerstag, 18. Februar, 15 Uhr, Kreisvereinigung der Ostdeutschen Landsmannschaften, Wilhelmstraße 1b, 33602 Bielefeld: Heimatliteraturkreis.

Dortmund – Montag, 15. Februar, 14.30 Uhr, Heimatstube Landgrafenschule, Eingang Märkische Straße: Monatstreffen.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorfsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Dienstag, 16. Februar, 19 Uhr, GHH: Buchpräsentation mit Arne Franke „Kleine Kulturgeschichte der schlesischen Schlösser". – Dienstag, 23. Februar, 19 Uhr, GHH: „Deutsche Geschichte in 1000 Objekten" – Buchvorstellung mit Professor Herrmann Schäfer. – Dienstag, 1. März, 19 Uhr, GHH: „100 Tage Regierung Szydlo in Polen" – Vortrag von Martin Sander. – Mittwoch, 2. März, 15 Uhr, Raum, 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt.

Gütersloh – Sonntag, 6. März, 15 Uhr, Brauhaus Unter den Ulmen: Jahreshauptversammlung

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

mit Wahlen.. Anträge bitte bis zum 1. März an den Vorsitzenden Eckard Jagalla.

Köln – Dienstag, 16. Februar, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Ostpreußenrunde. Das Lokal ist mit den Linien der KVB 3 und 4 von der Haltestelle Suevenstraße, und den Linien 1 und 7 von Deutzer Freiheit schnell zu erreichen. Wir wenden uns auch an die Kölner Leser der *PAZ*, die ostpreußische Wurzeln haben, aber unser Lokal noch nicht besucht haben.

Neuss – Sonntag 14. Februar, 15 Uhr (Einlass: 14 Uhr), Kapitelstraße: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen.

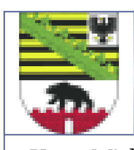
Wesel – Sonnabend, 21. Februar, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Jahreshauptversammlung. Alle Landsleute und Heimatfreunde sind herzlich eingeladen. Eine Kaffetafel ist vorbereitet.

Witten – Montag, 15. Februar, 14.30 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: „Pommern, wie es war“.

RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz/Stadt – Sonnabend, 5. März, 15 Uhr, Mundus Residenz mainz, Große Bleiche 44: Gesprächsrunde.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 26. Februar, 14 Uhr, Begegnungsstätte des VS Gardelegen: Fasching.

Magdeburg – Sonntag, 14. Februar, 14 Uhr: Erinnerungen an unsere Kindheit. – Dienstag, 23. Februar, Dienstag, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 26. Februar, 15 Uhr, TuS Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelmi-

Flensburg – Freitag, 26. Februar, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafe: Kaffeetafel, danach spricht Dolmetscheroffizier Kapitänleutnant a.D. Bernhard W. Mroß, Ex-Bundeswehrkommando Ost und Deutsches Verbindungskommando zu den sowjetisch-russischen Streitkräften in Deutschland. Seine Vortragsthemen:

1) 22. Jahrestag des Abzuges der Westgruppe der russischen Truppen (WGT)

2) 70 Jahre Kriegsende – Veranstaltung des Verbandes der Veteranen der WGT in Moskau, am 11. April 2015 – Eindrücke des deutschen Teilnehmers.

3) Stand der gegenwärtigen deutsch-russischen Beziehungen

Pinneberg – Sonntag, 21. Februar, 15 Uhr, Restaurant Mondea: Mühlenstraße 70d: Ein bunter Nachmittag zur Faschingszeit. Für Musik ist gesorgt. Gute Laune ist mitzubringen. Weitere Informationen erhalten sie bei Rosemarie Schmidt, Telefon (04101) 62667.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatpolitische Tagung in Rotenburg

Ein bewegtes Jahr liegt hinter uns. Dennoch wollen wir optimistisch in das Jahr 2016 starten und laden Sie und Ihre Freunde sehr herzlich zu unserer 58. heimatpolitischen Tagung am 20. und 21. Februar nach 27356 Rotenburg (Wümme), Gerberstraße 16, Theodor-Heuss-Schule ein. Die Theodor-Heuss-Schule befindet sich neben dem Ratsgymnasium. Die Tagung soll dazu anregen, sich etwas mehr mit unserer Geschichte zu beschäftigen. Die Gestaltung der Zukunft ist ohne Kenntnis der Vergangenheit nicht denkbar.

Für die Vorträge konnten wieder kompetente Referenten gewonnen werden. Einzelheiten bitten wir dem nebenstehenden Programm zu entnehmen. Für Fragen und persönliche Einschätzungen ist im Anschluss an die Vorträge ausreichend Zeit eingeplant.

Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen mit interessanten Gästen bietet sich beim Abendessen (Elchbraten) und danach.

Freuen Sie sich auf neue Begegnungen, spannende Einblicke und bleibende Eindrücke. Wir hoffen auf Ihre Teilnahme und wünschen Ihnen eine angenehme und sichere Anreise. Hier das Programm:

Sonnabend, 20. Februar, 15 Uhr (ab 14 Uhr wird Kaffee/Tee und Kuchen angeboten):

1. Eröffnung durch die Kreisgemeinschaft

2. Begrüßung durch den Patenkreis

3. Grußworte der Gäste

4. Lesung/Vorträge:

a) Tatjana Gräfin Dönhoff liest aus ihrem Buch „Die Gustloff“

b) „Wie ich das Ende des Zweiten Weltkrieges erlebte“ — Vortrag von Gerhard Mörchel, Pfarrer i. R. aus Lemgo.

Gemeinsames Abendessen gegen 19 Uhr: Elchbraten.

Sonntag, 21. Februar, 9.30 Uhr

c) Ministerialrat a.D. Dr. Jürgen Martens aus Königswinter hält einen Vortrag zum Thema „Wikinger – ihre Spuren in Ostpreußen“

5. Schlusswort

Gemeinsamer Gesang: Land der dunklen Wälder

Ende gegen 12 Uhr.

Für eine verbindliche Anmeldung sowie für das Elchbratenessen einschließlich Dessert und

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

»So energiegeladen, so willenstark«

Die Welt einer Bauernfamilie aus Heinrichstal im Kreis Treuburg wird in den Erinnerungen von Amalie Belusa wieder lebendig



Fast 40 Jahre als gut behüteter Familienschatz bewahrt: Amalie Belusas (1895–1992) Aufzeichnungen Bild: privat

Kurz vor ihrem 80. Geburtstag im Jahr 1975 begann Amalie Belusa, geborene Tertel, mit der Niederschrift ihrer Erinnerungen an Kleinheinrichstal, gelegen im Süden des Kreises Treuburg (Oletzko). Ihre drei jüngsten Töchter Gerda (geb. 1929), Ursel (geb. 1933) und Erika (geb. 1939) hatten ihre Mutter darum gebeten, weil sie ihr immer so gern zuhörten, wenn sie Geschichten von der Familie und ihrem Leben in Ostpreußen erzählte. Amalie Belusas ausführliche Schilderung betrifft den Zeitraum von ca. 1862 bis 1945/1946. Darin enthalten ist auch ein Bericht über die Flucht aus Ostpreußen und das Leben als Flüchtlingsfamilie in einem mittelfränkischen Dorf in der Nachkriegszeit.

Fast 40 Jahre wurden die Aufzeichnungen als „gut gehüteter Schatz“ in der Familie aufbewahrt. Da mittlerweile fast niemand der darin genannten Personen mehr lebt, entschloss sich Erika Lanzendorfer kürzlich zur Veröffentlichung des Manuskripts ihrer Mutter. Der mit einigen Fotos versehene Text erschien unter dem Titel „Zu Hause in Ostpreußen. Erinnerungen an Heinrichstal 1895-1945“ bei Books on Demand. Ganz bewusst hat die Herausgeberin nichts daran verändert, denn so, wie ihre Mutter schrieb, habe sie auch gesprochen, schreibt Erika Lanzendorfer in ihrem Vorwort. Im Buch enthalten sind auch zwei Karten mit dem Fluchtweg aus Masuren über das Haff nach Danzig sowie einige Farbfotos aus dem Jahr 2012. Eines zeigt das bewohnte und dennoch dem Verfall preisgegebene ehemalige Wohnhaus der Familie Belusa in Heinrichstal, heute Kukówko, das andere ein vermoderndes Boot am See. Obwohl dieser zunehmende Verfall sie sehr betrübt, zieht es Eri-ka Lanzendorfer doch immer wieder nach Ostpreußen, in ihre Heimat.

Amalie Belusa wurde 1895 in Leschnicken (ab 1938 Kleinheinrichstal) geboren. Das Dorf war ab 1938 Ortsteil von Heinrichstal (vorher Kukowken). Sie starb 1992 in Beilngries. Ihre Aufzeichnungen beginnen mit einigen Angaben zu ihrer väterlichen Familie. Ihr Vater Ludwig Tertel wurde 1862 als jüngstes von vier Kindern einer wohlhabenden bäuerlichen Familie in Leschnicken geboren. Alle Bauern im Dorf sprachen Masurisch. Ab dem 3. Schuljahr wurde ihr Vater in deutscher Sprache unterrichtet, lernte aber erst während seiner Militärzeit und als Landarbeiter auf einem Gut richtig Deutsch.

Seine Eltern Friedrich und Regina Tertel hatten den Landbesitz der Familie bis auf 300 Morgen (75 Hektar) vergrößert und einiges Geld angespart. Nach dem plötzlichen Tod seines Vaters begann seine Mutter, das Geld an die Bauern zu verleihen. Als Schuljunge fuhr Ludwig Tertel oft mit ihr in der Gegend umher, um die Zinsen zu kassieren. In einem alten Eckschrank wurden Säcke mit Ein- und Zweitalerstücken aufbewahrt. Zusammen mit einem Spielkamerad leerte er die Säcke aus, um mit dem Geld zu spielen. Später erzählte er nicht gern davon, da dieser Reichtum Neid und Missgunst der Nachbarn wachrief, was nicht ohne Folgen blieb. Als auch seine Mutter starb, wurde Ludwigs ältester Bruder Mathias mit 21 Jahren Hoferbe. Die beiden anderen Geschwister zogen fort, und er selbst, der Jüngste, suchte sich Arbeit auf einem Gut.

Augenzwinkern über den Freier-Ansturm

Amalie Belusa berichtet, dass „die guten Nachbarn“ den jungen Hofbesitzer und seine Frau zum Feiern und zur Verschwendung ihres Vermögens verleiteten. Beide verfielen der Trunksucht, verschuldeten sich und verkauften schließlich immer mehr Land an die Nachbarn. Um den Hof zu retten, nahm sich der mittlere Bruder Johann sein Erbteil, 90 Morgen, und setzte den 36jährigen Bruder und dessen Frau aufs Altenteil. Seine Schwester und den jüngeren Bruder holte er zu sich auf den Hof. Anschließend ging es wieder aufwärts mit dem Landbau.

Ludwig Tertel heiratete seine Kusine, bekam mit ihr zwei Kinder und wurde frühzeitig Witwer. Seine zweite Frau namens Nowotsch war Analie Belusas Mutter. Sie stammte von einem größeren Hof aus Przytullen (Seefrieden) am Südufer des Sees im Kreis Lyck. Amalie war das älteste Kind von sechs Geschwistern. „Wir waren eine sehr glückliche und zufriedene Familie. Am Abend hat der Vater den jüngeren Geschwistern allerlei Geschichten und Märchen erzählt. Wir haben so stolz auf unsere Eltern, wie Kinder sonst wohl selten sind.“ Kaum jemand im Dorf außer den Eltern sprach Deutsch, doch im Dorf hatten sie niemanden, mit dem sie verkehren konnten. „Meine Mutter war ihnen die Fremde, die die Dienstboten verwöhnt.“ Mehrfach ist die Rede von übelgesinnten Nachbarn und auch Verwandten in dieser lebendigen Darstellung.

Der Vater kaufte sich als Erster im Dorf eine größere Dreschmaschine mit Rosswerk und Häckselmaschine. Um 1910 war er schuldenfrei. Viele Begebenheiten handeln vom See. „Auf dem gefrorenen See wurden Schneeballschlachten ausgetragen, Gefangene gemacht und ins Spritzenhaus gesperrt. Manchmal mussten Eltern ihre Kinder nachts auslösen gehen. Und manchmal konnte der See auch im Winter sehr gefährlich werden, besonders nach dem großen Fischfang, wenn im Schnee die Löcher, wo die großen Netze eingelassen und dann rausgezogen wurden, verweht waren und die Markierungen umgeworfen waren. Es sind viele Personen ertrunken.“

Als die Russen im September 1914 einrückten, versuchten die Männer und männlichen Jugendlichen, ihnen zu entkommen, indem sie sich versteckten. Russen und nachts auch Polen, die über die Grenze kamen, plünderten und raubten auf den Höfen. Ihr Vater wurde im November 1914 verschleppt und starb 14 Tage später an Typhus. Außer dem Vater verlor Amalie auch ihren Bruder Johann. Er wurde 1914 zum Kriegsdienst eingezogen und blieb nach einem Gefecht verschollen.

Mit einem Augenzwinkern beschreibt sie den Ansturm der Freier auf ihren Hof nach Kriegsende, da dort drei erwachsene Töchter lebten. Auf Wunsch ihrer Mutter sollte eine von ihnen heiraten, damit ein Bauer auf den Hof kam. Amalie war die Älteste. Ihre Wahl fiel auf Walter Belusa aus Sattyken, der ein gewinnnendes Wesen hatte und sich auch mit ihrer Mutter und den Geschwistern gut verstand. Seine Eltern hatten bei Kriegsende ihren Bauernhof verkauft. Im Dezember 1920 wurde geheiratet. Zusammen mit seinem 15jährigen Schwager arbeitete ihr Mann überaus fleißig und sicherte so in schwierigen Zeiten den Besitz. Das Ehepaar Belusa bekam in der Zeit von 1921 bis 1939 fünf Kinder, vier Mädchen und einen Jungen.

Ausführlich berichtet sie von Methoden des Ackerbaus und der Viehzucht. Eine Torfwiese wurde urbar gemacht, und die Dränagen auf den Feldern am See wurden ausgebaut. Walter Belusa war immer viel unterwegs, da er in mehreren berufsständischen Organisationen im Vorsitz tätig war. Nach der Machtergreifung wurde er Ortsbauernführer. Das Bürgermeisteramt verlor er Jahre später, da er nicht in „die Partei“ eintreten wollte. Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs waren sie auf dem Hof immer mehr auf die „Ostarbeiter“ angewiesen, weil ihr Mann 1940 als Verwalter auf einen Hof nach Polen versetzt wurde.



Das bayerische Beilngries: Hier lebte die Autorin nach der Flucht aus Ostpreußen Bild: DALIBRI/Wikipedia

Ihr Sohn Walter meldete sich mit 17 Jahren als Freiwilliger zum Kriegsdienst. Zuletzt erhielten seine Angehörigen von ihm im Juli 1944 einen Brief, der in Wien aufgegeben wurde. Die älteste Tochter Leni durchlief mehrere Ausbildungen und war Wirtschaftsleiterin auf zwei Gütern in Sudauen. Kurz nach ihrer Heirat mit einem Diplom-Landwirt im Jahr 1941 fiel ihr Mann als Oberleutnant bei Leningrad. Im Herbst 1944 hatte Leni einen schweren Unfall mit einem Pferdegespann. Ihrer Mutter und den Schwestern blieb nichts anderes übrig, als sie in einem Allensteiner Krankenhaus zurückzulassen, als sie am 26. Januar 1945 auf die Flucht gingen. Was aus Leni wurde, haben sie nicht in Erfahrung bringen können.

Bei dem Bericht über die Flucht bleibt einiges unklar. Es scheint, als hätte die Erinnerung der Berichterstatterin an wesentlichen Stellen versagt. Das ist angesichts der ständigen Bedrohung und der Sorge um ihre drei Mädchen im Alter von fünf bis 16 Jahren nicht verwunderlich. Mit der Bahn kamen sie zuerst in Nürnberg an, fuhren weiter nach Heilbronn und gingen von dort zu Fuß mit einem Handwagen nach Triebendorf. Auf jedem der sieben Bauernhöfe im Dorf waren bereits mehrere Flüchtlingsfamilien und Evakuierte aus Nürnberg einquartiert. Über das Leben in Triebendorf und ihren Schulbesuch in Weißenbronn und Neuendettelsau hat Erika Lanzendorfer ergänzend noch einiges hinzugefügt. Der Vater kam im Herbst 1946 an, geschwächt, aber immerhin gesund. Amalie Belusa hat es bedauert, dass ihr Mann später die ruhige Zeit im eigenen Haus in Beilngries nur noch wenige Jahre genießen konnte. Und sie fragte sich bis zuletzt, ob ihre beiden älteren Kinder dem Vater vorangegangen sind.

„Wann immer ich einige Seiten in dem Buch lese“, schreibt Erika Lanzendorfer, „höre ich die Stimme meiner Mutter. Ich sehe sie vor mir, diese kleine zierliche Person, so energiegeladen, so willenstark und mit so viel Gottvertrauen, meine Mutter.“ *Dagmar Jestrzemski*

Amalie Belusa: Zu Hause in Ostpreußen. Erinnerungen an Heinrichstal 1895-1945. *Books on Demand 2014, broschiert, 139 Seiten, 9,90 Euro*

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

Mitteilung von Übernachtungswünschen bis zum 13. Februar 2016 (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, wären wir Ihnen dankbar. Sie erhalten keine Anmeldebestätigung. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben.

Kurt-Werner Sadowski, Kreisvertreter, Hermann Luttmann, Landrat



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Jahresfahrt mit Kreisvorstand

Mit dem Schiff und dem Bus unseres Mitglieds Gerhard Scheer fahren wir im Mittsommer für zehn Tage vom 23. Juni bis 2. Juli nach Ostpreußen. Es geht über Memel (Klaipeda), die Kurische Nehrung, Kaunas und Eydtkau nach Ebenrode (Stallupönen), Schloßberg, Gumbinnen und Königsberg. Über Danzig reisen wir entlang der Ostsee zurück. Hier das Tagesprogramm:

Donnerstag, 23. Juni: Ab Wuppertal oder dem gebuchten Zustieg Fahrt nach Kiel. Gegen 17 Uhr einchecken auf dem Schiff.

Freitag 24. Juni: Das Schiff erreicht Memel. Bei einer Stadtrundfahrt geht es unter anderem zum Simon Dach-Brunnen mit Ännchen von Tharau auf dem Theaterplatz. Anschließend Fahrt zum Hotel.

Sonnabend, 25. Juni: Fahrt auf die einzigartige Kurische Nehrung nach Schwarzort (Juodkrante) mit den Hexenberg und der Kormorankolonie. In Nidden besuch der großen Wanderdüne mit herrlichem Ausblick über das Haff, die Nehrung und die Ostsee. Anschließend Fahrt durch Heydekrug und Pogegen an Tilsit vorbei zum Rombinus, einem mythischem Platz über dem Memelstrom. Diesem folgend fahren Sie zur zweitgrößten Stadt Litauens, nach Kaunas. Dort Übernachtung.

Sonnabend, 26. Juni: Vormittags Rundgang durch die Altstadt in Kaunas. Zu sehen ist zum Beispiel die Burg am Zusammenfluss von Memel und Neris und die Freiheitsallee mit der Russisch-Othodoxen Kirche. Am Nachmittag geht es über die litauisch-russische Grenze ins ehemalige Kreisgebiet nach Trakehnen, wo auch übernachtet wird.

Montag, 27. Juni: Besichtigung des ehemaligen Hauptgestüts und des Museums im Landstallmeisterhaus. Anschließend Rundfahrt durch das ehemalige Kreisgebiet Stallupönen mit Stadtbesichtigung und Fahrt durch Ortschaften im nördlichen Kreis über Eydtkau nach Schloßberg. Von der Kattenauer Anhöhe aus ist die sprichwörtliche Weite Ostpreußens zu erleben. Danach Besuch der Salzburger Kirche und Diakonie in Gumbinnen sowie des berühmte Freskos in der Friedrichschule.

Dienstag, 28. Juni: Rundfahrt durch die Dörfer im südlichen Kreis Ebenrode wie Schloßbach, Kassuben Wenzbach und Birkenmühle. Das kristallklare Wasser des Wystiter Sees ist ebenso ein Erlebnis wie die dunklen Wälder der Rominter Heide. Wer mag probiert in Schenkenhagen vom frischen Quellwasser. Im Forsthaus Warnen ist eine Kaffeepause vorgesehen. Über Tollmingkehmen mit seinem altem Bahnhof, der Kirche und dem Museum von Donaleitis geht es wieder nach Trakehnen zurück. Abends serviert der Gastgeber Speisen vom Grill. Mit folkloristisch-musikalischer Unterhaltung wird es ein gemütlicher Abend.

Mittwoch, 29. Juni: Nach einem Besuch des Gestütes in Georgenburg, fahren Sie durch Insterburg über die R1 nach Königsberg. Dort steht eine Stadtrundfahrt auf dem Programm. Hautnah lässt sich der Kontrast zwischen dem alten Königsberg und dem neuen Kaliningrad erleben. Der Abend steht zur freien Verfügung. Abends Übernachtung in Königsberg.

Donnerstag, 30. Juni: Am Frischen Haff entlang führt die Reise bei Heiligenbeil über die polnische Grenze. Es geht durch Braunsberg nach Frauenburg zur Wirkungsstätte von Nikolaus Kopernikus. Nach einem Besuch am Gedenkstein für die Fluchtopfer steht die Besichtigung der wieder aufgebauten Altstadt in Elbing an. Weiter geht es durch die Weichselniederung nach Danzig, wo der Tag nach geführtem einem Stadtrundgang endet.

Freitag, 1. Juli: Nach dem Besuch eines Orgelkonzerts in der Kathedrale von Oliva fahren Sie zur großen Mole nach Gotenhafen (Gdynia). Mittags geht es weiter die pommersche Küstenstraße entlang über Köslin zum Seebad Misdroy (Miedzydroje). Die freie Zeit lässt sich gut für einen Spaziergang am Strand nutzen. Danach übernachtung in Gotenhafen (eventuell lässt sich auch eine Stadtrundfahrt in Stettin einplanen).

Sonnabend, 2. Juli: Ausgeschlafen und vom Frühstücksbuffet in Gotenhafen gestärkt beginnt die Bus-Heimreise zu den vereinbarten Ausstiegsorten.

Leistungen: Fahrt im Modernen Fernreisebus mit Klimaanlage, WC, Kaffeeküche und Getränkeservice. Fährüberfahrt von Kiel bis Klaip da in einer 4-Bett Innenkabine mit DU und WC inklusive Frühstück und Abendessen. Deutsche Reisebegleitung. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 30 Personen. Der Reisepreis liegt bei 875 Euro pro Person inklusive Schiffspassage, Doppelzimmern im Hotel DZ, Abendessen und Frühstück. Die Visagebühren betragen 90 Euro. Anmeldung: Telefon (0202) 500077, Fax (0202) 506146.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Heimattreffen 2016

Die Stadtgemeinschaft Tilsit lädt zum nächsten Heimattreffen am 23. April in Gera ein. Einer guten Tradition folgend wird das Treffen gemeinsam mit den beiden Nachbarn, den Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung, veranstaltet. Gera, anmutig gelegen im thüringischen Hügelland, hat knapp 100 000 Einwohner und verfügt über zahlreiche Kulturstätten. Nur wenige Gehminuten vom Hauptbahnhof entfernt befindet sich direkt neben der Orangerie mit seiner prächtigen Parkanlage und dem Stadttheater das PentaHotel, welches der Austragungsort des Heimattreffens sein wird.

Das Treffen findet am Sonnabend, dem 23. April von 9 bis 17 Uhr statt. Die Besucher erwartet ein interessantes Programm. Nach den Grußansprachen der drei Kreisvertreter Hans Dzieran (Tilsit-Stadt), Dieter Neukamm (Tilsit-Ragnit) und Manfred Romeike (Elchniederung) und dem geistlichen Wort, gesprochen von Pfarrer Martin Loseries wird die Redakteurin der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, Manuela Rosenthal-Kappi, den Festvortrag zum Thema „Land an der Memel – Erbe und Auftrag" halten. Umrahmt wird das Treffen von kulturellen Darbietungen. Die Schauspielerin Monica Grabs liest aus Werken von Johannes Bobrowski

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Kreuzworträtsel

sicher durch Können, Wissen; töricht; karnevalistisch; winkelförmiges Sitzmöbel; sich als geeignet erweisen (sich ...); Wundmal; Tieren zu trinken geben; Bund, Zusammenschluss; Art der Swingmusik; ein Tanz; venezianisches Ruderboot; Unannehmlichkeit (ugs.); leicht bitter oder säuerlich; Stadt an der Südküste Portugals; italienische Weinstadt; Unsinn; unangenehm auffallen; leise, still; balladenhaftes Kabarettlied; tropische Echse; früher; kleiner Lachsfisch; schriftliches Kaufangebot; kräftig; mächtig; befasst sein, erledigen; natürliche Erdabtragung; oberster Teil des Getreidehalms; Peitsche; trainieren; rau, grob; ital. Dichter (Torquato); luftförmiges chem. Element; Quellfluss der Weser; Fluss zum Rhein; Gott anrufen; poetisch: aus Erz bestehend; Ausdehnungsbegriff; österreichisch: Pferdedroschke; Rennstrecke; abgeteilte Spur; früherer österr. Adelstitel; südamerikanisches Gebirge; etwas nach oben bewegen; Klares im Hühnerprodukt; unbestimmte Zeitspanne; österr.-niederl. Schauspieler; See in Schottland (Loch ...); feierliche Amtstracht; Sammelstelle; Vorsilbe: unterhalb (lat.); Schließvorrichtung, Sperre; Finanzierungsform, Mietkauf; Behauptung, Leitsatz; schwed. Asienforscher (Sven); Bestandteil der Erdkruste; Kletterpflanze; Kirchenmusikinstrument; ritterliche Liebe; span.-portug. Prinzentitel; anhänglich, loyal; nicht außen; Kleidung; Kleiderablage; Bogengeschoss; Ausflug (englisch); spanisches Volksfest; überschichtlich; schmal; begrenzt; Rätselfreund; US-Bundespolizei (Abk.); Handgemenge; Teigwaren (italienisch); die dort; Regierungsform; ungebunden; Schmuckstein; blutstillendes Mittel; tunesische Insel; vor langer Zeit; schlechte Angewohnheit; Zacke an Gabeln, Kämmen; Plüschpullover; säubern, reinigen; Dunst über Großstädten; nautisches Längenmaß; Abschnitt der Woche; germanischer Wurfspieß; Staat in Nahost, Persien; Schwertlilie; Fluss zum Rhein; Zeichen für Zentimeter; zwingen; emsiges Insekt; Kunststil; Gipfel der Berner Alpen; Probe, Stichprobe; zeitlos; immerzu

PAZ16_06

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

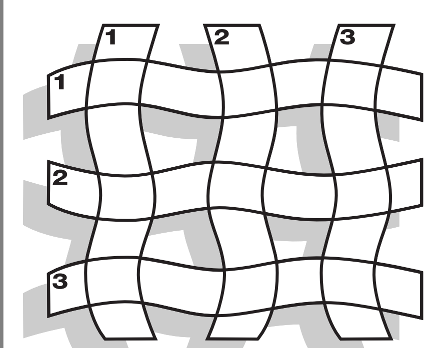
CEHOW; ASTU; ABEKN; DFJOR; AEGL; EELN; HNOR; AEHJ; EKNOS; ALLOOP; ABEGHMRRU; EELU; DENN

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine der Großen Sundainseln.

1	WAREN		HAUS
2	WILD		BAD
3	ROH		RING
4	DIAET		WUERFEL
5	IMPORT		SERIE
6	NACHT		LOGE
7	NUDEL		FORM

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 ungeschickt schneiden (ugs.)
2 Schnaps aus Früchten
3 Florgewebe, Wollsamt

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Versand, 2. Kraeuter, 3. Diamant, 4. Margarine, 5. Artikel, 6. Pfoertner, 7. Auflauf – Sumatra

Magisch: 1. saebeln, 2. Obstler, 3. Plusch

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

und der bekannte Männerchor aus Gera wird einen bunten musikalischen Strauß von Heimatliedern darbieten. Wenn Ostpreußen zusammenkommen, wird ausgiebig plachandert. Dafür wird ein geselliges Beisammensein genügend Zeit bieten. Übrigens findet auch schon am Vorabend die traditionelle Tilsiter Runde im Penta-Hotel statt.

Das Penta-Hotel verfügt über genügend Zimmer, die unter dem Stichwort „Tilsit“ zum günstigen Preis von 65 Euro pro Einzelzimmer und 79 Euro pro Doppelzimmer pro Übernachtung einschließlich Frühstück bis spätestens 2. April individuell gebucht werden können. Alle Zimmer sind mit Dusche, Sky-TV sowie einer kostenfreien Flasche Mineralwasser ausgestattet. Die Nutzung des Wellnessbereiches mit Saunen und Fitnessbereich ist im Zimmerpreis enthalten. Die Buchung ist unter Telefon (0365) 29090 möglich. Für PKW stehen 85 hoteleigene Plätze in der Tiefgarage zur Verfügung zum Preis von 7,50 Euro pro Tag. Die Hotelanschrift lautet: Penta-Hotel, Gutenbergstraße 2A, 07548 Gera.

Am Hauptbahnhof Gera kommen Züge aus verschiedenen Richtungen an. Von hier kann man die Straßenbahnlinien 1 in Richtung „Untermhaus“ benutzen und zwei Haltestellen bis Friedrich-Naumann-Platz fahren. Man kann aber von der Bahn-Unterführung das Hotel auch in etwa acht Minuten zu Fuß erreichen. Gera wird auch von mehreren Fernbuslinien angefahren. Es existieren die Fernbus-Direktverbindungen Berlin-Gera, Hamburg-Gera und Frankfurt/M.-Gera. Vom Busbahnhof erreicht man ebenfalls mit der Linie 1 das Penta-Hotel. PKW-Fahrer erreichen Gera auf der A4, Abfahrt 58b Gera.

Liebe Tilsiter, Tilsit-Ragniter und Elchniederunger! Kommt nach Gera, solange Ihr noch gesundheitlich dazu in der Lage seid. Wir wissen, dass es mit jedem Jahr schwerer wird, lange Reisen zu machen, doch umso mehr gilt es, sich aufzuraffen, ehe es zu spät ist. Lasst uns zusammenkommen, um in geselliger Runde, bei Gesprächen und Begegnungen die Erinnerung an die Heimat wachzuhalten. In einer Zeit, wo man die Erinnerung an Ostpreußen zu tilgen versucht, dürfen wir das Land der dunklen Wälder nicht in Vergessenheit geraten lassen. Auf Wiedersehen in Gera!

Vorbildlicher Einsatz für Ostpreußen

Zum 80. Geburtstag von Fritz Folger – hohes Ansehen nicht nur bei den Landsleuten

Wenn Fritz Folger am 28. Februar das 80. Lebensjahr vollendet, dann kann er wie so viele Landsleute seiner Generation auf acht schicksalhafte, von Höhen und Tiefen gezeichnete Jahrzehnte zurückblicken. Trotz starker beruflicher Belastung hat er in dieser Zeit viel für seine Heimat Ostpreußen und für seine ostpreußischen Schicksalsgefährten geleistet. Er wird damit nicht nur in die Geschichte seiner Heimatkreisgemeinschaft Preußisch Holland, sondern auch die der Landesgruppe Niedersachsen eingehen.

In Elbing geboren, erlebte Fritz Folger die ersten neun Jahre seines Lebens sorglos auf dem elterlichen Bauernhof in Bunden im Kreis Preußisch Holland. Aus dem Paradies der Heimat wurde er am 21. Januar 1945 herausgerissen, als für ihn und seine Mutter die Flucht aus Ostpreußen in einem Güterwagen der Reichsbahn begann. Vom Bahnhof Schlobitten führte der Weg zunächst zu dem 300 Kilometer entfernten Kolberg in Pommern. Diese Fahrt dauerte sechs Tage und sechs Nächte, in der er sich erst spät wieder ausgeheilte gesundheitliche Schäden zuzog. Auf eigene Faust flohen Mutter und Sohn weiter nach Kiel, wo Sie am neunten Geburtstag von Fritz Folger bei Verwandten das „rettende Ufer“ erreichten. Von dort wurden sie nach Plön evakuiert. Dank des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes erhielten sie ein Lebenszeichen vom Vater, der zum Volkssturm eingezogen worden war. Bald darauf wurde die Familie endlich wieder vereint. Nachdem der Vater den Lebensunterhalt für seine Familie zunächst als Knecht verdient hatte, konnte er dank glücklicher Umstände einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb zur Bewirtschaftung übernehmen, wodurch die Familie nach Betzhorn, Kreis Gifhorn, kam. Und hier endete der Fluchtweg.

Da die finanziellen Verhältnisse der Eltern – so wie es vielen Vertriebenen ging – für ihren Sohn weder den Besuch einer höheren Schule noch eines Studiums erlaubten, ging Fritz Folger nach Beendigung der Volksschule auf die Handelsschule und machte anschließend eine Kaufmannslehre – nebenbei absolvierte er einen Fernlehrgang mit dem Abschluss „Praktischer Betriebswirt“.

Seine berufliche Laufbahn begann er in seinem Lehrbetrieb; von dort wechselte er in einen renommierten Handelsbetrieb für Baumaschinen, Baugeräte und Lastwagen. Dank Fleiß und Tüchtigkeit stieg er in dem Unternehmen bald beruflich empor und avancierte zum Prokuristen, Leiter des Rechnungswesens und schließlich zum Geschäftsführer der inzwischen zur Firmengruppe Palucki expandierten Firma. Später wechselte er zur Firma Richard Meyer-Uetze. Der letzte berufliche Abschnitt: Im Jahr 1979 gründete er mit zweien seiner damaligen Kollegen die „OGM Obst-Gemüse-Maschinen-Handelsgesellschaft mbH“, die 1994 mit dem Renteneintritt (damals 60 Jahre) der Gesellschafter aufgelöst wurde.

Früh verlor Fritz Folger seine Eltern, seine Mutter bereits 1955 mit 58 Jahren und seinen Vater 1967. 1961 schloss Fritz Folger seine erste Ehe, aus der zwei Töchter hervorgegangen sind. Im Juni 1968 zog er mit seiner Familie in das neu erworbene Haus in Braunschweig. Seine erste Ehe wurde 1992 geschieden. Im Jahr 2004 erfolgte die Vermählung mit Monika Bötticher, die seine ehrenamtliche Arbeit treu mitträgt und unterstützt.

Ein wenig Ausgleich für seine starke berufliche Inanspruchnahme brachte über lange Jahre der Chorgesang, dem Fritz Folger auch heute noch aktiv nachgeht. Für 60 Jahre aktives Singen wurde ihm die Goldene Ehrennadel verliehen.

Der Wunsch, für die Heimat Ostpreußen aktiv zu werden, wurde nach der ersten Ostpreußenreise im Jahr 1972, der bald weitere folgten, ausgelöst. Schnell zeigte sich, wie eng die innere Bindung an die Heimat war. Mit Dia-Vorträgen, Ergebnis seiner Ostpreußenreisen, brachte er seinen Landsleuten vor allem bei den Ostpreußentreffen, aber auch allen an Ostpreußen Interessierten, seine unvergessene Heimat nah.

Es war für ihn selbstverständlich, dass er dem Ruf, Ortsvertreter seines Heimatdorfes Bunden zu werden, folgte. Pünktlich zum 600-jährigen Ortsjubiläum im Jahre 1986 konnte er das Ergebnis seiner Arbeit, eine 200 Seiten umfassende Chronik mit vielen Bildern seines Heimatdorfes, der Öffentlichkeit übergeben.

> Seit 1972 für die Heimat aktiv

Und das war erst der Anfang seiner unzähligen Aktivitäten für sein Ostpreußen. Mit der politischen Wende im Jahr 1989 eröffneten sich zahlreiche neue Perspektiven für die Arbeit für und in Ostpreußen, so auch für seinen Heimatkreis Preußisch Holland. Aufgrund der vor allem während der Ostpreußenreisen gewonnenen Kenntnisse, wurde Fritz Folger 1990 von der Kreisgemeinschaft zum Heimatbeauftragten berufen. Zunächst kümmerte er sich um die in der Heimat verbliebenen Deutschen, die bis dahin kaum Kontakt zueinander hatten. Fast in Vergessenheit geraten ist, dass damals die Ausübung der deutschen Sprache verboten war. Und so versuchte er, ähnlich wie in Schlesien, einen Deutschen Freundschaftskreis (DFK) zu gründen. Seine Bemühungen wurden von Erfolg gekrönt. Unter etwas ungewöhnlichen Umständen, nämlich im Anschluss an den evangelischen Gottesdienst in der St. Georgenkirche in Preußisch Holland, konnte Fritz Folger im Juli 1991 den Deutschen Freundschaftskreis für die Stadt und den Kreis Preußisch Holland gründen. Durch die verbindliche Art von Fritz Folger gelang durch gute Kontakte zu den polnischen Behörden, insbesondere zum Bürgermeister und Mitgliedern des Stadtrates, die humanitäre Unterstützung der Deutschen.

Bei diesen Aktivitäten blieb es nicht. Innerhalb von zwei Jahren, von 1995 bis 1997, besuchte er sämtliche der über 90 Landgemeinden und die Städte des Kreises Preußisch Holland und fotografierte alles Sehenswerte aus deutscher Zeit, um daraus einen Bildband „Preußisch Holland heute – unsere Heimat in Bildern“, der von der Kreisgemeinschaft herausgebracht wurde, zu erstellen.

Sein „Meisterstück“ aber wurde Band 1 des zweibändigen Werkes „Das Kirchspiel Marienfelde – Kreis Preußisch Holland/Ostpreußen – Chronik – Geschichte – Dokumentation“. Dieser erste Band der Dokumentation mit einem Umfang von 629 Seiten hatte eine wochenlange Arbeit im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin erforderlich gemacht (Band 2 war von Landsmann Ulrich Liedke verfasst worden). Diese in 10 Jahren harter Arbeit entstandenen Werke werden dereinst von der segnenden deutschen Hand im Ordensland Ostpreußen Zeugnis ablegen und von der Liebe seiner einstigen Bewohner zu diesen Land künden.

Aber nicht genug damit. Fritz Folger stellte sein Wissen auch hier in Niedersachsen in den Dienst der Heimat. 1992 wurde er zum Vorsitzenden der Ortsgruppe Braunschweig gewählt. 2003 trat er in der Bezirksgruppe Braunschweig der Landsmannschaft die Nachfolge von Waltraud Ringe als Stellvertretender Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen an. Und schließlich: Als der Bund der Vertriebenen seine Hilfe erbat, verweigerte er sich nicht und übernahm 2008 dessen Kreisverband Braunschweig.

Allseits geschätzt waren und sind seine vorzüglichen Vorträge über Ostpreußen und darüber hinaus zur Geschichte, zur Vertriebenenproblematik und zum Recht auf die Heimat. Fritz Folger erfreut sich eines hohen Ansehens nicht nur bei seinen Landsleuten, sondern bei allen, die ihn mit seinem Engagement für Ostpreußen kennen und schätzen gelernt haben.

Dank seines unermüdlichen Einsatzes für die Kreisgemeinschaft Preußisch Holland, die in den Veröffentlichungen Ausdruck finden, wird für die Nachwelt ein lebendiges Bild von dem jahrhundertealten Siedlungsland Ostpreußen in die Zukunft getragen.

Der Einsatz von Fritz Folger für seine Heimat Ostpreußen wurde von der Landsmannschaft Ostpreußen durch die Verleihung der Silbernen Ehrennadel gewürdigt.

Die Landesgruppe Niedersachsen dankt Fritz Folger für seine Arbeit und seinen jahrzehntelangen, selbstlosen Einsatz für Ostpreußen. *B.L.*



Am 28. Februar 1936 wurde Folger in Elbing geboren Bild: privat

40 harte Tage für Genießer

Die Fastenzeit ist eine wahre Bewährungsprobe für alle Gläubigen – Volkstümlicher Ausdruck dessen sind die Fastentücher

Seit Aschermittwoch ist Fastenzeit. Mit der Quadragesima, der 40-tägigen Hungerkur, wird im katholischen und orthodoxen Christentum an die 40 Tage erinnert, die Jesus vor der Verkündigung des Evangeliums in der Wüste verbrachte. Das Einhalten der Fastengebote endet in der Osternacht auf den Ostersonntag.

Nicht nur im Christentum, auch im Judentum, im Islam und in anderen Religionen gibt es Fastenzeiten mit vorgeschriebenen Regeln für den zeitweiligen Verzicht auf Nahrungsaufnahme oder auf bestimmte Speisen. Das religiös motivierte Fasten wird als Bußübung und Weg der inneren Einkehr praktiziert. Daneben wandten Menschen in allen Kulturen das Heilfasten an, das eine Entschlackung des Organismus befördern soll. „Wer stark, gesund und jung bleiben will, sei mäßig, übe den Körper, atme reine Luft und heile sein Weh eher durch Fasten als durch Medikamente“, sagte der Überlieferung nach der antike Begründer der Medizin, Hippokrates von Kos (gestorben um 370 v. Chr.).

Nachdem in der westlichen Zivilisation Nahrungsmittel im Überfluss zur Verfügung standen, kam das therapeutische Fasten zu einer nie dagewesenen Bedeutung und wurde sogar zu einem Lebensstil-Trend zweckentfremdet. Dabei wird die Gewichtsabnahme mitunter nur als erfreulicher Nebeneffekt des Fastens propagiert, das mit der Absicht durchgeführt wird, die eigene „Achtsamkeit“ zu schärfen und eine positivere Einstellung zum Leben zu gewinnen.

Wie auch in der Adventszeit waren in der Fastenzeit jegliche Tanz- und Musikveranstaltungen verboten. Im römisch-katholischen Kulturkreis galten strenge Vorschriften für das Fasten, an die sich jeder zu halten hatte. Wesentlich war das Verbot von Eiern, Fleischspeisen und Milchprodukten. Schon im Mittelalter sanktionierte die Geistlichkeit aber ein Mittel, das Gebot der fleischlosen Kost zu unterlaufen, indem Otter- und Biberfleisch – der fetthaltige Biberschwanz galt als wahre Delikatesse – zur Fastenspeise erklärt wurden, da diese Tiere wie Fische im Wasser leben. Fische zu essen war (und ist) erlaubt.


Bild: René E. Pech

Demütiges Betrachten des Großen Zittauer Fastentuchs von 1472: Seit 1999 kamen 400 000 Besucher, um sich die Bilderbibel in der Museumskirche Heiliges Kreuz in Zittau anzusehen

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts wurden die Regeln merklich gelockert. 1966 verkündete die Deutsche Bischofskonferenz eine offizielle Änderung der Bußpraxis für Katholiken. Als Fast- und Abstinenztage gelten verpflichtend nur noch der Aschermittwoch und der Karfreitag, an denen neben einer fleischlosen Hauptmahlzeit morgens und abends eine kleine Stärkung erlaubt ist. Viele Katholiken verzichten darüber hinaus an jedem Freitag und manche auch am Mittwoch auf Fleischmahlzeiten. Zudem sind die Gläubigen angehalten, während der Fastenzeit an allen anderen Tagen täglich ein Werk der Nächstenliebe oder der Frömmigkeit zu tun.

Die orthodoxen Kirchen haben nach wie vor vier Fastenzeiten, bei denen es unterschiedliche Nahrungsvorschriften gibt. Hinzu kommt der Verzicht auf tierische Nahrungsmittel an jedem Mittwoch und Freitag. Die protestantischen Kirchen schafften das traditionelle Fasten im Sinne des „guten Werkes“ ab, bekennen sich aber zum strengen Fasten am Karfreitag. Anfang der 1980er Jahre wurde das Fasten von Aschermittwoch und Ostern durch die Aktion „Sieben Wochen ohne“ im deutschen Protestantismus und darüber hinaus wieder populär. Jedes Jahr beteiligen sich laut Umfragen mindestens drei Millionen Menschen, aus welchen Gründen auch immer, am freiwilligen Verzicht auf Genussmittel wie Süßigkeiten und Alkohol oder auch auf das Fernsehen.

In manchen katholischen Kirchen ist der ungefähr 1000 Jahre alte Brauch des Aufhängens von Fastentüchern, auch Hungertücher genannt, wiederbelebt worden. In früherer Zeit wurden vom ersten Fastensonntag an Reliquien, Bilder oder auch der ganze Altarraum mit einem großen Fasten- oder Hungertuch (lateinisch „Velum quadragesimale“) verhängt. Bis Ostern wurde den Gläubigen der Blick auf das Allerheiligste verwehrt.

Waren die Leinentücher ursprünglich unverziert, so wurden sie schon bald mit volkstümlichen Darstellungen aus dem Alten und Neuen Testament geschmückt. Die biblischen Szenen der bemalten oder aus gestickten Einzelbildern zusammengesetzten Tücher dienten der religiösen Unterweisung. Von den mittelalterlichen Fastentüchern sind europaweit nur wenige erhalten geblieben, überwiegend in Kärnten, Tirol, im Münsterland und in Zittau. Das Große Zittauer Fastentuch und das Kleine Zittauer Fastentuch gehören zu den bedeutendsten Exemplaren dieser volkstümlichen Sakralkunst. Beide sind als einzige der in Deutschland erhaltenen Fastentücher in Tempera auf Leinen gemalt.


Bild: Abegg-Stiftung

Geißelung Jesu: Ausschnitt aus dem Großen Fastentuch

Das Große Zittauer Fastentuch wurde 1472 von dem Gewürzhändler Jacob Gürtler der Zittauer Hauptkirche St. Johannis gestiftet. Interessanterweise blieb es, ebenso wie das Kleine Zittauer Fastentuch, bis in die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts in Benutzung, obwohl die Kirchengemeinde längst protestantisch war.

Mit einer Höhe von 8,20 Metern und einer Breite von 6,80 Metern ist das Velum mit seinen knapp 56 Quadratmetern das europaweit drittgrößte des „Feldertyps“. Auf 90 Feldern in zehn Reihen hat ein unbekannter Meister Szenen aus dem Alten und dem Neuen Testament gemalt. Da es nach dem Zweiten Weltkrieg Soldaten der Roten Armee in die Hände fiel, die das Tuch zerschnitten und als Abdichtungslappen für ein Dampfbad benutzten, ist die Malerei im Mittelteil teilweise bis zur Unkenntlichkeit verblasst.

Fachleute betrachten das Exemplar neben dem berühmten Bildteppich von Bayeux dennoch als eines der eindrucksvollsten Textilwerke europäischer Überlieferung. Eigens für das restaurierte Große Zittauer Fastentuch wurde die Zittauer Kirche zum Heiligen Kreuz ab 1999 als Ausstellungsraum eingerichtet.

Das Kleine Zittauer Fastentuch wiederum steht dem großen Tuch in seinem kulturgeschichtlichen Rang nicht nach. 1573 wurde es als zweites Fastentuch für die Hauptkirche angeschafft, um einen zweiflügeligen Schnitzaltar damit zu verhüllen. Das 4,30 Meter mal 3,50 Meter große Velum vertritt den sogenannten Arma-Christi-Typ der Fastentücher. Arma Christi, was „Waffen Christi“ heißt, wird als lateinische Bezeichnung für die Passionswerkzeuge gebraucht, die im Zusammenhang mit der Kreuzigungsszene gezeigt werden. Für das Kleine Fastentuch wurde im nördlichen Anbau des ehemaligen Franziskanerklosters ein würdiger Ausstellungsort geschaffen.

D. Jestrzemski

Kirchenrettung dank der Preußen

Ohne königliche Hilfe aus Berlin wäre der Altenberger Dom heute wohl längst verfallen

Odenthal ist ein kleiner, unscheinbarer Ort im Rheinisch-Bergischen Kreis; Leverkusen ist die nächstgelegene größere Stadt. Nach der Karnevalszeit, in welcher auch dieser Ort in Ekstase gerät, kehrt in diesem Flecken wieder die Ruhe ein. Und doch hält Odenthal für Besucher, die sich in den Ortsteil Altenberg verirren, eine Attraktion bereit: Der Altenberger Dom ist – zumindest bei gutem Wetter – ein lohnenswertes Ausflugsziel in diesem waldreichen, hügeligen Land.

Zunächst seien ein paar Worte zur Geschichte des Gotteshauses erzählt. Die Kirche der ehemaligen Zisterzienserabtei ist ab dem Jahr 1259 gebaut worden; komplett fertig war sie erst im Jahr 1400. Ihre Ursprünge reichen allerdings bis ins Jahr 1133 zurück. Damals gründeten dort Mönche aus dem französischen Morimont ein Kloster, wozu natürlich auch eine Kirche gehörte; der Graf von Berg hatte den dazugehörigen Besitz gestiftet. Dieser Vorgängerbau wurde durch den heute noch existierenden Sakralbau ersetzt. Interessant dabei: Die Zisterzienser strebten einen Ausgleich von geistlichem Leben und körperlicher Arbeit an, entsprechend dem benediktinischem Lehrsatz „ora et labora“. Viele Zisterzienserklöster waren dementsprechend wirtschaftliche Musterbetriebe.

In der Blütezeit des Ordens um das Jahr 1200 herum lebten mehr als 100 Mönche und über 130 Laienbrüder in Altenberg. Rund 600 Jahre später folgte dann der absolute Tiefpunkt. Die Säkularisation wütete auch in Altenberg. Im Rahmen dieser Verweltlichung wurde das Kloster aufgelöst. Das Gotteshaus verfiel, was wohl auch an der Plünderung und dem Verkauf der Innenausstattung sowie einem Brand lag. Klausur und barocke Nebengebäude wurden profan genutzt.

Hilfe kam von unerwarteter Seite. Ausgerechnet Friedrich Wilhelm III. und sein Nachfolger Friedrich Wilhelm IV., Könige des protestantischen Königreiches Preußen, sorgten dafür, dass von 1834 bis 1847 das Gotteshaus wiederhergestellt wurde. Katholiken und Protestanten nutzen die Kirche seitdem simultan, was wohl auch eine kirchliche Besonderheit ist. Die katholische Pfarrgemeinde wurde 1915, die evangelische Gemeinde 1950 gegründet.

Der Dom ist für katholische Verhältnisse ein eher unspektakuläres Gebäude. Die bunten Glasfenster und der Kreuzweg wären noch als sehenswerte Kunstobjekte zu nennen. Doch auch hier lohnt sich wieder ein Blick in die Geschichte. In der Anfangszeit des Klosters duldete die zisterziensische Kirchenausstattung zunächst keine figürlichen Darstellungen. Daher herrschten pflanzliche Motive vor, wenn nicht die nahezu farblose Grisailletechnik eingesetzt wurde.

Das Westfenster stammt aus der Zeit vor dem Jahre 1397. Es gilt als größtes mittelalterliches Kirchenfenster in Deutschland und kann als Startschuss für die spätere Entwicklung der örtlichen Glasmalerei gelten: „Heiligenfiguren, in zwei Reihen geordnet, bevölkern das himmlische Jerusalem, im Maßwerk darüber die Kirchenväter und musizierende Engel“, heißt es in einer Beschreibung dieses Kirchenkunstwerkes.

Barocke Skulpturen, Grabplatten, Patrozinien, Taufstein und Kanzelkorb benennt die örtliche katholische Pfarrgemeinde „St. Mariä Himmelfahrt“ als weitere erwähnenswerte Einrichtungsgegenstände.

Wer anreisen möchte, kann dies bequem mittels Bus und Bahn tun. Die Buslinie 212 bringt den Reisenden vom Leverkusener Hauptbahnhof aus zum Altenberger Dom. Ein wenig Zeit und Muße sollte man dann aber doch mitbringen. Die ehemaligen Klostergebäude, ein Märchenweg und die umliegenden Wanderwege laden auch in der kalten Jahreszeit zum Wandern und Verweilen ein. Familientauglich ist das allemal.

Andreas Rüdig

Ginge es nach einem gewissen Sven B., Beauftragter für Tourismus, Wirtschaftsförderung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Kultur der Gemeinde Odenthal, wäre dieser Artikel nicht erschienen. Denn auf eine höflich formulierte Bildanfrage teilte er der *PAZ*-Redaktion mit: „Leider muss ich Sie enttäuschen: Ich lege keinen Wert darauf, dass in einer dem rechten Rand zuzuordnenden Zeitung ein Artikel über Altenberg erscheint.“ Ganz davon abgesehen, dass die *PAZ* nicht dem rechten Rand zuzuordnen ist, gibt seine persönliche Meinung einem öffentlich Bediensteten nicht das Recht, eine bestimmte Zeitung zu benachteiligen.

Wenn besagter Sven B., dessen vollständigen Namen wir aus rechtlichen Gründen hier nicht nennen, geglaubt hat, er könnte die *PAZ*-Redaktion von der Veröffentlichung des Artikels abhalten, hat er sich gründlich geirrt. Gegenüber dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ hat sich Sven B. als „der bunte Hund der Verwaltung“ beschrieben. Tatsächlich ist er wohl eher der krumme Hund von Odenthal.

Leser dieser Zeitung sollten die Gemeinde Odenthal als Urlaubs- oder Ausflugsziel unbedingt meiden. Denn wer die *PAZ* liest, kann dort nicht willkommen sein. Aber vielleicht hat ja der eine oder andere Leser stattdessen Lust, dem Bürgermeister Robert Lennerts mitzuteilen, was er von dem Verhalten seines Tourismusförderers hält. Kontakt: Gemeinde Odenthal, Altenberger-Dom-Str. 31, 51519 Odenthal, Tel. (02202) 710-101, lennerts@odenthal.de.

J.H.

Bunter Botschafter

Der Stieglitz ist »Vogel des Jahres«

Genauso viel wie zwei Eurostücke wiegt er, etwa 19 Gramm: der Stieglitz. Manche nennen ihn auch Distelfink, weil er gerne an Disteln knabbert. Außerdem gehört er zur Familie der Finken. Kein anderer Vogel in unseren Gefilden ist so schön bunt gefiedert. Mit der roten Gesichtsmaske und der leuchtend gelb abgesetzten Binde auf den schwarzen Flügeln gehört er zu den buntesten Singvögeln bei uns.

Seinen Namen hat er sich selber gegeben, denn aus seinem Ruf „stiglit“ und „didelit“ wurde schließlich der „Stieglitz“. Wunderschön trillern kann er. Weibchen und Männchen singen bevorzugt von Baumwipfeln. Mit Warn- und Kontaktrufen halten sie Kontakt zu anderen Vögeln ihrer Art. Denn sie sind sehr gesellig und erledigen Futtersuche, sogar das Schlafen gerne in Gemeinschaft. Ihr schöner Gesang dient der Partnerwerbung und zur Reviermarkierung.


Vogel des Jahres: Stieglitz — Bild: Nabu/Andreas Hartl

Stieglitze ernähren sich von Samen verschiedener Blütenpflanzen, Gräsern und Bäumen. Und auch von Distelsamen. Da immer mehr bunte Blumenwiesen verschwinden, finden viele Vögel keine Nahrung mehr. Auch mangelt es an Lebensraum durch intensive Ackernutzung auf dem Land. Weniger Bäume bedeuten auch weniger Brutplätze. So hat der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) den Stieglitz als Botschafter für mehr Farbe und Artenvielfalt zum Vogel des Jahres 2016 erklärt. Damit soll daran erinnert werden, dass es immer weniger bunte Landschaften und Agrarräume gibt, in denen die Stieglitze Nahrung und Lebensraum finden. Der Bestand dieser Art ist in den letzten Jahren dramatisch zurückgegangen.

Der Nabu ermuntert uns alle, den Vögeln zu helfen. Wir können bunte Blühflächen in und an Gärten, Spielplätzen, Schulen, Straßenrändern säen. So finden diese beliebten Singvögel wieder mehr Nahrung. Im Winter sind Stieglitze gut am Futterhaus zu beobachten. Wenn alles zugeschneit ist, wagen sie sich näher heran und bedienen sich gerne am Vogelfutter.

Silvia Friedrich

Vorbild England

Bornstedter Friedhof Sanssouci

Auf dem Friedhof findet der Mensch die letzte Ruhestätte. Dabei hat sich der Umgang mit Tod und Bestattung durch die Jahrhunderte gewandelt. So ist ein alter Friedhof mit historischen Gräbern wie ein offenes Geschichtsbuch, in dem die Spuren der Vergangenheit immer noch sichtbar sind. Für den Bildband „ Im letzten Garten“ haben Monika Schulz-Fieguth (Fotos) und Klaus Büstrin (Texte) den Bornstedter Friedhof am Park Sanssouci erkundet.

Der Bornstedter Friedhof ist über 400 Jahre alt und parkartig angelegt. Durch seine Nähe zum Sommerschloss Sanssouci, das König Friedrich II. ab 1744 erbauen ließ, waren hier auch königliche Baumeister und Hofgärtner tätig, so auch Peter Joseph Lenné als Landschaftsarchitekt des deutschen Klassizismus, dessen Vorbild englische Landschaftsgärten waren. Auch Kronprinz Friedrich Wilhelm, der spätere Kaiser Friedrich III., hielt sich mit seiner Familie gern in Bornstedt und auf dem Krongut auf, so dass die malerische Bornstedter Kirche, die König Friedrich Wilhelm IV. 1856 im Stil einer italienischen Basilika erbauen ließ, später für den Hofstaat erweitert wurde. Der Friedhof wurde 1976 unter Denkmalschutz gestellt und gehört seit 1990 mit den Schlössern und Parks von Potsdam und Berlin zum Unesco-Weltkulturerbe.

Diesem geschichtsträchtigen Ort widmet sich das vorliegende Buch. Über die Historie des Friedhofs und der dazugehörigen Kirche wird eine kurze Einführung gegeben. Dann werden einzelne Gräber mit ansprechenden Fotografien und begleitenden Texten vorgestellt.

Die ausgesuchten Gräber zeigen die Vielfalt des Friedhofs. Hier sind Angehörige des Hofstaates begraben, die verzweigte Hofgärtnerfamilie Sello, Peter Joseph Lenné als Angestellter der königlichen Gartenbaudirektion, zwei Söhne von Kaiser Wilhelm II., Maler, Musiker, Historiker, Widerstandskämpfer aus dem Dritten Reich, DDR-Regimekritiker, aber auch Menschen aus Potsdam von heute. Besonders anrührend ist ein Gedenkstein mit einem aufgesetzten goldenen Stein für ein in Potsdam tot aufgefundenes namenloses neugeborenes Mädchen. In den Texten sind Lebensbeschreibungen der Toten nachzulesen oder auch deren eigene Texte, so dass die Verstorbenen für den Leser aus der Anonymität des Todes herausgeholt werden. Zu vielen Grabmalen wird auch die Symbolik erklärt, wie die gesenkte Fackel, ein Stundenglas oder der zerbrochene Ring als allegorische Darstellungen des Todes. Es dominieren jedoch die kunstvollen Fotografien, die wie weichgezeichnet sowie mit Licht- und Schattenspielen zu verschiedenen Jahreszeiten die verwunschene Atmosphäre des Friedhofs einfangen.

Fotos geben die Atmosphäre wieder

Dabei soll das Foto-Lesebuch ausdrücklich keinen dokumentarischen Charakter haben, sondern es wird für weitere Informationen über Persönlichkeiten und ihre Grabanlagen auf die Orientierungstafeln des Friedhofs verwiesen. Diesem Anspruch wird der wunderschön zu betrachtende Bildband absolut gerecht. Allerdings ist durch das Fehlen eines Übersichtsplans, einer Chronik und erklärenden Bildunterschriften hier auch die Gelegenheit verschenkt worden, die Leser, die ein klein wenig wissenshungriger sind, mehr zu informieren. Das Buch beschreibt eine stimmungsvolle Spurensuche durch einen zauberhaften letzten, stillen Garten, der durch die ästhetischen Fotografien zum Blättern und Verweilen einlädt und das Interesse daran weckt, den so schön beschriebenen Ort selbst einmal aufzusuchen. *Britta Heitmann*

Monika Schulz-Fieguth und Klaus Büstrin: „Im letzten Garten. Der Bornstedter Friedhof am Park Sanssouci“. *Husum Druck- und Verlagsgesellschaft mbH und Co. KG, Husum 2015, gebunden, 120 Seiten, zahlreiche farbige Abbildungen, 24,95 Euro*



Mediale Tabus entlarvt

Ex-ZDF-Studio Chef Herles beklagt Einflussnahme der Politik

Ein fesselndes Buch präsentiert Wolfgang Herles, geboren 1950, seit 40 Jahren angesehener Kultur- und Politikredakteur bei Radio und TV. Von 1987 bis 1991 war er Chef des ZDF-Studios Bonn, bis Kanzler Kohl seine profunde Kritik nicht mehr ertrug und ihn „aus Bonn entfernen ließ“. Macht nichts, „Einheitskanzler“ Kohl gehört für ihn in die Galerie früherer Kanzler, die Konzepte und Mut zu Entscheidungen aufwiesen. Sie seien anders gewesen als Angela Merkel, die in den „wichtigsten Fragen der Republik“ Ahnungslosigkeit demonstriere, deren „Pragmatismus“ eine „Unfähigkeit ist, einen Standpunkt einzunehmen und für ihn zu kämpfen“.

Die Schwäche der Inhaberin oberster Richtlinienkompetenz sei mediales Tabu, weiß Herles, der noch am 29. Januar 2016 ZDF-Weisungen „von oben“ erwähnte, so zu berichten, „wie es der Frau Merkel gefällt“. Der „Regierungsjournalismus“ verspiele das allgemeine Vertrauen, da sich wechselseitig „Gefallsucht der Medien“ und „Populismus der Politik“ aufschaukelten. Emotion verdränge Recherche und Argumentation, Fragestunden in Parlament und TV-Talkshows verbreiteten „ritualisierte Langweile“, die Programme seien oft nur „Feldgottesdienste zu Ehren der heiligen Angela“. Das könne nicht gutgehen, denn wer „immer möglichst allen gefallen will, wird zwangsläufig beliebig“.

Na und? Publikumsquote und Sendungs-Marktanteil blieben das A und O, da sie Werbeeinnahmen bestimmten. Es bleibe beim „Kanon dessen, was an Betrachtungsweisen, Begriffen, Sprachformeln und Argumenten in Deutschland geht oder eben nicht geht“. Beiträge würden auf „Einsdreißig“ (anderthalb Minuten) genormt, Kameras „ruckeln und wackeln außer Atem“, „vor die Kamera drängen Intellektuellendarsteller, Patentschwätzer“, „Seichtes gibt sich anspruchsvoll“, Privat-Kanäle verkämen zu Proll-TV: „Primitives wurde gesellschaftsfähig. Grenzdebiles Landvolk, größenwahnsinnige Gesangsnieten, geistlose Comedians tragen ihr Elend zu Markte“.

Medien als korrupt wahrgenommen

Dieses Gesamtbild illustriert Herles mit entlarvenden Beispielen aus der medialen „Entrüstungsindustrie“, wo alles mit „pathetischem Appell“ und „populistischem Gerede“ aufgegriffen werde. Das möge mitunter zutreffen, solle insgesamt aber nur ablenken „vom millionenfachen Unrecht des Staates an unbescholtenen Bürgern“ und vom Entstehen „integrationsunfähiger islamischer Parallelgesellschaften“.

Als ein Spitzenjournalist den „Islam“ ein „Integrationshindernis“ nannte, habe sich ein kollegialer Entrüstungssturm erhoben, der den Autor den Job kostete. „Alarmistische Übertreibungen“ und „bequeme Feindbilder“ helfen, „sich die Welt schöner zu träumen, als sie ist“. „Was hat guter Journalismus damit zu tun?“, fragt Herles und zitiert als Antwort Umfragen, nach denen „Medien erstmals als korrupter wahrgenommen werden als die öffentlichen Verwaltungen und Parlamente“. Dabei seien Umfragen, von denen das Bundespresseamt 2009 bis 2013 rund 600 in Auftrag gab, oft sinnlos, wenn Deutsche zum Beispiel entscheiden sollen, ob Friedrich der Große oder Alice Schwarzer die größten „Pioniere“ des Landes seien.

Nach dem Vorbild von BBC bildete sich ab Herbst 1945 der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der expandierte („Hast du Länder, schaffst du Sender“) und später mit Privatsendern konkurrierte. Dabei hätten ARD und ZDF ihre „Pflicht zur Grundversorgung der Bevölkerung mit Information, Bildung, Unterhaltung“ vergessen. So rügt Herles, der den „Götzen Quote“ stürzen und Gebührenverschwendung für „sündteure Sportrechte“ abschaffen möchte. Gewiss wird nichts daraus werden, dabei haben seine Schlusssätze jede Berechtigung: „So, wie es ist, macht sich das öffentlich-rechtliche Fernsehen selbst überflüssig. So, wie es sein sollte, wäre es unverzichtbar“. *Wolf Oschlies*

Wolfgang Herles: „Die Gefallsüchtigen. Gegen Konformismus in den Medien und Populismus in der Politik“, *Knaus Verlag, München 2015, gebunden, 255 Seiten 19,99 Euro*



Neuauflage des Kalten Krieges

Autor skizziert vertauschte Sinnbilder im Westen und in Putins Russland

Als Sohn eines griechischen Gastarbeiters ist Dimitrios Kisoudis selbst dem byzantinischen Goldgrund verbunden, den er im Buchtitel „Goldgrund Eurasien“ beschwört. Er beschreibt darin die Wiederbelebung des Kalten Krieges als Zuspitzung von Positionen, die über Jahrzehnte unter der irreführenden Maskerade eines Antagonismus von Sozialismus und Kapitalismus verborgen geblieben sind. Im letzten der vier Kapitel seines Buches „Goldgrund Eurasien“ treten hinter diesen Masken vertauschte Eigenschaften hervor.

Während Putins autoritärer Liberalismus der inländischen Wirtschaft alle denkbaren Freiheiten gestattet, außer jener, für den Feind zu arbeiten, verfügt der westliche Geldsozialismus dirigistisch. Der Staat nimmt dort immer größere Eingriffs- und Abschöpfungsmöglichkeiten in Anspruch. Der westliche Blick auf das neue Russland entspricht einer Überheblichkeit, die sich laufend zum Ghostwriter fremder Erzählungen aufschwingt. Wer den Westen beschreiben will, der löst ihn damit zugleich auf. Wer den Osten beschreibt, der stärkt dessen Selbstbeschreibung.

Gerade das tut Kisoudis hier, indem er zu den Quellen der Sinnbilder vordringt, die Putins Russland bei allen Widersprüchen seinen Zusammenhalt verleihen. Die Spiritualität der Werte steht der Macht der Bilder gegenüber. Die geopolitischen Darstellungen von Halford Mackinder und Alexander Dugin werden in eine komplexe Symbolgeschichte des Ost-West-Verhältnisses einbezogen. Vor der Tatsache, dass der sozialistische Umsturz nicht, wie von Marx vorausgesagt, zuerst in hochentwickelten Ländern wie Großbritannien oder Deutschland eintritt, wird Lenin zu einem Justinian des Sowjetreichs. Der westliche Angriff im Weltkrieg wird als Strafe für die Kirchenverfolgung gedeutet und führt zur Wiedereinsetzung des Patriarchats durch Stalin. In einer Treueerklärung bekräftigt auch der folgende Patriarch Alexej I. 1945 die Bedeutung Stalins als eines Verteidigers der Heimat. Nur aus diesem (vermeintlichen) Widerspruch ist die Bedeutung Putins zu erklären. Kisoudis besteht darauf, dass die Religiosität des in Sowjetzeiten heimlich von der Mutter Getauften keine demagogische Täuschung beinhaltet. Er stellt deren Ursachen in der Biografie heraus und gelangt zu dem Schluss: „Unter Putin wurde das dritte Rom von der esoterischen zur exoterischen Staatslehre.“ Dementsprechend werden die Angriffe gegen die orthodoxe Kirche nicht ursächlich als blasphemisch, sondern als subversiv staatsgefährdend gewertet. Dem Kalten Krieg um die Währungen entspricht der heiße Krieg um Energie.

Je näher die Nato der Einflusszone Russlands rückt, umso größer wird das Bedürfnis nach kundigen Erklärern. Viele Autoren bewirtschaften dieses Thema und werden oft nur oberflächlich verstanden. Die Leser sind abhängig von der Expertise der Experten. Kisoudis dagegen gibt mit einem wirbelnden Essay zu denken. Ihm ist mit „Goldgrund Eurasien“ ein anstößiges Buch im besten Wortsinne gelungen. Die knappe Fassung des flüssigen und geistreichen Texts ist geeignet, beim Leser eigene Denkbewegungen anzustoßen. Der Autor selbst beschreibt es im Vorwort so: „Die Federstriche der Skizze sind freihändig, sättigen nicht.“ Die Appetit anregende Wirkung wird ihm keiner absprechen. *S. Hennig*

Dimitrios Kisoudis: „Goldgrund Eurasien, Der neue Kalte Krieg und das Dritte Rom“, *Manuscriptum Verlag, Waltrop und Leipzig 2015, Klappenbroschur, flexibler Einband, 128 Seiten, 14 Euro*



Von der Pferdedroschke bis zur U-Bahn

Jan Gympel beschreibt in Zusammenarbeit mit der BVG die Geschichte des Verkehrs in Berlin

Ob man nun langsam schlendert oder schnellen Schrittes durch die Verkehrsgeschichte blättert. Auf jeden Fall schickt uns Autor Jan Gympel, Verfasser zahlreicher Bücher zum Berliner Verkehr, zu Fuß durch ein Werk mit dem atemlosen Titel „Tempo“ aus dem Elsengold-Verlag, Berlin. Vorbei an Droschken und Kähnen, dem Schienenverkehr unter der Erde und auf der Straße. Ganz nebenbei erfährt man eine Menge über die Lebensumstände der Menschen in den jeweiligen Zeitabschnitten. „Ohne Verkehr kein Stadtleben“, propagiert der Journalist in seiner Einleitung. „Als Hauptstadt und mit Abstand größte Stadt Preußens und schließlich des Deutschen Reiches war Berlin einst der Ort mit dem am umfangreichsten ausgebauten Nah- wie Fernverkehrsmitteln des Landes“, schreibt Gympel und erwähnt, dass die Stadt in vielen Bereichen auf nationaler, europäischer und sogar internationaler Ebene eine Pionierrolle spielte.

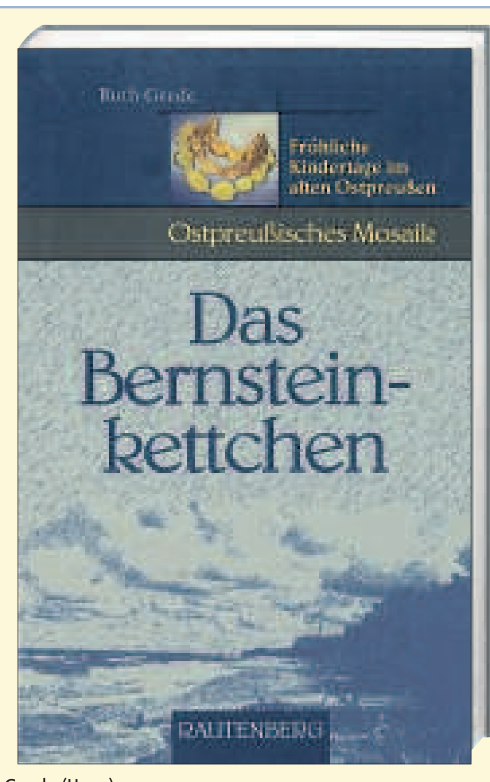
Deutschlands größte Industriestadt mit ausgeprägter Elektroindustrie war immer ein Experimentierfeld vieler Ingenieure und Forscher mit fortschrittlichen Ideen. Man denke nur an Werner von Siemens und seine Erfindung der elektrischen Straßenbahn oder den „Electromote“, den ersten Oberleitungsbus der Welt, präsentiert 1882 von Siemens auf einer Versuchsstrecke bei Berlin. Oder viel später, als die Stadt geteilt war und sich im Zentrum auf gähnender Leere am Potsdamer Platz die Versuchsstrecke der Magnetbahn befand. Vollautomatisch fuhr ab 1983 auf 1,6 Kilometern West-Berliner Terrain die M-Bahn aus der Zukunft über stillgelegte Hochbahnstrecken. Berlin bot immer Raum für Experimente. Das in Zusammenarbeit mit der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) entstandene Buch zeigt zahlreiche einzigartige Fotos, die teilweise noch nie veröffentlicht wurden.

Um das Jahr 1200 startet der Lese-Spaziergang in den Schwesterstädten an der Spree, Berlin und Cölln. Bis zum beginnenden Industriezeitalter, als die meisten Menschen hauptsächlich in ihrer näheren Umgebung ihr Dasein fristeten und verkehrstechnisch noch nicht viel los war, liefert der Autor interessante Erläuterungen zu Straßenentstehungen und deren Namensbildung. Wer in Berlin unterwegs ist, muss zwangsläufig irgendwann über die Jannowitz-Brücke, um dort in die S-Bahn einzusteigen. Doch um wen es sich bei diesem Herrn Jannowitz eigentlich handelte, ist nur wenigen bekannt. Und dass man anfangs bei Überquerung der berühmten Brücke als Fußgänger immer einen halben Groschen, beladene Fuhrwerke pro Pferd sogar einen ganzen Groschen zahlen mussten, erfährt man beim Durchstreifen der Seiten ganz nebenbei.

Der nächste große Abzweig beginnt 1838, als die Eisenbahn am Brandenburger Tor vorbei dampfte. „Berlin auf Schienen“ nennt Gympel das Kapitel, in dem Stadt und Land sich weitreichend veränderten. Die erste Straßenbahnlinie nicht nur Berlins, sondern ganz Deutschlands, wurde 1865 eröffnet. Wohlgemerkt mit „Hafermotor“, denn die erste „Elektrische“ fuhr erst 1881. Mit dem Hochbahn- und Untergrundbahnbau, den Omnibussen, der S-Bahn geht es weiter bis zum Ersten Weltkrieg. Technischer Fortschritt, rasant und schnell und dann der große Weltenbrand, der alles zum Erliegen brachte. Zwischen 1918 und 1939 entstand die BVG. Der Potsdamer Platz wurde zum verkehrsreichsten Platz Europas. Die erste Verkehrsampel steht hier seit 1924 und täglich rumpelten 20000 Autos über die mit zahlreichen Passanten bevölkerte Kreuzung. Man erfährt, wie nach Krieg, Wiederaufbau und Teilung der Verkehr funktionierte in einer geteilten Millionenstadt. Fotos zugemauerter U-Bahneingänge, Abbildungen von Geisterbahnhöfen, die außer Grenzern niemand mehr betreten durfte, geben Auskunft darüber. Der Blick ins neue Jahrtausend nach der Wende lässt einen als Leser wieder aufatmen. Nach all der Trennung in Zeiten des Kalten Krieges ersteht Altes wieder neu und neue Verkehrsmöglichkeiten geben den Blick in die Zukunft frei.

Ein gelungenes, lohnendes Werk, das nicht nur Verkehrsgeschichtsinteressierte begeistern wird. *Silvia Friedrich*

Jan Gympel: „Tempo! Berliner Verkehrsgeschichte“, *Elsengold Verlag, Hardcover, 208 Seiten, zirka 150 Abbildungen, 29,95 Euro*



Ruth Geede (Hrsg.)
Das Bernsteinkettchen
Fröhliche Kindertage im alten Ostpreußen
Wie die Bernsteine einer Kette reihen sich die Erinnerungen an das ferne Land Ostpreußen aneinander. Es sind nicht nur literarische Beiträge ostpreußischer Dichter, sondern auch schlicht erzählte Eindrücke aus alten Tagen. Ruth Geede hat Erzählungen und Gedichte zusammengestellt, die ein Bild davon vermitteln, wie glücklich die Kindertage in der alten Heimat Ostpreußen waren. Es ist ein heiteres Buch mit vielen Geschichten, die eine oder andere auch in ostpreußischer Mundart. Mit Texten von Herrmann Sudermann, Erminia von Olfers-Batocki, Hans Graf zu Dohna, Frieda Pelz, Erwin Scharfenorth, Hannelore Patzelt-Hennig u.v.m. 128 Seiten
Nr. P 533127 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €

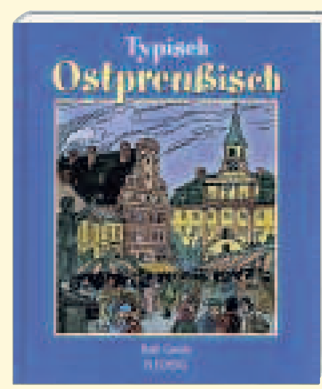




Christoph von Weitzel (Bariton)/Ulrich Pakusch (Klavier)
Die schönsten Lieder aus Ostpreußen
Mit einem Geleitwort von Ruth Geede. Lieder: Land der dunklen Wälder; Zogen einst fünf wilde Schwäne; Schönster Schatz mein Augentrost; Ännchen von Tharau; Gott des Himmels und der Erden; Es stand ein Sternelein am Himmel; Dort jenes Brünnlein; Es waren zwei Königskinder; An des Haffes anderem Strand; Abends treten Elche aus den Dünen; Es dunkelt schon die Heide und viele mehr. Laufzeit: 62 Min.
Nr. P 533171 CD 12,95 €



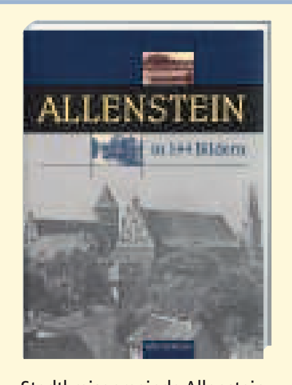
Ruth Geede
Wie Blätter im Wind
Roman aus dem alten Ostpreußen
Wie Blätter im Wind: Der Roman von Ruth Geede schildert das einfache Leben der Katherine K., das so ohne Auffälligkeit begann wie das vieler ostpreußischer Menschen um 1900. Es war die Zeit als man in den Spinnstuben noch sang und zu Johanni über das Feuer sprang. Dann aber kam der Sog der großen Städte und riss auch Katherine mit. So spielt das Buch in einer Welt, die längst vergangen ist, erinnert an in Vergessenheit Geratenes und lässt ein Stück unvergessenes Ostpreußen wieder lebendig werden. 192 Seiten
Nr. P 533103 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €



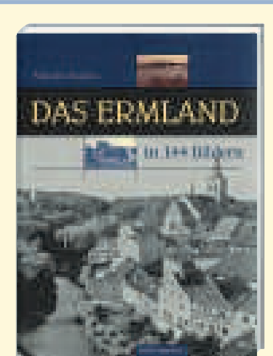
Ruth Geede
Typisch Ostpreußisch
Typisch ostpreußisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern, in Sprüchen und Kochrezepten vor, was das Land und seine Menschen prägt und so liebenswert macht. 15 Abbildungen. 200 Seiten.
Nr. P 575403 Gebunden 7,95 €



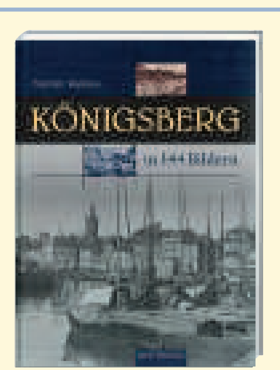
Kaffeebecher Ostpreußen
Porzellanbecher mit Goldrandverzierung
Nr. P A0652 12,95 €



Stadtkreisgemeinde Allenstein
Allenstein in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband über Allenstein
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1409 12,95 €



Martin Kakies
Das Ermland in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1406 12,95 €



Martin Kakies
Königsberg in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband über Königsberg
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1400 12,95 €



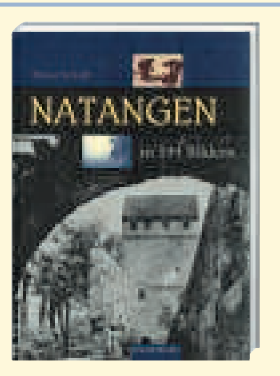
Martin Kakies
Die Kurische Nehung in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1402 12,95 €



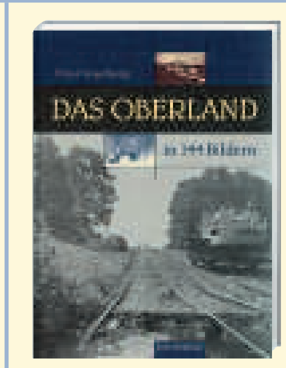
Martin Kakies
Masuren in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband über Masuren
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1403 12,95 €



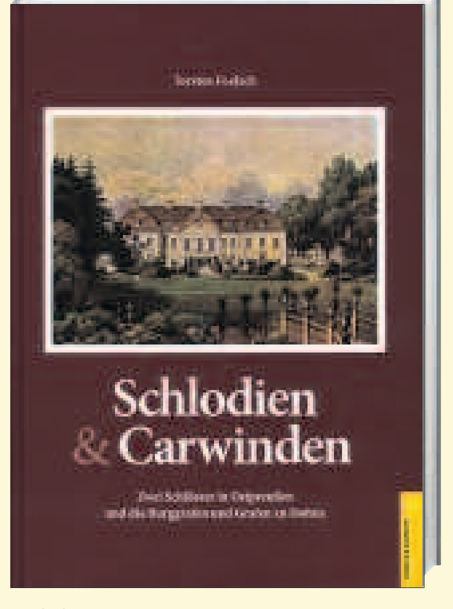
Martin Kakies
Von Memel bis Trakehnen in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1404 12,95 €



Horst Schulz
Natangen in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband über Natangen
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1407 12,95 €



Dr. Ernst Vogelsang
Das Oberland in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband über das Oberland
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1401 12,95 €



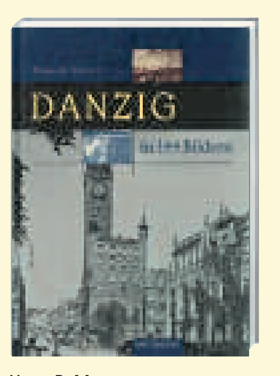
Torsten Foelsch
Schlodien & Carwinden
Zwei Schlösser in Ostpreußen und die Burggrafen und Grafen zu Dohna
Einzigartige Bilder und Geschichten aus der versunkenen Welt des ostpreußischen Adels und seiner Schlösser bietet die vorliegende Monographie über Schlodien und Carwinden im preußischen Oberland. Heute liegen diese Orte in der polnischen Wojewodschaft Ermland und Masuren und trotz der Kriegs- und Nachkriegszerstörungen finden immer wieder Touristen hierher und wandeln auf den Spuren verklungener Zeiten, auf der Suche nach den barocken Landschlössern und den Überresten ihres von Marion Gräfin Dönhoff vielfach beschriebenen patriarchalischen Mikrokosmos' „Gutshof". Eingebunden in die vielschichtige, sehr weitläufige Geschichte der berühmtesten ostpreußischen Adelsfamilie, der Burggrafen und Grafen zu Dohna, wird hier die Bau- und Nutzungsgeschichte zwei ihrer wichtigsten Schlösser auf Grundlage neuer archivalischer Forschungen dargestellt und ihr durch das Kriegsende und Vertreibung 1945 ausgelöschter Kulturgehalt dokumentiert. 412 Seiten
Nr. P A0861 Gebunden mit farbigem Überzug 69,80 €



Gerhard Ulrich
Ostpreußen in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband über Ostpreußen
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1408 12,95 €



Martin Kakies
Das Samland in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 1405 12,95 €



Hans B. Meyer
Danzig in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 2400 12,95 €



Hans B. Meyer
Westpreußen in 144 Bildern
Historischer S/W-Bildband über Wetpreußen
144 S/W-Fotos
80 Seiten/Gebunden
Nr. P 2401 12,95 €

Bernsteinset
Klare sherryfarbene Naturbernsteintropfen (0,8 bis 1,0 cm lang) mit feinverzierter Sterling-Silberfassung. Das Set besteht aus zwei Ohrhängern und einem Kettenanhänger
Nr. P A0916 59,90 €



Kettenanhänger mit Sonne aus Bernstein mit Lederhalsband
Lederband
ca. 45 cm Länge
Nr. P A0902 39,90 €



Marion Gräfin Dönhoff
Bilder die langsam verblassen
Ostpreußische Erinnerungen
Drei Kapitel aus Marion Dönhoffs legendärem Band „Namen, die keiner mehr nennt" und ihr Erinnerungsbuch „Kindheit in Ostpreußen" werden hier zu einem reich bebilderten Band zusammengefasst. Es entsteht ein wunderbares Buch, das das untergegangene Ostpreußen beschwört und auch ein Denkmal für seine Menschen ist. Autorin: Marion Gräfin Dönhoff wurde 1909 auf Schloss Friedrichstein in Ostpreußen geboren, gestorben 2002, war sie eine der wichtigsten Journalistinnen in Deutschland. Nach langer Tätigkeit bei der Wochenzeitung „Die Zeit" wurde sie 1973 in den Kreis der Herausgeber aufgenommen. Die farbigen Fotos stammen von Wladimir Federenko. 67 S/W- und farbige Abbildungen, Format 24 x 30 cm. 80 Seiten.
Nr. P 533126 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



Jetzt mit 300 Gramm Marzipan

Königsberger Marzipan „Königsberger Schloß"
300 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5666 Marzipan 13,95 €



Königsberger Marzipan Teekonfekt
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5664 Marzipan 11,95 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNG

EU könnte 2016 zerbrechen

Preßburg – Mit einem dramatischen Appell richtet sich der slowakische Ministerpräsident Robert Fico an die Partner in der Europäischen Union. Wenn es nicht gelinge, die Asylkrise noch in diesem Jahr zu lösen, könnte die EU zerfallen: „Ob man es hören will oder nicht, 2016 wird das Jahr sein, in dem die EU die Flüchtlingskrise unter Kontrolle bringt oder zerbricht", zitiert das „Handelsblatt" aus einem Beitrag Ficos für die Wirtschaftszeitung „Hospodarske Noviny". Mit „unter Kontrolle bringen" dürfte Fico eine dramatische Senkung des Zustroms von Flüchtlingen und Immigranten aus armen Ländern meinen. Die Slowakei weigert sich wie auch Polen, Ungarn und Tschechien, eine größere Anzahl von Asylbewerbern aufzunehmen. Gegen die EU-weite Zuteilung per Quote klagt die Preßburger Regierung. Sie begründet ihre Zurückhaltung auch mit den Terrorangriffen von Paris und den Silvester-Exzessen in mehreren deutschen Städten. *H.H.*

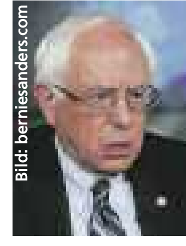
ZUR PERSON

Außenseiter von links

Es klingt nach einem rot-grünen Koalitionsprogramm: Einführung der Reichensteuer, Abschaffung von Studiengebühren, Forderung nach Mindestlohn, Freigabe leichter Drogen, keine Freihandelszone, Verringerung der Rüstungsausgaben und offene Grenzen für Zuwanderer. Kaum vorstellbar, dass in den USA mit ihrer Sozialismus-Phobie ein Politiker mit solchen linken Ideen Erfolg haben kann.

Und doch spuckt der demokratische Präsidentschaftskandidat **Bernie Sanders** seiner Kontrahentin Hillary Clinton bei den ersten beiden Vorwahlen in Iowa und New Hampshire gehörig in die Suppe. Was die sich untereinander scharmützelnden Republikaner nicht schaffen, könnte diesem 74-jährigen Außenseiter aus Vermont gelingen: Der in Umfragen inzwischen führende Sanders könnte Clinton den fast schon sicher geglaubten Wahlsieg vermasseln.

Der Sohn jüdischer Einwanderer aus Polen hat eine bewegte politische Vergangenheit hinter sich. Während seines Politikstudiums schloss er sich einer sozialistischen Partei an und engagierte sich in Bürgerrechts- und Friedensbewegungen. Als Pazifist protestierte er 2002 auch gegen den Irakkrieg. Doch zuvor erwarb er sich in den 80er Jahren landesweit Ansehen als parteiloser Bürgermeister von Burlington/Vermont, eher er von 1991 bis 2007 der am längsten amtierende unabhängige Abgeordnete im US-Repräsentantenhaus war. Erst als US-Senator von Vermont trat der siebenfache Großvater 2015 der Demokratischen Partei bei, um für sie als Präsident zu kandidieren.


Bild: berniesanders.com

Gegen Clinton punktet Sanders mit seiner Glaubwürdigkeit. Anders als sie gehört er nicht der milliardenschweren Machtelite an. Seine Wahlkampagne wird nicht vom Großkapital finanziert, sondern von Kleinspendern. Das sichert ihm eine breite Basis in der Bevölkerung. Nur die Minderheiten, die schwarze Bevölkerung und die Latinos sympathisieren noch eher mit seiner Gegnerin Clinton. *H. Tews*



Wer gegen wen?

Wie Merkel den Undank ihrer Gäste erntet, wie wir in Syrien den Überblick verlieren, und warum deutsche Männer lieber zuschauen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Undank ist der Welten Lohn! Darüber stöhnten schon die Altvorderen, und wie Recht sie doch hatten in ihrem Pessimismus. Jeden Tag werden die Herolde der Kanzlerin genötigt, ihre Gebieterin gegen den Vorwurf aus dem Volk zu verteidigen, sie habe die „Flüchtlinge" gleichsam „eingeladen". Deshalb seien viele von denen auch gar nicht wirklich geflüchtet, sondern nur weggegangen, weil sie meinten, es in Deutschland schöner zu haben als daheim und weil sie dachten, Mama Merkel lade sie herzlichst ein ins germanische Wohlstandsparadies.

Da müsste man doch meinen, dass die Hergekommenen der Kanzlerin zutiefst dankbar seien. Zeigen könnten sie das am besten dadurch, dass sie die Legende, sie seien ganz ohne das Zutun der CDU-Chefin zu uns gestoßen, wenigstens öffentlich bestätigen.

Doch was tun diese Schelme? Auf dem Berliner Flughafen Tegel stieß ein Fernsehteam im Auftrag des „Focus" auf eine elegante Irakerin, die gerade auf ihren Heimflug wartete. Sie will zurück nach Hause? Wie kann das sein? Das wollten die Reporter natürlich auch wissen und erhielten eine überaus irritierende Antwort: „Warum wir gehen? Die Frage würde ich gern Angela Merkel stellen! Als Deutschland seine Tore geöffnet hat, hätte es vorbereitet sein sollen, Flüchtlinge mit Unterkunft und Nahrung zu versorgen. Wir haben unser Zuhause verlassen, haben uns Gefahren ausgesetzt und Geld ausgegeben, um in ein Land mit besserer Lebensqualität zu reisen. Wir sind schockiert, dass es diese Lebensqualität hier nicht gibt!"

Das ist doch wohl die Höhe, oder nicht? Statt die vorgesehene Geschichte von Krieg und Flucht aufzusagen, bestätigt diese unmögliche Frau in völliger Offenheit alles, was Merkel von ihren Kritikern vorgeworfen wird. Erst, als „Deutschland" (also die Kanzlerin) die Tore geöffnet hat, haben sie sich zum Aufbruch entschlossen. Eben nicht, weil ihnen zuhause der Tod drohte, sondern weil sie es besser haben wollten als im Irak. Gefährlich wurde es für sie erst auf der Reise ins Land jener Regierungschefin, von der sie sich freundlich und verheißungsvoll herangewinkt wähnten.

Nun gut, die Dame kommt aus dem Irak, in dem es große Regionen gibt, in denen eben kein Krieg herrscht. In Syrien dagegen muss man die Gebiete, in denen weder die Islamisten herrschen noch die nächste Front nur wenige Kilometer entfernt liegt, mit der Lupe suchen. Die Karte mit den aktuellen Frontverläufen sieht aus wie eine Darstellung der thüringischen Fürstentümer vor 150 Jahren: lauter kleine, ineinander verschränkte Fitzelchen. Mit anderen Worten: Da schießt fast überall irgendeiner auf irgendjemanden. Es ist die Hölle.

> Saudis und Türken wollen in den syrischen Bodenkrieg eingreifen – doch auf wessen Seite?

Und alle mischen mit: US-Amerikaner und Russen, Europäer und Iraner, Saudis und Türken und wer sonst noch. Dabei wird es für uns Außenstehende immer schwieriger herauszufinden, wer da eigentlich auf wessen Seite steht und welche Ziele er in Wahrheit verfolgt.

Natürlich sind wir alle gegen die radikalen Islamisten vom IS und von der sogenannten Al-Nusra-Front, weil Al-Nusra bekanntlich nur die syrische Filiale der Al-Kaida-Terroristen ist. Gegen diese Schurken führen die USA schon seit 2001 den globalen „Krieg gegen den Terror".

Selbst den Irakkrieg hatte Washington bekanntlich auch mit Al-Kaida gerechtfertigt: Der Saddam-Staat bunkere nicht nur Massenvernichtungswaffen, sondern sei auch ein „sicherer Hafen" für Al-Kaida-Terroristen, rechtfertigte der damalige US-Präsident George W. Bush (den vermissen Sie auch, gell?) seinen Angriff auf das Zweistromland.

Beide Begründungen waren erlogen, wie wir später erfuhren. Und wie ist das heute mit dem „Kampf des Westens gegen die Ausbreitung der islamistischen Terrorherrschaft in Syrien"?

Eines fällt immerhin auf: Je mehr Al-Nusra alias Al-Kaida militärisch von den Russen und der syrischen Regierungsarmee in die Enge getrieben wird, desto lauter bekundet die „Weltgemeinschaft unter Führung der Vereinigten Staaten" ihre „tiefe Sorge" über die Entwicklung in dem gemarterten Land. Schon merkwürdig. Allerdings könnte bald Licht in das Durcheinander kommen. Saudi-Arabien und die Türkei, denen man ein auffallend kuscheliges Verhältnis zum IS nachsagt, machen sich daran, in den Bodenkampf auf syrischem Gebiet einzugreifen. Mal sehen, auf wessen Seite. Die Bundeswehr betreibt unterdessen Luftaufklärung zugunsten dieser obskuren „Koalition gegen (?) den Terror".

Für das syrische Volk ist dieses fadenscheinige Geschiebe der Mächte ein Albtraum, den hierzulande wohl nur jene Menschen wirklich nachempfinden können, die noch selbst in Ostpreußen zwischen die Fronten geraten sind, im Kessel von Breslau dem täglichen Sterben zusehen mussten oder im „Endkampf um Berlin" zwischen Trümmern und Leichen um ihr Leben rannten.

Also macht sich die zweite große Welle syrischer Flüchtlinge auf, die meisten das Endziel Deutschland vor Augen. Hier angekommen, werden sie auch auf jene Leute treffen, die sich aus ganz anderen Gründen das Etikett „Flüchtling" um den Hals gehängt haben. Beispielsweise die jungen Männer, die seit den Silvester-Exzessen zu nationaler Berühmtheit gelangt sind.

Die Debatte um die Vorfälle ist immer noch nicht abgeschlossen. Mittlerweile richten sich fragende Blicke auch auf die deutschen Männer, die bei den Ereignissen zahlreich zugegen waren. Wieso, will ein Kommentator wissen, wurde den orientalischen Ferkeln eigentlich kein Haar gekrümmt? Das wüssten wir auch gern: Hätten nicht wenigstens einige von den Kerlen an Ort und Stelle ordentlich durchgeschüttelt werden müssen für die Sauereien, die sie da aufgeführt haben?

Man stelle sich vor, wie so eine Sache vor 40 oder sogar 50 Jahren ausgegangen wäre: An Silvester 1965 wären Hunderte junger Ausländer in aller Öffentlichkeit unter den Augen deutscher Männer auf einheimische Frauen losgegangen. Was es da wohl gegeben hätte?

Das scheint ziemlich klar zu sein: Eine heftige Straßenschlacht zwischen deutschen und „südländischen" Männern, bis die Reiterstaffel der Polizei mit Knüppeln und notfalls gezogener Dienstwaffe dazwischen gegangen wäre, um die Prügelorgie mit aller Härte zu beenden und die Schuldigen festzusetzen. Am nächsten Tag hätten die Deutschen von den Übergriffen gelesen, wären empört über das respektlose Gesocks und stolz auf ihre jungen Männer, welche ihre Frauen verteidigt haben. Die Medien hätten klargestellt, dass diese Art von Ausländern in Deutschland nichts verloren hat, und die Politik hätte gelobt, sich drum zu kümmern.

Was aber wäre heute herausgekommen, wenn die deutschen Männer tatsächlich geschlossen zum Gegenangriff übergegangen wären? Wir können es uns ausmalen: Ein Minister hätte sich empört, dass rechtes Pack aus nichtigem Anlass (vereinzelte Annäherungsversuche an Frauen) seinem rassistischen Hass auf Migranten in Köln und anderswo freien Lauf gelassen hätte: Die Mittel im „Kampf gegen Rechts" müssten umgehend aufgestockt werden.

Wegen dieser „Schande für Deutschland" hätten sich hohe Repräsentanten von Staat und Kirche öffentlich fremdgeschämt. Psychologen und Soziologen hätten umfangreiche Studien vorgelegt zur Frage „Woher kommt dieser Hass?", und Politologen hätten nachgewiesen, in welchem Umfang die „fremdenfeindliche Hetze von Pegida und AfD diese Taten geistig vorbereitet haben".

Die Polizeiführung hätte interne Ermittlungen aufgenommen wegen der „offenkundig völlig überzogenen Reaktion der Beamten vor Ort". Knüppel? Polizeigewalt! Dienstwaffe?? Petry! Menschenverachtend!!

Es heißt, jedes Land habe genau die Regierung, die es verdiene. Diese sarkastische Einsicht kann man getrost erweitern: Irgendwann bekommt es auch die Männer, die zu ihm passen.

MEINUNGEN

*CDU-Politiker **Wolfgang Bosbach** veröffentlicht auf seiner Internetseite den **Brief eines Polizeibeamten**, der ihm ein erschütterndes Lagebild zeichnet:*

„Ich konstatiere, dass m. E. ein sicherheitspolitisch unhaltbarer Zustand eingetreten ist. Ich erkenne einen staatsgefährdenden Verlust der Wehrhaftigkeit, verbunden mit fehlendem Respekt staatlichen Institutionen gegenüber. Dieser beginnt bereits an der Grenze, wenn wir nicht mehr in der Lage sind unerlaubte Einreisen zu verhindern."

*Der Philosoph **Peter Sloterdijk** wähnt im „Cicero" (Februar-Ausgabe) ein **perfides Kalkül** hinter der **Asyllawine** auf Deutschland:*

„Je mehr Flüchtlinge zu uns kommen, desto labiler wird Europa zur Freude seiner Rivalen. Darum lobt Obama Frau Merkel ... Eines Tages wird man nachlesen können, wer die Flüchtlingsströme gelenkt hat."

*Die linke Publizistin **Sibylle Berg** fragt auf „Spiegel online" (6. Februar) nach dem **Selbsthass der Deutschen**, weil sie so merkwürdig unterschiedlich auf Terroropfer reagieren, etwa auf die französischen Opfer von Paris und die deutschen von Istanbul:*

„Die Deutschen waren Charlie, sie waren Paris. In Istanbul wurden zehn – oder sind es unterdessen elf – Deutsche ermordet, es scheint keinen zu interessieren. Nicht einmal die übliche einwöchige Medienhysterie findet statt. Es sind nur Deutsche."

***Michael Paulwitz** wirft der Bundesregierung in der „Jungen Freiheit" (7. Februar, online) vor, **bloß so zu tun**, als wolle sie die **Asylflut** wirksam **begrenzen**:*

„Das ‚Asylpaket II' ist ein Paradebeispiel für diese Als-ob-Politik: Nichts von alledem, was da nach monatelangem inszenierten Parteienhickhack mit großer Geste verkündet wurde, ist zu Ende gedacht und ergibt irgendeinen konkreten Sinn ohne den erklärten Willen, die Grenzen des Landes zu schließen und den Zuzug streng zu kontrollieren."

*Im Gespräch mit der Funke-Mediengruppe (9. Februar) warnt Sachsens Ministerpräsident **Stanislaw Tillich** (CDU) vor **westeuropäischer Arroganz** gegenüber den östlichen EU-Partnern:*

„Wir glauben mitunter, das Verständnis von Demokratie, wie es sich in Deutschland oder Frankreich entwickelt hat, sei das einzig wahre. Aber wir sollten anerkennen, dass im Baltikum, in Polen, in Tschechien oder der Slowakei eigene Wege zum gesellschaftlichen Miteinander gegangen werden."

***Wolfgang Prabel** untersucht im Internetportal „Freie Welt" (8. Februar) die Frage, warum die **Sozialdemokraten** bei einfachen Menschen, ihrer einstige Kernwählerschaft, **immer weniger Rückhalt** genießen:*

„Man empört sich über das Pack, über den Pöbel. So doof, wie die Führungsriege der SPD denkt, ist der untere Mittelstand jedoch nicht ... Solche eiskalt wirkenden Funktionäre wie Maas, Fahimi und Stegner sind für den Normalo harte Brechmittel."